

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 1. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgebrachte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Vorwärts“  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Zwischen den Schlachten.

Aus dem Ruhrbecken wird uns geschrieben:

Um die Seele der bisher so getretenen Bergarbeiter für die preussische Regierung zurückzugewinnen und um sie günstig für die bürgerlichen Parteien zu stimmen, gab man den Bergarbeitern das Sicherheitsmännergesetz. Dieses Gesetz gibt den Bergarbeitern bekanntlich das Recht, aus ihren Reihen Leute zu wählen, die die Befugnis besitzen, die Abteilungen, in denen sie arbeiten, zweimal im Monat zu befragen und sie in bezug auf die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter zu untersuchen. Diese Befragungen erfolgen in Begleitung eines Aufsichtsbearbeiters. Die Ergebnisse der Untersuchung hat der sogenannte Sicherheitsmann in ein besonderes Jahrbuch einzutragen. Wird hier die Befragung einer dringenden Gefahr ausgesprochen, so sind die Eintragungen unverzüglich zur Kenntnis der Bergbehörde zu bringen. Auch im übrigen ist der Sicherheitsmann verpflichtet, gefährliche Zustände in der Grube zur Kenntnis seiner Vorgesetzten zu bringen. Das sind die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes, die wenigstens teilweise mit dem alten vorherrschenden Prinzip brechen, daß der Arbeiter kein Recht habe, über Ort und Art seiner Tätigkeit mitzureden.

Ein wirklicher Fortschritt wäre gemacht worden, hätte man bei Beratung des Gesetzes die alten langjährigen Forderungen der Bergarbeiter über die Grubenkontrolle, mehr als gesehen, berücksichtigt. Das ist wenig oder gar nicht geschehen.

Die übergroße Mehrzahl der Bergarbeiter, nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern, verlangen freigelegte unabhängige Arbeiterkontrollen, die vom Staate oder eventuell von den Bergarbeitern besetzt werden. Denn von den Werksbesitzern abhängige Kontrollen, die mit solchen verflämmernden Befugnissen, wie in dem neuen Gesetz, ausgestattet sind, können nur sehr wenig zur Sicherung der Arbeiter beitragen. Deshalb können die Bergarbeiter, mit Ausnahme der Führer des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und eines Teils ihres Anhangs, dem Sicherheitsmännergesetz keinen Geschmack abgewinnen. Sie haben gegen das Gesetz protestiert, was auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien im preussischen Landtag leider nicht den nötigen Eindruck ausgeübt hat.

Nun haben die Ruhrbergleute der preussischen Regierung und den bürgerlichen Parteien, die das Gesetz geschaffen haben, bei den Sicherheitsmännerwahlen eine Antwort gegeben, wie sie sie wohl nicht erwartet haben. Von rund 1500 Sicherheitsmännern, die im Ruhrbergbau gewählt wurden, gehören weit über 1000 dem Deutschen Bergarbeiterverbande an! Und kaum 300 gewählte Sicherheitsmänner (da die Rollen etwa 100 Mandate erhalten), können diejenigen zählen, die das Gesetz des Dreiklassenparlamentes und seiner Regierung zu verteidigen gewagt haben. Und auch von diesen 300 dürften sich viele nicht für ihr neues Amt begeistern. Ihre kommende Tätigkeit wird sie lehren, wohin sie gehören und was sie zu tun haben, wenn sie etwas Ernstliches für die Sicherheit der Bergarbeiter leisten wollen.

Der Ausfall der Wahlen hat große Bestürzung ausgelöst, vor allen Dingen bei den Erziehernden der Bergarbeiter. Die Grubenbesitzer haben schon vor der Wahl durch Mahregelungen und durch Verlegung der Sicherheitsmännerkandidaten von einem Arbeitsrevier in das andere (um so ihre Wahl zu verhindern) alles getan, um die Bergarbeiter von der Wahl tüchtiger Vertreter abzuschrecken. Doch hat der Terrorismus, den die Zechen ausübten, nichts gefruchtet. Die Bergarbeiter sind dem Rufe des Bergarbeiterverbandes gefolgt und haben gegen den Werksbesitzerwillen votiert.

Zwei Dinge waren es, die die stimmberechtigten Bergarbeiter massenhaft an die Wahlurne riefen und auch hier jedem Terrorismus trotzend, die Verbandskandidaten wählen ließen. Erstens galt es, die Wahl von Werkskreaturen zu verhindern. Ist es schon mit dem Gesetz schlecht genug bestellt, so wäre es um so schlimmer für die Zukunft der Bergarbeiter bestellt, wenn man Leuten die Mitkontrolle über die Sicherung der Arbeiter gegen die Gefahren des Bergbaues in die Hand gäbe, die den Grubenbesitzern stets als getreue Schäflein dienen. Das Gesetz muß ausprobiert und seine Mängel gründlich offenbart werden. Und da es sich darum handelt, Leben und Gesundheit armer Arbeiter zu schützen, kann und darf man sich durch die bösen Eigenschaften des Gesetzes nicht vom Ziele abhalten lassen. Mit und gegen das Gesetz müssen die Sicherheitsmänner alles tun, um die Kontrolle zu einer wirksamen zu gestalten. Das geht ohne Kämpfe nicht ab. Darum bedarf es tüchtigster Männer, die über die Sicherheit in den Gruben zu wachen haben.

Zweitens galt es für die im Bergarbeiterverbande organisierten Bergleute, den Führern des „Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter“ für ihr verräterisches Spiel, das sie mit der Bergarbeiterschaft treiben, eine Antwort zu geben, die sie längst verdient haben. Hat doch diese christliche Arbeiterführung der Welt das erbärmlichste Schauspiel geboten, das eine Arbeiterorganisation überhaupt zu bieten

vermag. In Voraussetzung ihrer Niederlagen bei den Sicherheitsmännerwahlen und den am 17. September folgenden Knappschafswahlen hat der „Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter“ bzw. seine Führer eine Wahlhilfe bei den natürlichen Gegnern der Bergarbeiter, bei den Grubenbesitzern, nachgesucht und gefunden! Man hat mit den Zechen ein ebenso unehrliches wie widerliches Kompromiß gegen den Bergarbeiterverband abgeschlossen! Genau so ist es gekommen, wie wir seinerzeit im „Vorwärts“ vorausgesagt haben. Der Gewerkschaftsverein entwickelt sich schamlos immer mehr und mehr zu einer gelben Gewerkschaft, zu einer Schutztruppe der rheinisch-westfälischen Grubenbarone gegen die Bergarbeiter. Denn wer den Bergarbeiterverband bekämpft, bekämpft die Bergarbeiter und ihre Forderungen.

Und wie das gekommen ist? Die erste Schlappe holten sich der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter und die Zechen bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1904. Dann folgten die Niederlagen, selbst in den schwarzen Hochburgen bei den Nachwahlen. Im Jahre 1904 war es die wüste Bekämpfung des Verbandes durch den christlichen Arbeiterführer August Brust, des jetzigen Zentrumsabgeordneten im preussischen Landtag. Die Kampfesart dieses Menschen, der im Auftrag „hoher Herren“ handelte, war so schlimm geworden, daß sich selbst weite Kreise der christlichen Bergarbeiterschaft weigerten, die Agitationsarbeit zu leisten. Man hat es offen ausgesprochen, daß nur ein kaum Zurechnungsfähiger so kämpfen konnte, wie diese Perle der Zentrumspartei!

Die Niederlagen, die sich der Gewerkschaftsverein dann später holte, waren gleichfalls in einer schiefen Kampfesweise des Gewerkschaftsvereins begründet, mehr aber noch in der ewig schwankenden Haltung des Gewerkschaftsvereins in Arbeiterfragen. An Stelle Brust ist der Geist Behrens über die Gewerkschaftsleitung gekommen, was alles verstanden läßt. Dazu kommt der blinde Haß christlicher Bergarbeiterführer gegen alles, was sozialistisch angehaucht ist.

Die Niederlagen bei den Nachwahlen blieben nicht unbemerkt auch bei der Führung der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung. Von hier aus (Giesbers) wurde dem Gewerkschaftsverein der Rat erteilt, doch bessere Fühlung mit den konfessionellen Arbeitervereinen bei den Wahlen zu halten. Diese Vereine verfügen — ob evangelisch oder katholisch — über tüchtige Agitationskräfte. Sie sind bei den Wahlen gut zu gebrauchen.

Wer nun aber mit den konfessionellen Vereinen arbeiten will, der kann die hinter diesen Vereinen stehenden Parteien nicht umgehen. Für die katholischen Arbeitervereine steht das Zentrum und hinter den evangelischen die national-liberale Partei, die im Ruhrbecken bekanntlich von den Geldern der reichen rheinisch-westfälischen Gruben- und Hüttenbarone ausgehalten wird; ebenso werden die politischen Wahlen im Ruhrbecken von den Großindustriellen bezahlt! Wer also die Hilfe der evangelischen Arbeitervereine sucht, der trifft unbedingt auf dem Wege dahin die Zechen und das Rudel angelegelter nationalliberaler Parteisekretäre! Das weiß auch der Gewerkschaftsverein, aber die Angst vor der Niederlage dämpfte den alten Haß gegen die Nationalliberalen. Nicht lange dauerte es und der Gewerkschaftsverein hatte Fühlung mit ihnen gesucht und gefunden. Das Kompromiß kam gegen den Verband zustande.

Viel zum Zustandekommen des Kompromisses trug neben anderen Zentrumsblättern die „Kölnische Volkszeitung“ bei. In einem längeren Artikel legte sie dar, wie sich der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter in der Bekämpfung der Sozialdemokratie verdient gemacht habe. So sei der große Wahlsieg der Sozialdemokratie im Ruhrbecken an dem Verhalten des Gewerkschaftsvereins „gescheitert“. Bei einem politischen Massenstreik dürfte sich der Gewerkschaftsverein auch weiterhin bewähren! Dann lieh das Organ in verdeckter Weise durchblicken, daß das Wahlsieg im Knappschafswahlrevier zu dochum ein gar zu freies sei! Und dann hieß es weiter:

„Würde der Sozialdemokratie eine größere Schlappe (bei den Sicherheitsmänner- und Knappschafswahlen) beigebracht, dann würde das zweifellos von Bedeutung sein für die fernere Entwicklung der Verhältnisse in diesem größten deutschen Industriebezirk. Vielleicht würden sogar die nächsten Reichstagswahlen davon günstig beeinflusst. ... Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband ist im Ruhrrevier, man kann das ohne Uebertreibung sagen, die beste Stütze der sozialdemokratischen Agitation. Ein Schlag, der ihn trifft, trifft auch die Partei!“

Die „Kölnische Volkszeitung“ bittet dann die „Fehler“ des Gewerkschaftsvereins ab! Die Nationalliberalen (lies Zechen!) sollten doch keinen Anstoß nehmen an der bisherigen Haltung und Taktik des Gewerkschaftsvereins, falls sie nicht immer einwandfrei war! Gemeint ist damit natürlich das öftere Zusammengehen der christlichen Organisation mit dem Bergarbeiterverband. Immer aber sei der Gewerkschaftsverein ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie gewesen.

„Er hat deshalb auf die Hilfe aller derjenigen, welche nicht wollen, daß die Bergarbeiterschaft der Sozialdemokratie völlig überantwortet wird, berechtigten Anspruch!“

Das war das Signal. Man ließ im Ruhrbecken das gegenseitige heimliche Locken beiseite und ging hin, für das Kompromiß öffentlich zu agitieren. Die nationalliberalen Parteisekretäre sprachen als Referenten in christlichen wie in

konfessionellen Arbeiterversammlungen. Höhere und niedrige Zechenbeamte forderten zum Eintritt in den Gewerkschaftsverein auf und die Zechenverwaltungen fortierten mit Gewerkschaftsleuten die Kandidaten für die Wahlen! Der Gewerkschaftsverein trat gar mit seinen Kandidaten zurück, wo es die Zechen wünschten und umgekehrt! Vornehmlich gilt das für die Kellereiwahlen. Der „Bergknappe“, das Organ des christlichen Gewerkschaftsvereins, fordert für die nächsten Reichstagswahlen vor allen Dingen die Befestigung Gues aus dem Reichstag! Kurzum, das Kompromiß ist perfekt. Wenn es bei den nun hinter uns liegenden Sicherheitsmännerwahlen noch nicht klappte, so wird das vielleicht bei den nächsten Kellereiwahlen besser gehen — wenn die Bergarbeiter den Herrschaften nicht auch hier noch gründlich die Rechnung ver-derten.

Bei den bergmännischen Wahlen der Sicherheitsmänner und der Kellereiwahlen hat der christliche Gewerkschaftsverein ganz vergessen, daß es sich hierbei um eine Vertretung handelt, die eritens dafür sorgen soll, daß den Massenmorden und Massenverunglückungen im Bergbau Einhalt geboten werden soll, und zweitens, daß die Opfer des Bergbaues in fronen und invaliden Tagen nicht am Hungertode nagen. Der Haß gegen die sozialistische Arbeiterbewegung und ihre Fortschritte hat die nationalliberalen und zentriemlichen Parteimassen blind für diese Forderungen der Bergarbeiter gemacht. Ihre Parteistimme wollen die bürgerlichen Parteien kochen. Gut, diese Suppe ist ihnen vorerst durch die Ruhrbergarbeiter versalzen worden. Die Sicherheitsmännerwahlen bedeuten nichts mehr als eine vernichtende Niederlage der Kompromißler. Und für den christlichen Gewerkschaftsverein bedeuten sie den Anfang vom Ende! Wer so frivol mit den Bergarbeitern zu spielen wagt, wie diese christliche Organisation, der wird den Lohn einheimen, den er verdient. Einen Schlag, der ihn zu Boden streckt, hat der Gewerkschaftsverein schon erhalten. Am 17. September wird er den zweiten Schlag erhalten. Das steht heute schon fest. Und von dem Ausgange der kommenden Kellereiwahlen im Ruhrbecken wird sich der Gewerkschaftsverein nicht mehr erholen. Damit wird ihn das Schicksal ereilen, das schließlich noch alle volksverräterischen Organisationen ereilt hat. Für die nächsten Reichstagswahlen braucht es der Sozialdemokratie im Ruhrbecken gewiß nicht bange sein. Die schwarz-blauen Herrschaften tragen gründlich dazu bei, daß schließlich auch dem blödesten ihrer Anhänger die Augen aufgehen. Darum: Bei Philippi sehen wir uns wieder!

## Der Kaiser des schwarzblauen Blocks.

Zubelshymnen singt die Presse des schwarzblauen Blocks ihm zu Wilhelm II. Die „Kreuz-Zig.“ kann den Herrscher, gegen den auch die konservative Parteileitung in den Novembertagen 1908 Front machen mußte, gar nicht genug preisen. Sie wehrt gegen Parlamentsherrschafft und begeistert sich für den Absolutismus, daß man fast glauben könnte, sie wolle eine Kampagne für den Staatsstreik beginnen.

Der konservativen Presse steht die des Zentrums nicht nach und namentlich die „Christliche“ Marienburger Rede des Kaisers wird in den höchsten Tönen gepriesen. Und wirklich mit Recht! Hat doch in dieser Rede Wilhelm II. jene Parole ausgegeben, um die sich sein Vethmann so lange vergebens bemüht: die Parole der Sammlung aller „staatsverfallenden“ Elemente gegen die Arbeiter und ihre Partei. Daß dabei das „Christliche“ so sehr betont wurde, soll wohl dem armen Freisinn zu versichern geben, daß auf seine Mithilfe verzichtet werden kann.

Da also Wilhelm II. sich selbst in den Dienst jener Politik gestellt hat, deren Durchsetzung Vethmanns Unfähigkeit nicht verbürgte, ist die Begeisterung der Schwarzblauen ja ohne weiteres erklärlich. Die Volksfeinde waren ja stets für den Absolutismus, wenn er das Instrument ihres Willens war. Und daß das Zentrum im Byzantinismus die Konservativen noch bei weitem überbietet, kann nur den Einfältigen verunndern, der das demokratische Gebahren, das einigen Zentrumsabgeordneten bisweilen gestattet wird, nicht schon längst als elende Bauernfängerei erkannt hat.

Aber „Sammlungspolitik“ gegen die Sozialdemokratie, das sind ja nicht nur die Schwarzblauen. Diese Sehnsucht lebt in jeder bürgerlichen Partei und jeder neue Wahlsieg der roten Rotte, um mit Wilhelm II. zu reden, läßt diese Sehnsucht stets brennender werden. Und in der Tat können wir sehen, daß auch die Nationalliberalen sich von der kaiserlichen Sammlungsparole sehr befriedigt zeigen. Bereitwillig gehen sie auf den offiziellen Schwundel ein und leben, nach offiziellem Geheiß, wenn auch nicht in der Vethmann-Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, so doch in der Marienburger Rede eine Welsch wädhung der Königsberger Kampfanlage. Nun sind wir die letzten, die sich in den Streit um die Auslegung wilhelminischer Nebenmischen wollen. Wir wissen, wie es gemeint ist und wenn der Kampf gilt. Und daß die Massen die Rede verstanden haben, zeigen uns die Volksversammlungen dieser Tage. Auch meinen wir, daß es sich nicht bloß um die Worte handelt, sondern um die Tatsache, daß die berühmte „Erzangenschaft“ der Novembertage, auf die die Bürgerlichen so stolz sind, vernichtet, daß die Erklärung vom 17. November heute, wie die Kerlfase „Märkische Volksztg.“ mit Jubel verkündet, ein Zechen Papier ist, der gerissen in die Luft flattert.

Aber diesem Zechen nachzujagen, überlassen wir gern den bürgerlichen Parteien, die ihm einst so hohen Wert beigemessen haben.

Wir begnügen uns mit der Konstatierung, daß die Bürgerlichen Parteien in dem Kampf um die Verfassung vollständig versagen. Wir konstatieren, daß nicht nur die herrschende Meritokratie geschlossen für den Absolutismus gegen das Recht des Volkes steht, sondern daß auch die Rationalisten die Reden des Kaisers zum Anlaß nehmen, um seinem Sammelruf zu folgen. Der Abmarsch der Rationalisten ins Lager der schwarzweißen Reaktion als Wirkung der Kaiserrede — wir dürfen mit Wilhelm II. immer zufrieden sein. Die endgültige Entscheidung über seine Politik wird das deutsche Volk bei den Wahlen fällen.

## Spahn junior M. d. R.

Professor Martin Spahn, Sohn des alten Spahn, ist nun am vorläufigen Ziele seines politischen Ehrgeizes angelangt. Er ist — fragt freilich nur nicht wie — anstelle des verstorbenen Zentrumsabgeordneten Landrichters Otto Schmidt, vom Wahlkreis Warburg-Hörter in den Reichstag entsandt worden. Er hatte die günstige Konjunktur benutzt, um sich in dem verwaisten, dem Zentrum abulotischen Wahlkreis aufstellen zu lassen. Die Zentrumsleitung des Wahlkreises war gerade (wie es in dem Schreiben einer Anzahl Zentrumsabgeordneter vom Katholikentag hieß, durch das Herr Spahn noch in letzter Stunde vergeblich zum Verzicht auf seine Kandidatur aufgefordert wurde) in Verlegenheit um einen Kandidaten, und fiel deshalb auf eine dringliche Offerte des ehrgeizigen Spahn'schen herein. Allerdings wollte ein Teil der Zentrumsmitglieder von der Kandidatur des allzu strebsamen Herrn nichts wissen, wie es denn auch in der Zentrumspresse außerhalb des Wahlkreises nicht an Bedenken und Protesten gegen die Kandidatur des jungen Spahn fehlte.

Herr Spahn hielt jedoch an seiner Kandidatur fest. So wurde er denn am Mittwoch gewählt, allerdings nur mit 10 500 gegen 600 sozialdemokratische Stimmen, während sein Vorgänger Schmidt seinerzeit 15 000 Stimmen gegenüber 451 sozialdemokratischen Stimmen erhalten hat. 4500 Zentrumsmitglieder verzichteten also auf die zweifelhafte Ehre, dem politischen Ehrgeiz des politischen Strebers als Trittleiter zu dienen, ganz abgesehen von den 1500 konservativen Wählern, die diesmal von der Wildflut verschwunden sind.

Was Geistes Kind Herr Spahn jun. ist, bewies der Artikel, den er im Juliheft der Zeitschrift „Hochland“ veröffentlichte. In diesem Artikel sprach Herr Spahn in dürren Worten das aus, was die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses dachte, als sie sich bei der Wahlreform mit den Junkern verbündete, um selbst die dürftigsten Wahlrechtszustände an die nichtbesitzenden Klassen zu hinterziehen. Sagte er doch:

„In Wahrheit stehen in Deutschland die erst im Beginn ihrer Anstrengungen, welche die Massen „politisieren“, sie zur regelmäßigen und aufmerksamen Wahrnehmung der öffentlichen Pflichten anleiten wollen. Ihr Erfolg steht noch völlig in Frage. Ließen sie zuerst durch die revolutionäre Gesinnung Preußen zerschüttern und hätten ihnen aus falscher Wertschätzung bloßer Verfassungsreformen gar dabei, so würde das deutsche Volk, der echte Vorgesinn und das gleiche Recht aller den meisten Schaden davon leiden. Verfassungsformen gelten nur, wozu der Geist, der sie durchbringt, sie prägt. An dem starken und gerechten, dem politischen Geiste gebietet es der Demokratie des Zeitalters noch überwiegend. . . . Mit Preußen sänken alle Einzelstaaten in den Staub. Zwänge der Radikalismus heute dem preussischen Staat das Wahrecht des Reichstags im Sturme auf, erschütterte er ihn dadurch bis ins innerste Mark.“

Ein solches Ausplaudern der innersten Zentrumsgegenden wurde natürlich von den Zentrumsmitgliedern sehr unangenehm empfunden, denen die Legende vom demokratischen Zentrum für den politischen Singsang unentbehrlich erscheint. So witterte ein Zentrumsblatt gegen die Auffassung Spahn's, daß sich „mit aller Schärfe gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts ausgesprochen und sich so mit dem Programm des Zentrums in offenen Widerspruch gesetzt“ habe. Die Auffassung Spahn's sei unter solchen Umständen „ein Faustschlag für die Partei.“

Der Wahlrechtsfeind Spahn hat denn auch selbst in einem so überwiegend bäuerlichen und kleinbürgerlichen Wahlkreis, wie Warburg-Hörter, fast ein Drittel Stimmen weniger erhalten, als sein Vorgänger. Mit einer unerschleierten reaktionären Politik vermag das Zentrum nicht einmal in seinen schwärzesten und unbestrittensten Wahlkreisen Geschäfte zu machen!

Um so dringlicher ist die Pflicht der Sozialdemokratie, die Zentrumsmitglieder darüber aufzuklären, daß Herr Spahn keineswegs ein Eingänger innerhalb des Zentrums ist, sondern in seiner streberhaften Sucht, sich bei der Reaktion anzubiedern, nur unverblümt ausgesprochen hat, was die schwarzen Jesuiten und Demagogen allesamt denken!

## Politische Ueberlicht.

Berlin, den 31. August 1910.

### Wieder ein „persönliches Bekenntnis“.

Das Organ der französischen Protestanten veröffentlicht, wie das „Berliner Tagebl.“ mittelt, in seiner Nummer vom 27. August einen Brief Wilhelms II. an Papst Pius X. Das Blatt erzählt:

Wir hören von autoritativer Seite, daß der deutsche Kaiser am Tage der Eröffnung des Berliner Kongresses für freies Christentum einen Feldjäger mit einem Handschreiben an den Papst nach Rom schickte. In diesem Brief — der, nebenbei bemerkt, in keiner Weise der Zustimmung gedenkt, die durch die Enzyklika „Educa saepe“ in Deutschland erregt wurde — verflucht Wilhelm II., daß weder er noch das deutsche Volk die Angriffe des Kongresses gegen den Glauben an die Göttlichkeit Jesu billigten. Er erinnert an einen Ausspruch seines Großvaters, Wilhelms I., der bei Gelegenheit einer preussischen Generalynode zu hohen Geistlichen sagte, ohne diesen Glauben habe der Protestantismus keine feste Basis. Das kaiserliche Schreiben schließt mit Wünschen für eine lange Dauer des glorreichen Pontifikats Pius' X.

Der Abgesandte des deutschen Kaisers wurde zuerst vom Kardinal Merry del Val und bald darauf vom Papst selbst empfangen. In der Audienz erklärte Pius X., die Aufmerksamkeit seiner Majestät rühre ihn sehr; er werde möglichst bald an den Kaiser schreiben. In den diplomatischen Kreisen, in denen diese wichtige Nachricht zirkuliert, glaubt man, daß Wilhelm II. die Antwort des Heiligen Vaters mittlerweile bereits erhalten hat. Und da der Kaiser sich am 20. August zur Einweihung des neuen kaiserlichen Schlosses nach Posen begeben wird, glaubt man in diesen Kreisen, daß die Polen, die ja ausgereizte Katholiken sind, ihn gut empfangen werden. Man sagt hinzu, daß Wilhelm II. sogar allem Anschein nach den erwähnten Brief an Pius X. geschrieben hat, um bei dem polnischen Element in

der Provinz Posen einen guten Empfang zu finden. Auf jeden Fall werden die Konservativen und das Zentrum den Schritt des Kaisers sicher durchaus billigen, ohne sich um das Motiv, das ihn veranlaßt hat, zu bekümmern.

Der Brief würde der Befehlsart Wilhelms II. wirklich sehr gut entsprechen. Erblüht er doch von je seine Hauptaufgabe alle „Christen“ zu einem Kreuzzug gegen den „Misturz“ zu sammeln, ohne dabei auf die etwas veralteten konfessionellen Unterschiede zwischen Katholizismus und Protestantismus Wert zu legen. Weiß er doch, daß diese Unterschiede mehr für das Volk bezeichnend sind, als für die leitenden Kreise ihrer gemeinsamen Interessen, die allerdings weniger religiöser als sehr materieller Natur sind, stets bewußt sind. Auch hierin zeigt sich, wie sympathisch Wilhelm II. das schwarz-blaue Bündnis zwischen der protestantischen und katholischen Religion sein muß. Zugleich ist der Brief, wenn auch eine unbedachte, so doch sehr treffende nachträgliche Kritik des Enzyklarummels seitigen Angebens.

Wilhelm II. ist jetzt überhaupt sehr tätig. Auch darüber weiß das „Berl. Tagebl.“ eine kleine Geschichte zu erzählen, die also lautet:

Der Präsident des Hansabundes Dr. Nieker wurde heute vormittag vom Kaiser im Tiergarten in eine längere Unterredung gezogen. Geheimrat Nieker hatte heute früh einen Spaziergang durch den Tiergarten unternommen. In der Nähe des Großen Sterns begegnete die Herrin dem Kaiser, der einen Spazierritt durch den Tiergarten unternahm. Der Kaiser ritt an Geheimrat Nieker heran, begrüßte ihn freundlich und zog ihn vom Pferde aus in eine Unterredung, die länger als zehn Minuten dauerte. Der Kaiser und Geheimrat Nieker sprachen in sehr angeregtem Tone miteinander; über den Inhalt dieser Unterredung ist nichts bekannt geworden. Man geht jedoch nicht fehl, wenn man annimmt, daß sie politischen Charakter hatte.

Man sieht, Wilhelm II. stellt auch in der Kleinarbeit seinen Mann.

### Enttäuschung.

Der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat die Königsberger Rede Wilhelms II. ganz gut gefallen. Die Stelle über die „lädenlose Rüstung“ hatte es dem Organ der Panzerplatten-Interessenten angetan. Aber die Freude hat ihr Urteil nicht lange beeinträchtigt. Heute schreibt das Blatt:

Se. Majestät hat gestern die zehnte Rede gehalten von der Einweihung des Potsdamer Schlosses am 20. August ab gerechnet. Man muß sich gewöhnen, Kaiser-Reden nicht anders aufzufassen als die der gewöhnlichen Sterblichen. Als Wilhelm II. 1888 austrat, ging ein Schlag durchs Volk. Er hielt eine Programmrede nach der anderen; das Volk war erfreut, erlaunt, besorgt und verletzt. Aber man merkte allmählich, es folgte nichts, weder etwas Gutes, noch etwas Böses. Es war ein Donner ohne Blitz.

Auf den Donner der Königsberger Rede ist nun eine sanfte Marienburger Sprache gereget. In der Königsberger Rede war der erste Teil erfreulich. Das Meer soll gestärkt werden. Das höchste, was eine Frau bieten kann, soll nach wie vor sein: Hausfrauenschaft und Mutterschaft. Ob den Worten einmal wider Erwarten Taten folgen, ob wir den Russen ihre sechs neuen Armeekorps nachmachen oder die Frauenfrage kräftig anschnitten, das alles ist vorläufig unglücklich.

Der zweite Teil der Königsberger Rede würde die starke Beförderung der Liberalen rechtfertigen — wenn ein Titan auf dem Throne säße. Der Kaiser sprach vom eigenen Rechte, vom Gottesgnadentum, wie sein Ahne aus eigener Macht und Recht die Krone sich aufs Haupt brühte und wie er selbst unbetrübt gehe und ein Instrument des Herrn sei. Wilhelm II. liebt diese Gedankengänge beinahe so wie Georg V. von Hannover, der unaufhörlich auf seinem göttlichen Recht ritt bis zur Schlacht bei Langensalza. Es scheint, als ob Wilhelm II. besorgt sei, daß auf seiner Krone Flecken entstehen, wenn die ihm verliehen oder ihm bestätigt wäre. Und doch wird für die Taten unseres 20. Jahrhunderts es ganz gleichgültig sein, aus welchem Rechte einmal etwas entstanden ist; das hat alles was ist; allerdings bedeutet auch die Anhänglichkeit eines Volkes Macht.

„Ich war Ambassadeur“, läßt Ellenbogen den von den Eisenbahndiebstahl herausgepöbelten Schädel sagen, „Kannalen, ich vermittelte den Frieden zwischen Holland und Dänemark.“ Das hilft ihm nichts; die Arbeiter werfen den Schädel in den Dred. Was half es Georg V., daß er die Welfen als das von Gott bevorzugte Haus hinstellte und unaufhörlich seine tausendjährigen Rechte betonte? Was half es Ludwig XVI., als er an der Guillotine stand, daß fast tausend Jahre vorher sein Ahne Hugo Capet aus eigenem Rechte sich die Krone von Frankreich aufs Haupt setzte? Wenn neue Mächte wirklich kommen, so werden sie eben neues Recht schaffen. Und was soll es nützen, mit historischen Erinnerungen und juristischen Schraubereten im 20. Jahrhundert aufzumarschieren?

Da plötzlich erscheint Wilhelm II. in Marienburg und radiert mit einer neuen Rede die alte aus wie einen Meißelstrich: Wie er im Auftrage des Herrn und Gottes arbeitet, so tut das jeder ehrliche Christ. „Alle Konfessionen und Stämme sollen zusammenhalten, die Berufsleute die Hände ineinanderschlagen und fürs Vaterland arbeiten. Leben heißt arbeiten, arbeiten heißt kämpfen, kämpfen heißt Schwierigkeiten überwinden.“ So ungefähr sagt das der Herr Pfarrer auch. So ist die Königsberger Rede gefahrenfrei, aber sie ist auch deutungslos, sie ist gefahrlos und inhaltslos.

Und der Herr Reichskanzler sagt noch einen kräftigen Spruch hinten an. Er läßt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ erklären, daß die Königsberger Rede ja ganz bedeutungslos sei; sie fordere jeden zur Mitarbeit auf und „ein Herrscher, der so viele Beweise gab, daß er fest auf dem Boden der Verfassung steht, sollte vor Wichtigkeit geschüttelt sein.“ Bewußt! Da seit 22 Jahren den gefährlichen Worten über Herrsein, Persönlichkeit und Gottesgnadentum keine Taten gefolgt sind, so wollen wir uns nicht aufregen und mit Vertrauen schlafen legen und wieder aufstehen.

Und Herr von Bethmann Hollweg geht in der Begrüßung der Königsberger Rede dem Kaiser noch um 24 Stunden voraus und behauptet, auch die Stelle, daß der Kaiser ohne Rücksicht auf Tagesmeinungen seinen Weg gehen werde, sei ganz bedeutungslos und inhaltslos, denn man könne doch nicht jeden Tag seine Ansicht ändern. Das Ei des Kolumbus! Ganz ausgezeichnet! nämlich dann, wenn der eine auf dem richtigen Wege ist und die anderen, „die Tagesmeinungen“, auf dem falschen. Die Wichtigkeit der Tagesmeinung bezeugt also der Herr Reichskanzler am 20. August in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und — — am 30. August folgt der Kaiser der erregten Tagesmeinung und radiert seine Königsberger Rede in Marienburg wieder aus.

Jetzt sind wir so klug als wie zuvor! Ueber die Gefährlichkeit der Königsberger Rede siehe sich reden, stände nicht hinter dieser Kundgebung die Macht der Meritokraten und junkerlichen Reaktion.

### Er schreibt auch!

Unser Kronprinz ist auch reich begabt. Wir lesen in der „Täglichen Rundschau“:

Mit Bezug auf die Königsberger Rede des Kronprinzen wird uns über die Abneigung des Kronprinzen gegen die deutsche Ausländererei u. a. folgendes mitgeteilt: Was dem Kronprinzen widerwärtig ist, ist die aus den Zeiten der Kleinstaaterei und Kleinstaaterei herrührende Neigung der Deutschen zur Ueber-

schätzung von Leistungen und Sitten des Auslandes auf Kosten deutscher Einrichtungen und Gebräuche. Niemand empfindet es peinlicher als er, daß Mangel an nationalem Selbstbewußtsein und würdelose Abhängigkeit vom Ausland dem Auskommen einer eigentlich deutschen gesellschaftlichen Kultur so hartnäckig im Wege steht. Früher waren wir in gesellschaftlicher Beziehung von den Franzosen abhängig; heute sind wir es von den Engländern. Bei aller Wertschätzung der Leistungen der Engländer auf sportlichem Gebiet: weshalb schaffen wir uns nicht, statt immer und immer wieder Fremdes slavisch nachzuahmen, einen deutschen Sport? Es ist fast unmöglich, Deutsche in der Diaspora des Auslandes gesellschaftlich zusammen zu halten; für zwar politisch deutsche, national aber unstrittene Gebiete, wie die Reichslande oder namentlich den deutschen Osten, gilt dasselbe. Hier könnte, nach des Kronprinzen Meinung, ein allgemein anerkannter und allgemein beliebter deutscher Sport vieles ändern. Vier und Fünf allein tun es nicht. Dem Geschmack des Kronprinzen widerstrebt auch die gesellschaftliche Bevorzugung von Ausländern, wie man sie in Deutschland oft zu beobachten Gelegenheit hat, eine Bevorzugung, die sich selbst über gesellschaftliche Rücksichtbarkeit des Fremden unter Umständen hinwegsetzt. Was der Kronprinz dabei u. a. mehr als einmal als ein Ziel auf sein Auge zu wünschen bezeichnet hat, das ist eine nationale gesellschaftliche Kultur und ein nationaler Sport. Gedanken dieser Art sind vom Kronprinzen bereits vor längerer Zeit mit ausführlicher Begründung schriftlich niedergelegt worden.

Schade, daß die Nachricht, Fürst Fürstenberg beabsichtige die Gründung eines Vlaties, dessen Chefsekretär Wilhelm II. werden sollte, nicht wahr ist. Der Redakteur des Sportteils wäre ja schon gefunden. Wäre da übrigens nicht für Scherl oder Illstein etwas zu machen?

### Der Protest

#### gegen Absolutismus und Fleischwucher.

Mit der Fleischsteuerung befaßten sich am Dienstag in Nürnberg fünf massenhaft besuchte Volksversammlungen, die sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die volksauswucherische Agrarpolitik unserer Regierungen gestalteten. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird unter dem Hinweis darauf, daß die Ursache der Fleischsteuerung in der Schutzpolitik liegt, daß durch diese Politik die Lebenshaltung des Volkes immer tiefer herabgedrückt wird, an die bayerische Staatsregierung die Forderung gerichtet, eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachttarife für den Transport von Vieh und Fleisch vorzunehmen und ferner beim Bundesrat auf Aufhebung der Grenzsperrung unter Aufrechterhaltung der Einfuhrbeaufsichtigung nach rein sanitären Gesichtspunkten, Aufhebung der Zölle auf die Lebensmittel des Volkes zu wirken. Auch die kaiserlichen Programmreden wurden von den Rednern mitbehandelt. Die Versammlungen erhoben in einer Resolution scharfen Protest gegen die in dem Königsberger Trinkspruch enthaltene Äußerung der Geringschätzung gegen die verfassungsmäßigen Einrichtungen und sprachen dem Reichskanzler ihr größtes Mißtrauen aus, weil er in seinem offiziellen Blatte diese Äußerungen beät und dadurch das persönliche Regiment stützt. Vom Reichstag wird erwartet, daß er diesen kaiserlichen Äußerungen, die die Bestrebungen, die Verfassungen des Reiches und der Bundesstaaten in reaktionärer Sinne zu revidieren, unterstützen, mit aller Energie entgegentritt und ihnen ein für allemal einen Riegel vorschiebt durch Schaffung eines Gesetzes, das den Reichskanzler für seine Person und alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers verantwortlich macht. Zugleich wird dagegen protestiert, daß dem Platzaren Kasstrenschuß in Deutschland gewährt wird, den Kämpfern um die Befreiung des russischen Volkes wird höchste Sympathie ausgesprochen.

In Frankfurt a. M. finden am Donnerstag sechs sozialdemokratische Versammlungen statt mit der Tagesordnung: Aushungerung und Absolutismus.

Ebenfalls für Donnerstag haben die Genossen in Halle a. S. eine Protestversammlung mit der Tagesordnung: „Absolutismus und Demokratie, Lebensmittelwucher und Fleischnot“ angesetzt.

Eine gewaltige Kundgebung war die große Volksversammlung, die am Dienstag in München stattfand. Genosse Landtagsabgeordneter Franz Schmidt referierte, oft von lebhafter Zustimmung unterbrochen, über die Fleischnot. Einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen:

Inerträglich lastet auf der breiten Schicht des Volkes die zu einer gefährlichen Kalamität gewordene Fleischsteuerung, die in Verbindung mit den auf die Spitze getriebenen Preisen der übrigen Nahrungs- und Bedarfsartikel zur völligen Verelendung der Arbeiterbevölkerung führen muß. Die Reichsregierung leugnet die Not und auch die bayerische Regierung weigert sich, durchgreifende Maßnahmen zur Vinderung der Fleischsteuerung zu treffen. Die Versammelten fordern daher im Namen des notleidenden Volkes als Mittel gegen die maßlose Teuerung: Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh, Vinderung der Einfuhrzölle, Aufhebung der Viehzölle und der Zölle auf Futtermittel.

Von der bayerischen Regierung verlangt die Versammlung, daß diese im allgemeinen Volkswohle liegenden Forderungen im Bundesrate nachdrücklich unterstützt und auf deren Durchführung mit aller Energie besteht. Von der Stadtverwaltung München erwarten die Versammelten, daß sie bei der Reichsregierung um Erlass der genannten Maßnahmen zur Verminderung der Fleischsteuerung petitionieren und die Schlicht- und Viehhofordnung einer genauen Prüfung nach der Richtung unterziehen, ob nicht durch entsprechende Veränderungen eine Verbilligung des Fleischpreises erzielt werden kann. Die Versammlung beauftragt das Bureau, diese Resolution den maßgebenden Kreisen zu übermitteln.

Genosse Landtagsabgeordneter Kuer sprach sodann in kräftigen Worten unter lautem Beifall über die Kaiserrede, dann wurde ebenfalls einstimmig die folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe gegen die absolutistische, die Verfassung verletzende und das Ansehen der deutschen Nation im Auslande so schwer schädigende Rede des Königs von Preußen. Sie fordert vom Deutschen Reichstag, daß nun endlich gesetzliche Mittel geschaffen werden, die es unmöglich machen, daß durch derartige parlamentarische Äußerungen die Verfassung gebrochen und so der Mißbrauch von oben herbeigeführt wird. Von der bayerischen Regierung verlangt die Versammlung, im Bundesrat mit aller Energie dahin zu wirken, daß künftig solche den Völkern gefährliche und das Ansehen des deutschen Volkes herabsetzende Reden vermieden werden.

### Die Stadt Mainz gegen die Fleischnot.

Von dem Rainer Stadtverordnetenkollegium wurde ein Antrag des Genossen Adelung, der die Bürgermeisterei ersucht, unerbittlich bei der Regierung Schritte zur Bekämpfung der herrschenden Fleischnot zu tun, einstimmig angenommen.

**Die Hungerpeitsche bei der Eisenbahnverwaltung.**  
Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. hat allen Hilfsbediensteten und Arbeitern gegen Namensunterschrift eine Verfügung bekannt gegeben, worin sie vor dem Beitritt zum Deutschen Transportarbeiter-Verband warnt und den Angestellten mit Dienstentlassung droht, falls sie doch dem Verband beitreten.

**Liberaler Budgetverweigerer.**  
Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß sich bei den bayerischen Liberalen Unzufriedenheit damit kundgibt, daß die liberale Fraktion im Landtag für das Budget gestimmt hat. Die „Münch. Neuest. Nachr.“ veröffentlicht nun folgende Zuschrift:

„Wir scheitern der Kern der Frage der zu sein: „Bedeutete die Budgetbewilligung ein Vertrauensvotum der liberalen Partei für die Regierung und konnte sie von derselben als solches aufgefaßt werden? Wenn ja, dann hat die liberale Fraktion, die doch unmöglich Vertrauen zur Regierung haben kann — oder doch? —, wohl unzweifelhaft einen Fehler gemacht und sich eine kaum verzeihliche Inkonsequenz zuschulden kommen lassen, die ihrem Ansehen bei der Wählerschaft schweren Schaden tun muß. Zum mindesten wäre dann eine jener falkischen Deutung vorgehende Gesamterklärung der Fraktion als Kommentar zur Budgetbewilligung nötig gewesen.“

Wenn „nein“, dann war das Budget unzweifelhaft zu bewilligen. Aber auch dann bleibt die Tatsache bestehen, daß gerade bei den denkenden und entschiedenen Liberalen Elementen im Lande der vom Rechtsanwalt Kohl in seinen Artikeln dargelegte Widerspruch zwischen liberalen Worten und Taten je länger je mehr peinlich empfunden wird. Zum mindesten hätte man die Ablehnung des Gehaltes des Kultusministers erwartet, zumal nach dessen unqualifizierbarer Aeußerung gegenüber dem Abgeordneten Müller-Reinigen anlässlich der Besprechung des Samberger Falls. Die Frage, ob und wie weit eine solche oppositionelle Haltung der Fraktion auf die Regierung Eindruck gemacht hätte, tritt wohl sehr zurück hinter der anderen, ob nicht die tatsächliche Haltung der Fraktion eine direkte moralische Stärkung einer Regierung bedeutet, zu der doch die Fraktion ein Vertrauen unmöglich haben kann — sie müßte sonst in entsprechendem Sinne, also abweisend auf die Wählerschaft einwirken. Das wäre geradezu ihre Pflicht.“

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind über solchen „Radikalismus“ — außerhalb Deutschlands ist die Budgetverweigerung ein selbstverständliches Kampfmittel auch der bürgerlichen Opposition — natürlich sehr ungehalten. Aber es ist immerhin beachtenswert, daß das Verständnis für parlamentarische Kampfmethoden gegen eine bürokratische Regierung selbst den bayerischen Liberalen aufzudämmern beginnt.

**Der neueste Polizeistreich.**  
Am Sitzungen der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder abhalten zu können, wurde in Mitalischky, Kreis Veitshausen, Oberpfalz, eine kleine Wohnung gemietet. Monate hindurch fanden in der Wohnung ohne Störung Sitzungen statt. Am 18. August erhielt der Vorsitzende des polnischen sozialistischen Vereins folgende Androhung:

„Auf Grund des § 50 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872/19. März 1881 und § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts, wird Ihnen vom heutigen Tage ab zur Abwendung der dem Publikum drohenden Gefahr die Benutzung der im Vorzeilerischen Hause hieselbst Halbenstraße angemietete Wohnung zu Partei- und Versammlungszwecken hiermit untersagt, da diese Räume den polizeilichen Vorschriften nicht entsprechen.“

Sollten Sie dieser Aufforderung nicht genügen, so haben Sie zu gewärtigen, daß auf Grund des § 182 zu 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 gegen Sie für jeden Zuwiderhandlungsfall eine Geldstrafe von 30 M. festgesetzt wird, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von drei Tagen tritt.“

Zu den Sitzungen kamen durchschnittlich 10 bis 22 Personen.  
**In der Handabhaferaffäre**  
hat jetzt Genosse Albert in Breslau, nachdem auch bürgerliche Blätter energisch gefordert haben, daß die Wahrheit unbedingt an den Tag kommen müsse, koste es, was es wolle, gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten Pechschwerde eingelegt. Außerdem hat er — die Polizei kommt vom Regen in die Traufe! — die eidliche Vernehmung des Oberstaatsanwalts Müller zum nächsten Termin beantragt. Von ihm behauptet die Verteidigung, daß er die die Polizei 1906 schädigenden Maßnahmen damals gebilligt habe, um den Polizeipräsidenten, der den Handabhafer öffentlich belohigt hatte, nicht zu desavouieren. Die Ramroth'schen Akten, die beweisen, daß die Staatsanwaltschaft 1906 die Vernehmung der Polizisten abgelehnt hat, sind bereits an Gerichtsstelle geschafft worden.

**So wird's gemacht.**  
In einer Großstadt des Ostens kam eines Nachts ein Arbeiter mit seinem Rade durch eine abschüssige Straße, die den Lauf seines Fahrrades mehr beschleunigte als ihm lieb war. Ein Schuhmann rief ihn an, weil er keine Laternen hatte. Während er sich noch im vollen Fahren umschau, sah er vor sich einen anderen Schuhmann, der mit gezücktem Säbel und ausgebreiteten Armen ihm entgegenkam und ihn derart gegen die Brust schlug, daß er mit gebrochenem Schlüsselbein und anderen Verletzungen am Boden liegen blieb. Ohne seine Personalien festzustellen, gingen die Polizisten dann ihres Weges! Wochenlang war der Arbeiter in ärztlicher Behandlung, weil die Wunden nur schwer heilten. Und dann stellte der Verletzte Strafantrag gegen den säbelhauenden Schuhmann wegen Körperverletzung. Selbstverständlich fand die Staatsanwaltschaft „keine Schuld“ an den Säbelhauern und wie die Klage ab. Auch die Oberstaatsanwaltschaft schenkte nicht dem Verletzten, sondern den Polizisten Glauben, die da erklärten, sie hätten den Manne die Verletzungen nicht beigebracht!! Und jetzt, nachdem der Verletzte völlig schuldlos dasteht, nachdem es ihm nicht möglich war, gegen die Polizisten zu seinem Rechte zu kommen, jetzt bekommt er zu allem, was er zu erliden hatte, eine — Anklage wegen wissentlicher falscher Anschuldigung!!! Selbstverständlich einzig und allein auf Grund der Aussage des säbelhauenden Polizisten, der als einziger Zeuge zur Verhandlung geladen ist!

Ist es notwendig, noch extra zu erwähnen, daß sich dieser echt preussische Vorfall in — Breslau abspielte?

**Oesterreich.**  
**Auflösung eines Gemeinderates.**  
Laiabach, 31. August. Die Landesregierung hat den Laiabacher Gemeinderat aufgelöst und mit der einstweiligen Leitung der Gemeindegeschäfte einen Beamten der Landesstelle betraut.

**Türkei.**  
**Fortdauer des Vorkotts.**  
Konstantinopel, 30. August. Hier und in der Provinz zeigt sich seit einigen Tagen eine Verschärfung des anti-

christlichen Vorkotts. Das Vorkottbureau der Postreife bezeichnet die aus Athen stammende Nachricht, daß eine Beteiligung der türkischen Behörden des Vilajets Jantina an der Vorkottbewegung erwiesen sei, als unrichtig.

**Persien.**  
**Unzufriedenheit.**  
Teheran, 31. August. Die Unzufriedenheit der Vachtiaren mit Serdar Afshar, der augenscheinlich die Regierungsführung oder eine Diktatur anstrebt, wächst. Jafrem und Serdar Afshar haben eine Versammlung der Mullas und Kaufleute einberufen und von dieser schriftliche Gutheißung der Handlungsweise der Regierung verlangt.

Das Ministerium des Aeußern hat bei der russischen Gesandtschaft Einspruch erhoben gegen die Einführung des Automobilverkehrs auf der Straße nach Tabriz. Die Presse in der Hauptstadt agitiert gleichfalls dagegen, indem sie den Russen vorwirft, sie bestreben sich, sämtliche Wege und Verkehrsmittel in Persien an sich zu reißen.

**China.**  
**Änderung der inneren Politik?**  
Peking, 31. August. Die Regierung und die gegenwärtig in Peking befindlichen Vizelkönige verhandeln eifrig über die geplante Wiedereröffnung der Handelsbeziehungen zwischen dem Amt eines Vizelkönigs. Der Generalgouverneur der drei Ostprovinzen, Shiliang, empfiehlt scharf gründliche Wandlung in der Haltung des Regenten gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten und in der inneren und der äußeren Politik. Es werden bedeutende Personalveränderungen erwartet. In den amtlichen Geschäften herrscht völliger Stillstand.

**Amerika.**  
**Roosevelt gegen den obersten Gerichtshof.**  
New York, 31. August. Mit einer ungeheuren Verblüffung und einer Bestürzung ohnegleichen haben die Mitglieder der Gesetzgebung des Staates Colorado Roosevelt gestern den obersten Gerichtshof der Konföderation angreifen hören. Niemand hat ein Expräsident derartiger Angriffe gegen die Ehre der Gerichtspersonen dieses obersten Gerichtshofes ausgeführt wie Roosevelt. Die Nachrichten hierüber verbreiteten sich mit unendlicher Geschwindigkeit in den gesamten Vereinigten Staaten und spalteten im Ru die Millionen in zwei scharf begrenzte Lager. Um die ungeheure Wichtigkeit dieser Angriffe zu verstehen, muß man wissen, daß in den Vereinigten Staaten die Regierungsmacht aus drei Hauptfaktoren besteht: aus der gesetzgebenden Macht, welche dem Kongress zukommt, aus der exekutiven Macht, welche dem Präsidenten in die Hand gegeben ist, und aus der Justizmacht, die der oberste Gerichtshof vertritt. Sämtliche drei Faktoren sind gleichberechtigt. Ein Gesetz, welches durch den Kongress votiert und durch den Präsidenten angenommen ist, hat noch keine Gültigkeit, so lange es nicht auch vom obersten Gerichtshof ratifiziert wurde. So hatte z. B. das Gesetz über die Einkommensteuer, so wie es der Kongress beschloß, bereits die Unterschrift des Präsidenten Cleveland erhalten, ist aber niemals in Kraft getreten, weil der oberste Gerichtshof erklärte, daß diese Steuer der Verfassung nicht entspreche. Die Vorrechte dieses obersten Gerichtshofes sind ganz bedeutend. So hat diese Institution das Recht der absoluten Kontrolle und seine Mitglieder sind mit demselben Respekt umgeben, wie z. B. die Vorkschafter fremder Länder. Diese Gerichtspersonen und diese Institution waren es nun, die Roosevelt gestern mit beispielloser Heftigkeit angriff, denen er Vorwürfe entgegenstellte, wie sie früher noch kein Mensch gewagt hatte. So z. B. behauptete Roosevelt: Wir wissen sehr gut, daß alle diese Richter, obwohl sie sonst sehr ehrenwerte Leute sind, einen sehr fossilen Geist an den Tag legen, daß sie völlig lebensunfähig sind und daß die Mehrzahl ihrer Urteile in der Luft schwebt. Ist das Recht, wenn sie z. B. erklären, daß wir kein Recht hätten, eine Frau an einer vielständigen enternenden und zerrüttenden Arbeit zu verhindern, die ihre Gesundheit in kürzester Zeit völlig untergräbt? Später warf Roosevelt in dieser Rede dem obersten Gerichtshofe eine große Subtilität in gewissen technischen Gesetzesfragen vor und eine fürchterliche Abgewandtheit von dem Geiste und den Notwendigkeiten der modernen Zeit. Wollte man Kenntnis dieser Dinge, Weltunerschaffenheit und der Mangel an jeglicher Lebenspraxis nur können diese Urteile des obersten Gerichtshofes erklären. Die Nation und der Staat, so sagt Roosevelt weiter, dürfen ein derartiges neutrales Terrain nicht weiter existieren lassen, auf dem beide ihre Autorität nicht auszuüben vermögen und welches schließlich ein Zufluchtsort für die vornehmen Verbrecher und die Reichen ist, die gegen das Wohl der Allgemeinheit handeln wollen, geschützt von der Macht ihrer Millionen. Im Laufe dieser außerordentlich scharfen Attacke entwidelte Roosevelt auch seine persönlichen Erinnerungen — indem er an die Affäre des Zuckerrückens erinnerte, bei der der oberste Gerichtshof sich gegen die Einführung einer Finanzkontrolle über die kommerziellen Verbindungen zwischen den einzelnen Staaten aussprach. Ebenso erwähnte Roosevelt seinen Kampf mit dem obersten Gerichtshof in der Affäre der Väder. Hier unterlagte der oberste Gerichtshof, daß ein Gesetz herausgegeben würde, welches die Arbeitszeit dieser Branche regelt und verhinderte so den Staat daran, das zu tun, was nur seine Pflicht war, nämlich für die hygienischen Arbeitsbedingungen der Väder zu sorgen. Roosevelt schloß, indem er die Hoffnung aussprach, daß bald ein Tag kommen möge, der diese wichtigen und für das Leben der gesamten Vereinigten Staaten so einschneidenden Entscheidungen des obersten Gerichtshofes bedeutend einschränken möge.

Die Rede wurde von den Tausenden der Zuhörer mit einem unbeschreiblichen Enthusiasmus angehört. Minutenlang, brausende Beifallsrufe unterbrachen ihn wiederholt. Als man ihn später über diesen Tag befragte, sagte er selbst: „Das ist der bedeutendste Tag meiner Reise im Westen und einer der bedeutendsten überhaupt meines ganzen Lebens!“

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Milwaukee, Herr Seidel, der erst kürzlich sein Amt angetreten hatte, und der der einzige Sozialdemokrat unter sämtlichen Bürgermeistern der Vereinigten Staaten ist, weigerte sich, Roosevelt zu empfangen und erklärte das damit, Roosevelt sei nicht ein Mann, der aus Unkenntnis oder aus schlechter Information den Sozialismus bekämpfe, seine Attacken seien nur die Praktiken eines listigen und pfliffigen Politikers.

**Sozialdemokratische Ordnungspolitik.**  
Seit dem Siege der Sozialisten in Milwaukee hat das Gannertum, das sich am öffentlichen Gute zu bereichern pflegt, dort schlimme Tage. Nicht nur greifen die neuen Behörden energisch in die frühere Selbstherrlichkeit der Straßenbahnen und sonstiger Betriebe öffentlichen Charakters ein, auch auf die Lieferanten hat man jetzt ein wachsames Auge. Der neue Arbeitskommissar Briggs hat eine Reihe Kontraktoren, die betrügerisch wirtschafteten, zur Ein-

stellung ihrer Arbeiten genötigt oder nochmalige Ausführung niederlicher Arbeiten geordert. So bei Brückenbau- und Pfasterarbeiten. Sicher wird die Stadt zur Ausführung der Arbeiten in eigener Regie übergehen. Genosse Mullen, Superintendent für Straßenbau, erklärt, mit den bewilligten Summen könne um 50 bis 100 Proz. mehr Arbeit geschafft werden.

Ebenso wird hinsichtlich der Lieferungen kräftig eingegriffen. Die neue Verwaltung hat sofort ein Einkaufsdepartement eingerichtet, das natürlich den „Grasters“ (Blünderern) verhaßt ist. „Die schönen Tage, wo man alle Utensilien beim Kleinrämer einkaufte und horrenden Preise bezahlte, wobei immer etwas für den Einkäufer abfiel, sind vorüber. Jetzt kauft der Vorksteher Campbell nicht mehr beim Krämer, sondern in den großen Handelshäusern, und er zahlt den Preis, den der große Kaufmann zahlt.“ („N. J. Volks-Ztg.“) So bezieht die Stadt jetzt Gaskohlen, für die bisher 4,60 Dollar für die Tonne bezahlt wurden, für 3,25 Dollar, andere für 4,75 Dollar statt 5,75 Dollar. Sen wurde für 11 bis 12 Dollar statt 14 Dollar und mehr gekauft, Schlände für 65 Cent den Fuß statt 95 Cent. Das Einkaufsdepartement hat sich glänzend bewährt. Es ist daher kein Wunder, daß es von den „Grasters“ verflucht und verdammt wird.“

**Soziales.**

**Ein Beitrag zur gefüllten Kompostkassette des Arbeiters.**  
Der Maurerlehrling Wilhelm P. aus T. trat am 25. September 1907 auf einem Neubau mit einem anderen Kollegen Balken, hierbei verspritzte er einen Kuch in der rechten Schulter. Diefelbe fing an zu schmerzen. Trotz der Schmerzen verrichtete jedoch P. noch weiter seine Arbeit, erzählte aber den Mitarbeitern den Verlauf. Die Schulter schwell an, und P. mußte sich nach einigen Tagen in das Krankenhaus begeben, wo er operiert wurde.

Der von dem geschickten Vertreter des P. erhobene Anspruch auf Entschädigung wurde von der Nordöstlichen Bauergewerkschafts-Vereinskommission, Section II, abgelehnt. Die Gewerkschaft bestritt, daß das Leiden von einem Unfall herrühre. Das Schiedsgericht für Arbeiterberufung für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. vernahm zunächst die Mitarbeiter des P. Durch deren Aussagen wurde festgestellt, daß P. nicht nur Balken, sondern auch Kalk abgetragen hat. Das Schiedsgericht holte von Herrn Professor Dr. Th. Cotibus ein Gutachten ein. Derselbe sagt in dem Gutachten, daß, wenn P. wirklich beim Abtragen des Balkens einen Stoß gegen das rechte Schlüsselbein erhalten habe, dieser Stoß dann sehr wahrscheinlich die Ursache der schon tags darauf eingetretenen Krankheit gewesen sei. Weiter, daß die Wahrscheinlichkeit eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem Balken tragen und der Erkrankung dadurch erhöht wird, daß P. den Jungen S. einige Tage nach dem Balkentragen die stark gedehnte, an einzelnen Stellen duragescheuerte rechte Schulter gezeigt hat.

Trotzdem wies das Schiedsgericht die Berufung zurück, weil nicht ein bestimmtes plötzliches Ereignis als Ursache der Erkrankung erwiesen ist. Daß die Krankheit infolge andauernden Tragens schwerer Lasten entstanden ist, kann ohne weiteres als feststehend angenommen werden.

Gegen diese Entscheidung wurde Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt eingelegt und nachgewiesen, daß P. seinen Arbeitskollegen Kenntnis von dem Vorfall gegeben habe, und weiter, daß Herr Professor Dr. Th. Cotibus den Zusammenhang des Leidens mit einem Unfall für wahrscheinlich hält. Aber auch das Reichs-Versicherungsamt stellte sich auf den Standpunkt, daß hier nicht ein Verletzungsfall, der ein zeitlich begrenztes Ereignis voraussetzt, in Betracht komme, sondern daß die Krankheit sich allmählich durch das Tragen schwerer Lasten entwickelt habe.

Der vorliegende Fall zeigt, daß der Begriff „Unfall“ äußerst eng gezogen ist, sehr zum Schaden der Arbeiter; denn tatsächlich — und das nimmt auch das Reichs-Versicherungsamt an — ist festgestellt, daß P. das Leiden sich durch das Tragen der Balken zuzog, nur fehlte das plötzliche eintretende Ereignis. Trotzdem wird immer und immer wieder den Arbeitern erzählt, daß für sie bis ins hohe Alter hinein geforgt sei! Der Formalismus aber feiert Triumphe — mögen die verunglückten Arbeiter sehen, wie sie sich weiter durchs Leben schlagen!

**Wie es um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Grubenarbeiter bestellt ist,**

darüber gibt eine Resolution ziemlich klare Antwort, welche auf der in Essen stattgefundenen Generalversammlung des Steigerverbandes zur Annahme gelangte. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die 4. Generalversammlung des Deutschen Steigerverbandes spricht ihre Empörung darüber aus, daß die Steiger, besonders wegen Nichtförderens des „Solls“ und bei Einführung und Betrieb von Schüttelrutschen, zum Verfall von Ueber- und Nebenarbeiten, sog. Strafschichten, gezwungen werden. Hierdurch wird nicht nur die Autorität der Beamten den Arbeitern gegenüber untergraben und eine erschreckliche, Gefahren verheißende Tätigkeit erschwert, sondern auch die Gesundheit der Steiger leidet außerordentlich darunter. Dergleichen ist die Generalversammlung empört über das auf vielen Beiden immer noch in Blüte stehende Streichen der Prämien, wodurch die Betroffenen wirtschaftlich schwer geschädigt werden, weil die Prämien einen großen Teil der Einkünfte der Grubenbeamten ausmachen. Da auch diese Handlungsweise der Grubenbesitzer und höheren Beamten in den meisten Fällen eine Folge der rücksichtslosen Jagd nach Kohlen ist, so ist auch sie von den bedenkenlichsten Wirkungen in bezug auf die Betriebssicherheit begleitet.“

Die Versammlung richtet darum an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die Bitte, tunlichst bald Maßregeln zu treffen, wodurch die beklagten Uebelstände beseitigt werden. Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß dies am besten durch den Erlass eines Reichsberggesetzes geschieht, in dem das Verbot der Zahlung von Prämien ausgesprochen und eine Maximalarbeits- und Mindestarbeitszeit vorgeschrieben wird. Des weiteren muß das Entlassungs- bzw. Kündigungrecht der Grubenbesitzer so weit eingeschränkt werden, daß es nur aus dem im § 80 des Preussischen Berggesetzes angegebenen Gründen ausgeübt werden darf. Die Generalversammlung ist aber auch der Ansicht, daß die Bergbesitzer bei sinngemäßer Anwendung des § 106 des Preussischen Berggesetzes, der zwar nur von der Aufsichtspflicht der Behörden zum Schutze der Arbeiter spricht, schon heute gegen die Auswüchse des Soll- und Prämien Systems sowie gegen die Straf- und Ueberarbeiten vorgehen können.

Die Generalversammlung richtet deshalb an die königlichen Bergbehörden die dringende Bitte, ihr Augenmerk auch auf die Arbeitsverhältnisse der unteren und mittleren Grubenbeamten zu richten und auf dem Verordnungswege die gesundheits-schädigende lange Arbeitszeit und die Strafschichten zu verbieten. Im einzelnen erwartet die Generalversammlung von der Gesetzgebung:

1. Eine den Verhältnissen des Bergbaues angepaßte Regelung der Sonntagsarbeit, 2. einschränkende Bestimmungen über das Ueber- und Nebenarbeitenwesen, 3. Befreiung notwendiger Ueberarbeit, und 4. Bestimmungen, die dem Arbeitgeber die Gewährung eines jährlichen Erholungsurlaubes von mindestens 14 Tagen zur Pflicht machen.“

Die Herren Grubenbarone dürften kaum geneigt sein, dies Dokument an den Spiegel zu stecken. Auf der unbedingten Unterstützung der Grubenbeamten konnten bisher die Herren der Gruben ihr Regiment aufbauen, das sie gegen die Arbeiter richteten.

# Gewerkschaftliches.

## Innungskrauterliches.

Der Typ der Spießer, deren politisches Verständnis nicht über die Nasenspitze hinausgeht, ist in den Reihen der Innungskrauter recht zahlreich vertreten. Weil sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht erkennen, sind alle ihre Maßnahmen und Bestrebungen von den rein äußerlichen und unmittelbaren Erscheinungen bestimmt. Daß z. B. die Verteuerung der Lebenshaltung, als eine Folge der agrarischen Wirtschaftspolitik, auch eine Erhöhung der Löhne bedingt, will den Herrschaften nicht einleuchten; sie betrachten jede Lohnforderung als einen Angriff auf ihr Portemonnaie, für den sie die Arbeiter verantwortlich machen und daher verfolgen sie mit wütendem Haß die Arbeiterbewegung. Streiks und Auffklärung der Indifferenten erachten sie gleich Verbreden, die bestraft werden müssen. Es überrascht daher auch nicht, daß sie auf dem dieser Tage in Berlin abgehaltenen Allgemeinen deutschen Innungs- und Handwerkerkongress einstimmig diese Resolution annahm:

„Nachdem von den beiden auf den vorhergehenden Handwerkerkongressen zweifache Abmündung der Schädigung durch Lohnkämpfe erhobenen Forderungen die erstere, nämlich die Gewährung der Möglichkeit zu einem festen Zusammenschluß der Arbeitgeber erfüllt ist, lenkt der Handwerkerkongress auf die zweite Forderung, den größeren Schutz der Arbeitswilligen, und wiederholt seine früheren Entschlüsse, nach denen er unter voller Anerkennung der Koalitionsfreiheit angesichts der zahlreichen Auswüchse, durch Bedrohung und Mißhandlung sowie durch Vorklitterung und Verurteilung gegen Arbeitswillige und Arbeitgeber eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Abwehr solcher Vorkommnisse für erforderlich erachtet.“

Die großindustriellen Schutzgötter und Syndikatsmänner werden an dem Innungsstreik ja wohl ihre Freunde haben, und den Handwerkern dafür aus Dankbarkeit die Zoll- und Syndikatschrauben nach Möglichkeit noch schärfer anziehen als bisher.

## Die „höhere Warte der völkischen Belangen.“

Die „Deutsche Handelsmacht“, Organ des angeblich 120 000 Mitglieder zählenden Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, sieht sich genötigt, in einer Polemik die Stellung dieses Verbandes zur Wirtschaft und Steuerpolitik zu verteidigen. Der Deutschnationaler Verband wurde von Antisemiten gegründet, viele seiner hervorragenden Mitglieder gehören der antisemitischen Partei an und sein früherer Vorsitzender Schack war Reichstagskandidat des Bundes der Landwirte und trat im Reichstag für die agrarische Zoll- und Steuerpolitik ein. Die Feststellung dieser Tatsachen ist der „Deutschen Handelsmacht“ natürlich sehr unangenehm. Sie behauptet, daß die Haltung der amtlichen Vertretung des Verbandes — Verwaltung und Aufsichtsrat — in den Fragen der Wirtschaft und Parteipolitik von jeher streng neutral gewesen sei. Der Verband könne nicht einseitig für Freihandel oder Schutz Zoll Stellung nehmen, denn die Beurteilung dieser Fragen müsse von der „höheren Warte der völkischen Belangen“ aus erfolgen. Der Verband sei lediglich und ausschließlich eine gewerkschaftliche Organisation deutscher Handlungsgehilfen zur Vertretung ihrer besonderen Berufsinteressen; er erkenne folgende Grundsätze der christlichen Arbeiterbewegung an: „Fragen der allgemeinen Politik, wie Fragen der Verfassung, Heeres- und Flottenfragen, allgemeine Steuerfragen, die allgemeine Wirtschafts- und Handelspolitik sind nicht Sache der Gewerkschaftsbewegung und haben mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung als solcher nichts zu tun. Sie geben den Arbeiter nicht als sogenannten „Verläufer“ seiner Arbeitskraft, also nicht als Arbeiter im engeren Sinne, sondern als Staatsbürger an.“

Diese Ausreden helfen nicht darüber hinweg, daß der Deutschnationaler Verband die Handlungsgehilfen durch seine angeblich neutrale Haltung schwer schädigt. Es ist gar keine Frage, daß die agrarische Wirtschaftspolitik den Handlungsgehilfeninteressen strikte zuwiderläuft, und wenn daher die „Handelsmacht“ verlangt, diese Frage von der höheren Warte der völkischen Belangen (soll heißen nationale Interessen) zu beurteilen, so kann das bei der bekannten reaktionären Auslegung der „nationalen“ Interessen nichts anderes bedeuten, als die Handlungsgehilfeninteressen zugunsten der agrarischen „nationalen“ Parteipolitik der reaktionären Parteien zu verraten. Wenn ferner der Deutschnationaler Verband sich als Gewerkschaft aufspielt, so braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß dieser Organisation Tausende von Unternehmern angehören, daß der Verband seinen Mitgliedern durch gewerkschaftliche Kämpfe bisher auch nicht einen Pfennig Lohnerhöhung verschafft hat und daß wichtige gewerkschaftliche Kampfmittel, den Streik, grundsätzlich demüßigt, um zu erkennen, was Weisheit kind diese Gewerkschaft ist. Diese Eigenschaften als Gewerkschaft soll den Verband hindern, gegen die Agrarlobby und indirekten Steuern Front zu machen. Der Deutschnationaler Verband sieht also ruhig zu, wie man seine Mitglieder als Staatsbürger durch Zölle und indirekte Steuern schädigt, daß geht ihn nichts an, denn er hat sie ja nur als Verkäufer der Arbeitskraft organisiert! So steht die Standesinteressenvertretung des Deutschnationalen Verbandes aus. Seine angebliche wirtschaftspolitische Neutralität ist nichts anderes als eine Begünstigung der agrarischen Wirtschaftspolitik, und daß es mit der gleichfalls behaupteten parteipolitischen Neutralität dieses Verbandes nicht besser steht, beweist schon sein fanatischer Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Man kann die Handlungsgehilfen, die diesem Verbands unter Mißachtung ihrer eigenen Interessen noch immer nachlaufen, nur bedauern!

## Berlin und Umgegend.

### Schiedspruch des Einigungsamtes

in der Frage der Tarifseitigkeiten in den Ladeneinrichtungsfabrikbetrieben.

Die Berliner Ladeneinrichtungsfabrikanten unterstehen als Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für die Holzindustrie dem im Frühjahr 1910 abgeschlossenen allgemeinen Tarifvertrage. Da darin auch die Bestimmungen enthalten ist, daß für die einzelnen Spezialbranchen, also auch für die Ladeneinrichtungsfabrikanten, Sonderverträge ausgehandelt werden sollen, versuchten die Arbeitgeber in einen solchen Spezialtarif ungünstigere Bedingungen hineinzubringen, als wie sie im Hauptvertrage enthalten sind. Die Arbeiter lehnten den verschlechterten Tarif ab.

Der Vorstand des Vereins der Ladeneinrichtungsfabrikanten gab seinen Mitgliedern deshalb die Anweisung, die Bestimmungen des allgemeinen Vertrages nicht einzuhalten, sondern die früheren Vertragsbestimmungen in Anwendung zu bringen. Danach erhielten die Arbeiter statt 1 M. nur 70 Pf. täglich Montagslohn. Es kam nun zu Verhandlungen in der Schlichtungskommission und am 18. Juli zu einer Entscheidung des Einigungsamtes, welches den Parteien den Auftrag gab, innerhalb vier Wochen einen Spezialtarif für die Ladeneinrichtungsfabrikanten auszuarbeiten. Durch die Schuld der Arbeitgeber kam ein solcher Tarif nicht zustande, da sie die anberaumten Sitzungen wiederholt abstellten. Darüber entrüstet, freilich die Arbeiter ab Montag in 13 Betrieben.

Das Einigungsamt trat nun am Mittwoch zu einer Verhandlung zusammen und fügte zur Tariffrage sowie über eine Verschärfung der Unternehmern wegen Vertragsbruches der Arbeiter, den diese durch die Arbeitseinstellung begangen haben sollen, folgenden Schiedspruch:

I. Der Einstellungslohn beträgt 55 Pf. pro Arbeitsstunde, für solche Arbeiter, die nachweislich schon sechs Monate in der Branche beschäftigt sind, 60 Pf. Kann ein Arbeiter entsprechend seiner Leistungen einen höheren Lohn beanspruchen, so ist derselbe spätestens am 6. Tage zu vereinbaren und wird der vereinbarte höhere Lohn

für die vorgeleistete Arbeitszeit nachgezahlt. In Betrieben, in denen bisher bessere Arbeitsbedingungen bestanden, bleiben dieselben bestehen.

II. Bei Montagearbeiten innerhalb Berlins und des Vorortbereiches wird ein Montagelohnschlag von 10 Pf. pro Stunde nebst Jahrgeld dritter Klasse bezahlt.

III. Diese Vereinbarungen gelten als Teil des allgemeinen, in Gemäßheit des Schiedspruches des Einigungsamtes vom 18. Juli 1910 zu vereinbarenden Ostariffes im Sinne des § 8c des Arbeitsvertrages für die Berliner Holzindustrie.

Ueber den Antrag der Arbeitgeber wegen der Arbeitseinstellung der Arbeiter entschied das Einigungsamt wie folgt:

„Nach Fällung des heutigen Schiedspruches des Einigungsamtes hat die Organisation der Arbeitnehmer Sorge zu tragen, daß die streikenden Arbeiter unverzüglich die Arbeit wieder aufnehmen. Das Einigungsamt erwartet, daß in Zukunft beide Parteien streng nach den Bestimmungen des Arbeitsvertrages verfahren.“

Zum Streik der Herrenmähnschneider bei der Firma Jocke & Co. haben die Vertrauensleute des Verbandes der Schneider gestern folgende Resolution beschloffen:

„Die heute im Gewerkschaftshaus versammelten Vertrauensleute der Herrenmähnschneider erklären nach dem Bericht der Ortsverwaltung, daß sie nach wie vor in dem Vorgehen der Firma „Jocke-Club“ einen groben Vertragsbruch erblicken. Sie billigen ausdrücklich alle bisher seitens der Ortsverwaltung und des Hauptvorstandes getroffenen Maßnahmen und fordern die Streikenden auf, das von dem Arbeitgeberverband gestellte Ultimatum abzulehnen.“

Da der Vorstand des Arbeitgeberverbandes sich weigert, die durch den Tarifvertrag vorgesehenen Schlichtungsinstanzen anzuerkennen, somit für sich besondere Rechte verlangt und die Vermittlung von Streikarbeit übernimmt, so fordern die Vertrauensleute alle Kollegen auf, jede Streikarbeit zurückzuweisen und die Ortsverwaltung hiervon in Kenntnis zu setzen. Sollten sich hieraus weitere Differenzen ergeben, so soll die Ortsverwaltung alle ihr geeignete erscheinenden Schritte unternehmen.“

Die genannte Firma hatte 9 Arbeiter entlassen, weil sie sich weigerten, sich eine Änderung in der Entlohnung gefallen zu lassen. Hierauf hatten die übrigen Arbeiter die Arbeit eingestellt. Obwohl vom Verband der Schneider wiederholt die Einberufung der beiderseitigen Ortsvorstände verlangt wurde, lehnten die Arbeitgeber ab das Erscheinen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ab und verlangten nun durch ihren Hauptvorstand zu Münden die bedingungslose Aufnahme der Arbeit, also Anerkennung des Rechtes für die Arbeitgeber, sich über die tariflichen Schlichtungsinstanzen hinwegzusetzen und die Entlohnung der Arbeiter nach Willkür vorzunehmen.

## Zur Lohnbewegung der Dachdeckerhilfsarbeiter.

Der Stand der Bewegung ist als günstig zu bezeichnen. Dem Vorgehen der Kollegen von Horn u. Hummel haben sich am Montag früh die Kollegen von A. Christoph, Langestr. 50, Blank u. Nießmüller, Schöneberg, Hohenriedbergstr. 22, und W. Reumeyer, Inhaber Adels, Charlottenburg, Sommeringstraße, angeschlossen. Zur Arbeitseinstellung ist es sodann am 31. August bei der Firma Nielebo, Gaudystr. 14, gekommen. Herr Nielebo hatte seinen Hilfsarbeitern stets einen Stundenlohn von 60 und 65 Pf. pro Stunde gezahlt. Am letzten Sonnabend zog er den Kollegen plötzlich 5 Pf. pro Stunde ab. Die Arbeitseinstellung ist, soweit sich feststellen ließ, überall einmütig erfolgt. Die Werkstellen sind von den Hilfsarbeitern ausstrengt zu meiden. Durch die Bewegung werden allerdings auch die Dachdecker in Mitleidenschaft gezogen, diese üben jedoch nach Möglichkeit Solidarität.

## Metallarbeiterstreik.

Am Mittwochabend waren die in den Metallwerken für gelochte Vieche beschäftigten Arbeiter im „Englischen Garten“ versammelt, um den Bericht über die letzte Verhandlung mit den Unternehmern entgegenzunehmen. Da irgendwelche Zugeständnisse der Unternehmer nicht gemacht worden sind, beschloffen die Anwesenden, am Donnerstag früh in den in Betracht kommenden Betrieben in den Ausstand zu treten.

## Lohnbewegung der Linoleum- und Teppichleger.

Am Mittwochabend berichtete Schulze, daß am Montag von den Unternehmern ein Gegentarif eingelaufen war, bei dessen Durchsicht der Verbandsvorstand jedoch sofort den Eindruck hatte, daß der Tarif in dieser Form einfach unannehmbar sei. Bei einer am Mittwoch nochmals einberufenen gemeinsamen Sitzung wurden die einzelnen Positionen durchberaten, und es war den Arbeitervertretern möglich, in den Hauptpunkten wesentliche Verbesserungen zu erzielen. Eine Schlichtungskommission lehnten die Herren ab, worauf Schulze auf die hieraus erfolgenden Konsequenzen verwies. Desgleichen erklärte er, wenn die Freigabe des 1. Mai nicht aufgenommen werde, die Arbeiter trotzdem feiern würden.

Die Versammlung stimmte den neuen Tarifbestimmungen einstimmig zu. Zu bemerken ist noch, daß bei dem Zwischenmeister Gehhardt von der Firma Fischer u. Wolf und dem Zwischenmeister Schäfer der Tarif noch nicht bewilligt ist und der Streik dort noch fortbesteht.

## Lohnbewegung der Laden- und Kontoristischer.

Am Mittwochabend nahmen die Arbeiter dieser Branche in einer vollständig besuchten Versammlung den Spruch des Einigungsamtes entgegen. Damit ist diese Tarifbewegung mit erfreulichem Erfolg beendet, indem wesentliche Verbesserungen zu verzeichnen sind. Dies ist um so höher zu bewerten, als sich hier einmal der Willkür der Arbeiter energisch gegen die systematische Umgehung der Tarifbestimmung seitens der Unternehmer Bahn gebrochen hat und gegen den Willen der Verbandsleitung die Arbeit niedergelegt wurde.

## Achtung, Leistenvergolder!

Der Streik in der Firma Rehrberg u. Co. in Hamburg-Altona dauert unverändert fort. Leider hat sich schon eine Anzahl Streikbrecher eingefunden. Unter anderen auch die Verfilberer Holzmann (Wasser und Sohn). Der Vater soll indessen wieder verschwinden sein und es wird vermutet, daß er auf der Suche nach Streikbrechern in Berlin ist. Wir erziehen daher alle Kollegen, auf der Hut zu sein und dem Streikbrecheragenten gründlich heimzuleuchten. Die Zentralkommission der Vergolder.

## Deutsches Reich.

### Brauereiarbeiter.

Die organisierten Brauereiarbeiter in Rheinland und Westfalen haben seinerzeit dem Verbands der rheinisch-westfälischen Brauereiarbeiter Forderungen auf Verregelung der Arbeit und des Lohnverhältnisses unterbreitet. Der Verband hat darauf der Organisation einen neuen Tarif vorgelegt, der aber von den Brauereiarbeitern für unannehmbar erklärt worden ist.

Die Lohnbewegung der Bauhilfsarbeiter in Frankfurt a. M. wurde mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet. Wenn auch die Forderungen der Bauhilfsarbeiter nicht voll erfüllt wurden, so sind doch die ohne Kampf erzielten Erfolge ganz wesentliche. An Stelle der früheren Durchschnittslöhne wurden Minimallöhne festgesetzt und die früheren Lohnsätze um insgesamt 6 Pf. pro Stundenlohn erhöht. Die 6 Pf. Lohnerhöhung verteilen sich folgendermaßen: ab 1. September d. J. steigen die bisherigen Durchschnittslöhne um 3 Pf., am 1. Juli 1911 um 2 Pf., und am 1. April 1912 um einen weiteren Pfennig. Die Löhne sind entsprechend dem Alter der Gesellen festgesetzt. Ab 1. September erhalten nun frisch ausgeleitete Arbeiter einen Mindestlohn von 88 Pf., Gesellen nach

ein Jahr beendeter Lehrzeit bis zu 21 Jahren 42 Pf., über 21 bis 24 Jahren 49 Pf. und über 24 Jahren 57 Pf. Bei den ungelernten Arbeitern schwanken die Mindest-Stundenlöhne zwischen 34 und 41 Pf. Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1. September dieses Jahres von 57 auf 56 Stunden und am 1. September 1911 auf 55 Stunden reduziert. Der abgeschlossene Vertrag gilt bis 31. August 1913.

## Maschinisten und Heizer.

Zugung ist fernzuhalten nach den Industrieorten der Lausitz. Am 28. August haben sämtliche Maschinisten und Heizer von Sommerfeld (Lausitz) dem Vorstand des Fabrikantenvereins, sowie den einzelnen Unternehmern ihre Kündigung eingereicht. Es wird dringend eruchtet, Arbeitsangebote nach Sommerfeld in der Lausitz zurückzuweisen und jeden Zugung streng fernzuhalten.

## Streik der Lederarbeiter.

Bei der Firma Emil Gehhardt in Böhmisch (Tschirgen) reichten sämtliche Lederarbeiter wegen Lohnhöhen die Kündigung ein. Zugung ist fernzuhalten.

## Verfammlungen.

Mehr Schutz vor Unfallgefahren bei der A. G. G. Diese Forderung wurde am Dienstag in einer zahlreich besuchten Versammlung erhoben, die im Lokale von Kramer in der Rustenstraße stattfand. Es waren die Pader aus dem Maschinenlager der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in der Brunnenstraße, die dort zusammengelassen waren, um sich darüber auszusprechen, wie den in dieser Betriebsabteilung allzu zahlreichen Unfällen vorgebeugt werden kann. Erst am vorigen Sonnabend hatten sie — soweit sie dazu Erlaubnis erhalten hatten — einen Kollegen zu Grabe geleitet, der bei der Arbeit sein Leben eingebüßt hatte. Es war der Kranführer Prenzler. In dem ziemlich niedrigen Schuppen war er mit den bloßliegenden Leitungsdrähten in Berührung gekommen. Es fehlte an den hier äußerst notwendigen Schutzvorrichtungen. Seitdem hat man solche Vorrichtungen anbringen lassen, aber, wie in der Versammlung ausgeführt wurde, nicht an alle Leitungen, wo es nötig wäre, so daß die Arbeiter noch immer in Lebensgefahr schweben. Erst kürzlich wieder war ein Arbeiter einem bloßliegenden Leitungsdraht so nahe gekommen, daß er nur durch den Zufall „Nicht aufstehen“ dem sicheren Tode entging. Wer bei der Arbeit einmal auf eine Riste steigen muß, der kann nur zu leicht mit der elektrischen Leitung in Berührung kommen, und diese Gefahr ist um so größer, als eine übermäßig intensive Arbeit verlangt wird. Es soll im Maschinenlager ein unerträgliches Antriebsbestreben herrschen, und dazu kommt eine übermäßig lange Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden den Tag, 72, 73, 84 und 90 Stunden die Woche. Der Direktor Eisler hat zwar erklärt, daß er mit seiner ganzen Person dafür eintreten werde, daß der Reinstudenten tag endgültig eingeführt werde, ja daß er auch den Reinstudenten anstreben wolle, aber darüber sind zwei Monate verfloßen und man hat sich noch nicht veranlaßt gefühlt, den Arbeitern irgendwelche Erleichterung zu verschaffen. Bei alledem ist die Bezahlung sehr schlecht; als Anfangslohn sollten 40 Pf. die Stunde gezahlt werden und danach sollte der Lohn auf 46 Pf. steigen, aber es sind Leute mit 38 Pf. Anfangslohn angestellt worden, die jetzt 40 Pf. haben und schon ein halbes Jahr lang dafür arbeiten müssen. Bearbeitet wird im Maschinenlager sogar Sonntags, und zwar von 7 bis 2 Uhr. In der Versammlung wurde es bezweifelt, daß die Polizei die Erlaubnis zu dieser Sonntagsarbeit gegeben habe. Bei dieser übermäßigen Ausbeutung der Arbeiter ist es leicht erklärlich, daß es mit dem Gesundheitszustand der Arbeiter im Maschinenlager sehr schlecht bestellt ist. Von den 300 bis 350 Beschäftigten stehen 28 bis 35 ständig auf der Krankenliste, eine außerordentlich hohe Anzahl. Die die der anderen Betriebsabteilungen mehr oder minder weit übersteigt. Größtenteils sind die Kranken Krankschmerzen oder nervenleidend. Auch in der Zahl der Unfälle, soll das Maschinenlager an erster Stelle stehen. Ein Teil der Pader, diejenigen, die mit dem verunglückten Kranführer Prenzler zusammengearbeitet haben, wollten gern am vorigen Sonnabend sich die nötige Zeit frei machen, um an der Beerdigung teilnehmen zu können. Sie erklärten sich bereit, dafür die Nacht vorher durchzuarbeiten, aber der Abteilungschef Jänike gab hierzu nur einem die Erlaubnis und zeigte durch seine ganzen Redensarten, daß er gar kein Verständnis dafür hatte, daß Arbeiter das Bedürfnis haben können, ihrem verunglückten Kameraden die letzte Ehre zu erweisen. Nach dem Polizeibericht soll Prenzler an Herzschlag gestorben sein, und im Totenschein heißt es, die Ursache des Todes sei „unbestimmt“. Dabei war die Leiche sofort nach dem Schauhause gebracht worden.

Es wurde betont, daß ein starker Zusammenschluß der Arbeiter im Transportarbeiterverband erforderlich sei, um den nötigen Schutz vor Betriebsgefahren und überhaupt menschenwürdige Zustände zu schaffen. Wenn sich die Arbeiter durch solches Bestreben auch mißliebigen machen bei ihren Vorgesetzten und auf Entlassung gefaßt sein müßten, so habe das gegenwärtig nicht viel zu sagen, da sowohl die A. G. G. wie auch andere große Unternehmungen Arbeitskräfte brauchen und es nicht so schwer fällt, anderswo Arbeit zu finden.

## Letzte Nachrichten.

### Brand in einer Farbenfabrik.

Feuer in der Aktiengesellschaft für Anilin-Fabrikation in der Lohmühlenstr. 65/67 alarmierte am Mittwochabend die Feuerwehr. Als der achte Löschzug aus der Reichenberger Straße an der Brandstelle, die auf Treptower Gebiet liegt, ankam, stand dort eine fogen. Farbenmühle in Flammen. Die Treptower Dorffeuerwehr war ebenfalls zur Stelle und gab wader mit einem Rohre schon kräftig Wasser. Es gelang, den Brand an weiterer Ausdehnung zu verhindern und dann auf seinen Herd zu beschränken. Die Entstehung wird auf Selbstentzündung zurückgeführt. Der Schaden ist voll durch Versicherung gedeckt. Eine Betriebsstörung wird nicht stattfinden.

### Einigungsverhandlungen in Sicht?

Hamburg, 31. August. (W. L. B.) Nachdem die Organisation der Werftarbeiter sich an die Werftbesitzer zum Zwecke der Gewährung einer Vespredung gewandt hatten, hat der Verein deutscher Seeschiffswerften beschlossen, dem Erluchen Folge zu geben, und hat die Vespredung für Anfang nächster Woche in Aussicht genommen.

### Stand der Cholera in Italien.

Rom, 31. August. (W. L. B.) In den letzten 24 Stunden sind in Barletta fünf Erkrankungen und fünf Todesfälle an Cholera festgestellt worden, in Trani ein Todesfall, in Rossetta zwei Erkrankungen und ein Todesfall, in Spinazzola eine Erkrankung und ein Todesfall, in Bitonto eine Erkrankung und vier Todesfälle, in Trinitapoli zwei Erkrankungen und ein Todesfall und in Cerignola zwei verdächtige Erkrankungen und zwei Todesfälle.

### Krise in der indischen Baumwollproduktion.

Bombay, 31. August. (Weldung des Reuterschen Bureaus.) Infolge der hohen Baumwollpreise und wegen des allgemein daniederliegenden Handels werden vom 30. September ab sieben Baumwollfabriken geschlossen werden. Von dieser Maßregel werden siebentausend Arbeiter betroffen. Dem Benehmen nach wird noch eine Anzahl anderer Baumwollfabriken diesem Beispiel folgen.

Sitzung des Internationalen Bureaus.

Kopenhagen, den 31. August.

Die tschechische Frage.

Remec gibt im Namen der tschechischen Sektion folgende Erklärung ab:

Die am Internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen durch 37 Delegierte vertretene böhmische Sektion erklärt, daß sie von ihrem ursprünglichen Beschluß, betreffend die Nichtanerkennung von sieben Delegierten als Mitglieder der böhmischen Sektion nicht Abstand nehmen kann...

Remec fügt hinzu, daß in der tschechischen Sektion allgemein die Ansicht ausgesprochen worden ist, daß die Tschechen, die als einheitliche Partei den Boden des Internationalen Kongresses betreten haben, diesen Kongress unmöglich als gesplittene Partei verlassen können...

Jaurès-Frankeich: Wir bedauern auf das Lebhafteste, daß der Antrag Banderweldes auf Bildung einer Untersektion von den Tschechen nicht angenommen worden ist...

Banderweld erklärt seinen Antrag so, daß die tschechische Untersektion natürlich nur provisorisch für diesen Kongress gedacht sei.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Dr. Adler: Niemand mehr als wir Oesterreicher bedauern den Beschluß der tschechischen Genossen auf das Lebhafteste.

Beide Organisationen sind auch geeignet, preistreibenden Tendenzen insbesondere der Kartelle und Trusts, entgegenzutreten. Alle genossenschaftlichen Unternehmungen sollen in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen wie in gesundheitlicher Hinsicht vorbildlich ausgestaltet sein.

Aus allen diesen Gründen empfiehlt der Internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen allen politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen, die genossenschaftliche Konsumentenorganisation durch ihren Beitritt und ständigen Warenbezug zu fördern...

Banderweld wendet sich gegen den Vorwurf, den v. Elm in bezug auf den tschechischen Generalstreik gegen die belgischen Arbeiter gerichtet habe.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Thomas-Frankeich: Gerade wenn die Genossenschaften als solche nicht sozialistisch sind, müssen wir sie sozialistisch machen.

Zweite (Gewerkschafts-) Kommission.

Kopenhagen, 30. August.

Die Debatte über den tschechischen Streit wird fortgesetzt.

Der Vorsitzende Branting teilt mit, daß noch 14 Redner eingezeichnet sind...

Bergmans-Belgien: Die Frage ist schon genügend geklärt; lassen wir noch einen Vertreter der Tschechen und der Reichskommission sprechen...

Viktor Adler: Wir haben ein Interesse daran, auch die Meinung der anderen Nationen zu hören...

Karski-Polen: Jeder Sozialdemokrat wird gegläubig Grundfragen zustimmen müssen.

8. Internationaler Sozialistischer Kongress.

Erste Kommission (Genossenschaftswesen).

Kopenhagen, 30. August.

Die Debatte über die Beziehungen zwischen Genossenschaften und Partei wird fortgesetzt.

Karpeles belagte sich über die Neutralität der deutschen Partei.

Karpeles belagte sich über die Neutralität der deutschen Partei.

Karpeles belagte sich über die Neutralität der deutschen Partei.

Karpeles belagte sich über die Neutralität der deutschen Partei.

Karpeles belagte sich über die Neutralität der deutschen Partei.

Karpeles belagte sich über die Neutralität der deutschen Partei.

Karpeles belagte sich über die Neutralität der deutschen Partei.

Karpeles belagte sich über die Neutralität der deutschen Partei.

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

Karpeles-Österreich: Wenn Genosse v. Elm gesagt hat, was dem das belgische System geleistet habe...

erfolgt im gemeinsamen Einverständnis, nicht durch Zerstückung der Partei. Die besonderen Bedürfnisse der tschechischen Genossen sind in reichem, überreichem Maße stets berücksichtigt worden (Zuruf bei den Tschechen: Ueberreich, Ueberreich!) Javohl, vielleicht sogar zu Ueberreich in Anbetracht der vorhandenen Mittel. Die Tschechen, Polen, Italiener und Slowenen haben eine reichere Gewerkschaftspressung als die Deutschen. Natürlich gibt es immer einige nationale Schwächen. Aber kommen Klagen nicht auch in nationalen, einheitlichen Organisationen vor? Wenn nicht alle Bedürfnisse gleich erfüllt werden konnten, kann man deshalb sagen, daß die Wiener Reichskommission keine Fühlung mit den tschechischen Gewerkschaften hat? Aber so viel Fühlung, wie eine Hamburger Gewerkschaftszentrale mit den süddeutschen Arbeitern hat, genau soviel Fühlung hat Wien auch mit den böhmischen Arbeitern. Den Wiener Zentralismus wolle Ihr nicht, aber den Prager Zentralismus wolle Ihr. Von Prag nach Wien ist es aber ebenso weit wie von Wien nach Prag und Ihr könnt doch nicht leugnen, daß Ihr die vielen tschechischen Arbeiter in Wien an die Prager Zentrale anschließen wolle. Ihr geht aber weiter. Nicht nur in Wien, sondern auch in Graz, Innsbruck, Linz, mitten in die uralten deutschen Gebiete schiebt Ihr eure nationalen tschechischen Organisationen. Zwischen dem Zentralismus von Prag und dem Zentralismus von Wien besteht nur ein einziger Unterschied. Der Wiener Zentralismus vereinigt und macht kampffähig, und der Prager Zentralismus zerreißt und macht kampfesunfähig. (Stürmischer Beifall.) Mit Ausnahme der tschechischen Genossen hat niemand die Stimme für einen Standpunkt erhoben. Ein polnischer Redner hat auf die Rolle verwiesen, die Ihr im Geiste der Verständigung in Amsterdam gespielt habt. Ich will auch heute im gleichen Geiste sprechen. Eine mildere Form als der Antrag der Reichskommission kann überhaupt nicht gewünscht werden. Wir haben uns absolut geteilt, die tschechischen Genossen im mindesten zu verletzen. Wir haben nur eine Deklaration der Stuttgarter Resolution über die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung gegeben und festgestellt, daß sie von unseren tschechischen Genossen falsch ausgelegt worden ist. Aber wir haben keine Verbannung, keinen Ausschlußantrag daran geknüpft, nichts, was unsere alte Freundschaft mit den Tschechen zerreißt könnte. Wir wollen unseren tschechischen Genossen nicht zu nahe treten, wir haben jahrelang mit ihnen zusammengekämpft, und wir werden weiter mit ihnen zusammenkämpfen. Aber eine Frage beantwortet uns, Ihr tschechischen Genossen: Ist es denn wahr, daß Ihr die separatistische Trennung der Gewerkschaften braucht? Seid Ihr denn gewachsen und groß geworden unter diesem neuen Prinzip, geht es denn der österreichischen und der tschechischen Partei so viel besser, seitdem Ihr die Trennung habt? Sind wir glücklicher geworden, wie in der Gesamtpartei und Ihr in eurer tschechoslawischen Partei, seitdem Ihr den nationalen Ideen Aufnahme gewährt habt in dem Katalog eurer Forderungen? Ich will keine Antwort von Euch. Dessenhalb werde Ich sie mir auch nicht geben. Aber wenn Ihr Euer Gewissen prüft als Parteigenossen, dann werde Ich mir zugeben, daß alles schlimmer geworden ist. (Sehr gut!) Nun noch ein Wort zu dem Antrag, eine Enquete anzustellen. Worüber soll das Internationale Bureau jetzt noch eine Untersuchung anstellen? Lehnt den Antrag Wien ab, wenn Ihr ihn für falsch haltet, aber beschließt keine Verschleppungsanträge im überflüssigen Sinne des Wortes, die den Manieren der bürgerlichen Welt entnommen sind, wenn wir sozialpolitische Forderungen stellen. Ich bitte die Internationale, den Stachel aus unserer Gewerkschaftsbewegung zu entfernen. Sie können heute über die tschechischen Genossen keine Verurteilung aussprechen, wohl aber einen Ruf nach Aufklärung an sie richten, durch die sachverständige Internationale der Gewerkschaftsführer und Parteigenossen, die alle guten Willens sind, die alle unser Bestes wollen. Dieser Kongreß muß den tschechischen Genossen sagen: Freunde, Ihr seid nicht auf dem richtigen Weg, eure Wege sind falsch, kehret zurück. Das wird nicht auf alle wirken, das wird nicht heute wirken. Aber das Wort der Internationale wird auch von den hunderttausend tschechischen Arbeitern gehört werden, die zentralistisch organisiert sind, und wird nicht ohne Wirkung sein. (Stürmischer wiederholter Beifall.)

**Russland:** Die sozialdemokratische Partei Russlands wird hier in der Kommission vertreten von zwei Delegierten, von mir, einem Russen, und einem lettischen Genossen. Unsere Sprache ist verschieden, aber einmütig werden wir der österreichischen Resolution zustimmen im Interesse der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, die ein unbedingtes Erfordernis des politischen Emanzipationskampfes. Gerade in den Ländern, in denen wir bei uns die Partei noch gespalten ist, muß die Gewerkschaftsbewegung uns helfen, die Einheit auch der Sozialdemokratie wieder herzustellen. Für uns in Russland ist das nationale Problem ja viel dringender als für Euch in Oesterreich. Wenn ich sämtliche Nationalitäten aufzählen wollte, die in dem großen russischen Reich zusammengeworfen sind, würde der heutige Tag wohl nicht mehr ausreichen. Wir können nicht einer künstlichen Zersplitterung der proletarischen Bewegung in Oesterreich die Wege ebnen. Nun besetze ich den Standpunkt der tschechischen Genossen ja sehr gut. Sie sagen, daß nur ihre Gewerkschaften Geld haben und daß nur durch den Separatismus die tschechischen Gewerkschaften der tschechischen Sozialdemokratie größere Geldmittel zur Verfügung stellen können. Geld ist gewiß eine angenehme Sache, sowohl für die Bourgeoisie wie für das Proletariat. (Weiterkeit.) Aber es kommt doch darauf an, wie man zu Geld kommt. Das Sündengeld des Separatismus muß die ganze politische und gewerkschaftliche Bewegung vernichten. Die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung wird Euch selbst mehr Mittel zuführen, als Ihr jemals durch eine Trennung und Zerstückung gewinnen könnt. Die Forderung der Einheitlichkeit der Gewerkschaften ist kein Dogma, sondern eine praktisch drängende Notwendigkeit. Es lebe die proletarische Einheit. (Lebhafter Beifall.)

**Isler (Tscheche):** Es ist in jeder Beziehung falsch, wenn man uns Tschechen vorwirft, daß wir Nationalisten sind. Wir haben als Arbeiter unsere internationale Pflicht niemals verlegt. Aber alle unsere Ansprüche auf eine gerechte Berücksichtigung der tschechischen Forderungen sind von der Wiener Reichskommission brüskel abgelehnt worden. Wir halten trotz alledem fest an der Einheit der proletarischen Aktion. (Zuruf: An der Einheit der Organisation!) Aber wir halten es nicht für notwendig, daß alles zentralistisch von Wien aus kommandiert wird. Wir Tschechen sind nicht schwächer als die deutsche Sozialdemokratie. Im Verhältnis zur Zahl der tschechischen Arbeiter sind wir sogar stärker. Wir haben 24 Abgeordnete im Reichsrat, wir haben eine größere Presse als die deutsch-österreichische Sozialdemokratie. Wo in der ganzen Welt kommt es vor, daß eine starke Partei ihr Geld verwalten läßt von Parteigenossen, die zu einer anderen Partei gehören? Wir fordern das Recht und dürfen es fordern, über unser Geld mit zu entscheiden. Wir wollen die selbständige Organisation, damit wir die tschechischen Arbeiter besser organisieren können und werden durch die Erfolge unserer Arbeit die Internationale von der Nichtigkeit unseres Standpunktes überzeugen. Auch wir sagen, wie einer der Vorredner dargelegt hat: nicht auf die Worte, nicht auf die Formen kommt es an, sondern auf den Geist, der in unserer proletarischen Bewegung liegt. Und auch in unserer tschechischen autonomen Organisation lebt der Geist der proletarischen Internationale. Dieser Internationale bleiben wir treu, wie wir treu geblieben sind unserer eigenen Partei. (Lebhafter Beifall bei den Tschechen.) Im übrigen muß ich richtigstellen, daß es nicht wahr ist, daß wir die polnischen Arbeiter zu uns herüberziehen wollen. (Reichspräsidenten Diament: Ich werde Euch die Zirkulare vorweisen, in denen Ihr dazu auffordert. Denkt an die galizische

Strophenbühnen-Organisation!) Wenn ein einzelner Genosse sich vielleicht Uebergreife hat zu schulden kommen lassen, so heißen wir es nicht gut. Wir wollen gute Soldaten der proletarischen Internationalen sein und die tschechischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit dazu erziehen.

**Bauer-Wien:** Ich bin der Meinung, daß viele ausländische Genossen das Problem, das uns gestellt ist, noch nicht ganz richtig auffassen. Wir haben in Oesterreich acht Nationen, aber nur drei davon, die Deutschen, Tschechen und Polen, haben kräftige autonome Organisationen, die leistungsfähige Gewerkschaften bilden. Bei den anderen Nationen würde durch Autonomie jede Gewerkschaftsorganisation unmöglich gemacht werden. Es wäre schon schlimm genug, wenn es sich in Oesterreich um lauter geschlossene Wirtschaftsgelände der einzelnen Nationen handeln würde. Aber die tschechischen Genossen gehen viel weiter. Auch in den nicht tschechischen Gebieten wollen sie jeden einzelnen tschechischen Arbeiter in ihren autonomen Verband überführen. Nicht nach Gebieten, sondern nach der Nationalität jedes Einzelnen wollen sie die Gewerkschaften trennen. Sie wollen jeden einzelnen Genossen fragen, zu welcher Nation gehört du? und wollen ihn dementsprechend in die Gewerkschaft seiner Nation einführen. Wenn z. B. in einer Fabrik 200 deutsche und 3 tschechische Arbeiter beschäftigt sind, so sollen die drei tschechischen Arbeiter der Prager Zentrale angegeschlossen sein. (Lebhafter Widerspruch bei den Tschechen.) Die tschechischen Genossen widersprechen, dann weise ich darauf hin, daß einer der Vorredner gesagt hat, die tschechischen Lithographen in Arealau, einer rein polnischen Stadt, sollten sich der tschechischen Kommission anschließen und nicht der Reichskommission der Gewerkschaften. Wenn ich sage, daß in einer Fabrik bei Wien bei 300 deutschen und 100 tschechischen Arbeitern die tschechischen Genossen die Angliederung dieser hundert an die tschechischen Gewerkschaften verlangen, so wird mir niemand von den Tschechen hier widersprechen. (Zuruf: Obwohl es doch derselbe Blödsinn ist!) Die Internationale Konferenz der Gewerkschaftssekretäre hat bereits entschieden, daß eine solche nationale Trennung unannehmbar ist. Alle internationalen Konferenzen der einzelnen Gewerkschaften, noch hier in Kopenhagen selbst, die Säugmacher, die Transportarbeiter und Maurer, haben das Vorgehen der tschechischen Genossen beurteilt. Aber die tschechischen Genossen sagen, es komme weniger auf die Form, als auf den Geist an. Ich glaube nicht, daß die Form der wirtschaftlichen Organisationen, wovon die Kampffähigkeit und Lebenshaltung der Arbeiter abhängt, eine gleichgültige Sache ist, über die man mit einer Geste hinwegkommen kann. (Sehr richtig!) Aber immerhin, hier ist der Geist das Wichtigste. Aus welchem Geist kommt nun der tschechische Separatismus? Aus dem Geist einer Bewegung, die immer mehr nach nationaler Absonderung auf allen Gebieten strebt. Der Nationalismus wird von den tschechischen Genossen dahin interpretiert, daß sie sich national völlig absondern müssen. Die tschechischen Genossen verstehen den Internationalismus so, daß sie die Oesterreicher national vollkommen absondern und dann sagen, es müßte die Verbindung mit den Arbeitern aller Länder proklamiert werden. Welcher Geist die tschechoslawische Partei besetzt, hat die Rede des Vorredners deutlich gezeigt. Wir sind eine starke Partei, sagt er mehrere Male. Wer ist denn das Wir? Das ist die tschechoslawische Sozialdemokratie. Wir aber leimen nur eine internationale sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich, die alle Nationen umfaßt, die in Oesterreich leben, und die soll, wenn es nach unserem Wunsch geht, recht stark sein. (Lebhafter Beifall.) Die nationalen Sektionen betrachten wir nur als bloße Teile, als besondere Glieder der internationalen Gesamtpartei. So weit die Partei national getrennt ist, soll gerade die internationale Gewerkschaftsbewegung ein Gegengewicht dagegen sein. Der gemeinsame Kampf gegen das Unternehmertum, die Einigkeit der Proletarier in diesem Kampf ist viel wichtiger und historisch bedeutender als das, was die Proletarier politisch und staatsrechtlich in Kleinigkeiten trennt. Die Frage der tschechischen Solidarität ist nicht nur eine gewerkschaftliche, sondern auch eine politische, nicht nur eine Frage der Form, sondern auch eine Frage des Geistes. Der Internationale Sozialistenkongreß muß aussprechen, daß wir aus dem Geist der Internationale heraus in Oesterreich und in allen vielsprachigen Ländern eine einheitliche internationale Gewerkschaftsbewegung brauchen. (Stürmischer Beifall.)

**Haywood-Amerika:** Von allen Ländern ist die Bedeutung der gewerkschaftlichen Einheit betont worden. Auch wir halten sie für ganz unerlässlich. Die Maschine des Internationalismus leidet keine Nationalität. In einem einzigen Bergwerk im amerikanischen Kohlengebiet sind zum Beispiel 32 Nationen vertreten. Deshalb treten auch wir amerikanischen Sozialisten für eine unbedingte einheitliche gewerkschaftliche Bewegung ein. Aber leider haben wir auch in unserem Lande eine solche einheitliche Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht. Die sprachlichen Schwierigkeiten, die Ihr in Oesterreich habt, sind eine Kleinigkeit gegenüber dem Mangel an industrieller Solidarität, den wir in den Vereinigten Staaten zu beklagen haben. Die ganze gewerkschaftliche Bewegung liegt in den Händen der American Federation of Labor, deren Vorsitzender der bekannte Comper ist. Diese Föderation ist in Wahrheit keine gewerkschaftliche Organisation, sondern nur ein ratgebender Ausschuss von 11 Personen, die alle Macht in Händen haben, und von 27 000 Lokalvereinen, die das Recht haben, selbständig Verträge mit dem Unternehmertum auf drei bis fünf Jahre hinaus abzuschließen. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Stuttgarter Resolution so verfaßt würde, daß wir den amerikanischen Arbeitern sagen könnten: Die internationale Arbeiterschaft verurteilt dieses System! (Beifall und Widerspruch.)

**De Brander-Belgien:** Ich habe mich zu Anfang der Debatte in die Rednerliste eintragen lassen, weil ich einiges zur tschechoslawischen Frage zu sagen hatte. Aber die Redner vor mir haben genau dasselbe gesagt, was ich hätte sagen müssen. Das Ueberwältigende an dieser Debatte liegt nicht darin, daß wir alle dieselbe Ansicht haben, sondern daß wir sie alle mit denselben Gründen belegen müssen.

**Harany-Ungarn:** Auch wir sind ein vielsprachiger Staat und gleichen mit unserer Verfassung vollkommen unserem österreichischen Nachbarstaat. Nur ist Oesterreich wirtschaftlich viel weiter entwickelt als Ungarn, so daß man zu sagen pflegt, Oesterreich ist die Zukunft Ungarns. Heute aber graut uns vor dieser Zukunft. (Große Weiterkeit.) Denn wenn wir in Ungarn einen solchen Separatismus bekommen sollten wie den der tschechischen Gewerkschaften, dann wäre es um die Zukunft der ganzen Arbeiterbewegung in Ungarn sehr schlecht bestellt. Wir bitten den Kongreß, mit aller Entschiedenheit gegen diese Abtrennung Stellung zu nehmen.

**Dr. Friedrich Adler-Schweiz:** Die Schweiz ist ebenfalls in eine ganze Reihe Nationen geteilt, die einseitig zusammenwirken müssen, wenn auf wirtschaftlichem Gebiet den Arbeitern ein Erfolg beschieden sein soll. Auch die Schweiz ist daher der Ansicht, daß der tschechische Separatismus ein Verbrechen an dem Fortschritt der Arbeiterbewegung ist. Die Tschechen sagen, daß sie international gefühlt seien, aber zunächst suchen sie die tschechischen Genossen von allen Nationen zu isolieren und ganz allein mit ihnen den Kampf zu führen. Dabei ist nur ein Drittel der tschechischen Gewerkschaftler den Forderungen der Prager Gewerkschaftszentrale gefolgt. Zwei Drittel der tschechischen Gewerkschaftler sind derselben Meinung wie die gesamte Internationale, die hier das Vorgehen der Tschechen verurteilt hat. Wir Oesterreicher, die im Auslande leben, haben immer sehr schmerzlich empfunden, wenn alle Welt sich geringschätziger über Oesterreich äußerte, als den Staat der Lumulte und Unordnungen, als den Staat, der niemals vorwärts kommen kann. Aber wir Sozialdemokraten haben demgegenüber immer stolz darauf hingewiesen, daß das Proletariat frei ist von nationalen Verzerrungen. Besonders stolz waren wir auf unsere tschechischen Genossen, die auf vorgeschobenen Posten gegen den schlimmsten Nationalismus kämpften. Heute müssen wir trauernd gestehen: unsere tschechischen Genossen sind im Kampfe mit dem Nationalismus besiegt worden, die nationalistische Frage hat über die tschechoslawische Sozialdemokratie die Herrschaft gewonnen. Die tschechischen Genossen sind nicht weiter als Gefangene der Nationalisten, sie sind besiegt und unterworfen von Kiofac (Stürmischer Widerspruch bei den Tschechen, lebhafter Zwischen-

rufe der Tschechen: Beleidigung! Jurisdiktionen!) Die tschechischen Genossen werden nicht leugnen können, daß es die Presse von Kiofac ist, die heute über ihre Haltung jubelt. (Erneute Protestrufe bei den Tschechen, Zuruf: Die deutsche Bourgeoisie feiert Sie als ihre Vorläufer!) Die tschechischen Genossen reden immerzu von den deutschen Gewerkschaften. Aber es gibt gar keine deutschen Gewerkschaften in Oesterreich, sondern nur international zentralistische Gewerkschaften. So muß es auch bleiben. Es können im Kriege verschiedene nationale Heere miteinander in den Kampf ziehen, aber es ist nicht möglich, daß ein Heer von sechs Kommandanten kommandiert wird. (Zuruf bei den Tschechen: Die Hauptpläne ist, daß das Kommando in Wien bleibt!) Die Hauptsache ist, daß die proletarische Armee einheitlich gegen das Kapital geführt wird. Wir haben es ja gar nicht in unserer Macht zu entscheiden, ob wir uns national separieren wollen oder nicht, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse die Gewalt über uns haben. Bitte der Internationale Sozialistenkongreß aus den tatsächlichen Verhältnissen die Notwendigkeit ableiten, die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen zu sichern. (Beifall und Widerspruch.)

**Auf Antrag de la Porte-Frankreich** wird einstimmig Schluß der Debatte beschlossen.

**Vorherrscher Troelstra:** Unsere tschechischen Genossen sind angeklagt des Verbrechens des Verrats an der proletarischen Internationalität. Ich halte es für richtig, daß man dem Beschuldigten das letzte Wort gibt.

Die Kommission beschließt, Mittwoch festlich einem Vertreter der tschechoslawischen Sozialdemokratie das letzte Wort zu geben und dann über die gestellten Anträge abzustimmen.

Kopenhagen, 31. August.

**Remec-Böhmen erhält das Schlußwort:** Die heftigen Angriffe, die gestern gegen die Tschechen gerichtet worden, seien vollkommen unberechtigt. Andere Länder seien mit Oesterreich nicht zu vergleichen. Denn in Oesterreich handle es sich nicht darum, einer starken Organisation ein paar kleine anzugliedern, sondern darum, zwei gleich starke Organisationen in das richtige Verhältnis zu einander zu bringen, während heute die eine der anderen untergeordnet werden soll. Der Internationalismus der Tschechen dürfe nicht so weit gehen, daß sie ihre Nationalität verleugnen, sondern er bedeute, daß sie als gleichwertige Kämpfer im gemeinsamen Kampf der Vertretung der Arbeiter aus ökonomischer Anständigkeit und politischer Abhängigkeit stehen. Infolgedessen ist es ihnen unmöglich, weiter die Führung der Reichskommission anzuerkennen, die ausschließlich deutschen Charakter trägt, zu mindestens in einzelnen Maßnahmen. Dazu seien die Tschechen auf die Dauer nicht mehr zu bewegen. Aber in allen großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen sichern sie den Deutschen die weitgehendste Solidarität zu. Deshalb sei es durchaus unrecht, wenn der Kongreß sie hier als Verbrecher und Verräter behandeln wollte. Es handle sich nicht um Prinzipien, sondern um eine rein praktische Frage der besten Organisationsform. Wenn ihnen das die Ausschluß aus der Internationale in Aussicht gestellt wird, so müßten sich die tschechischen Arbeiter dagegen aufs bestmögliche wehren. Wehren müssen sie sich auch dagegen, daß gegen sie fortgesetzt gehandelt wird. (Dr. Adler ruft: Sehen wir wie Henke aus?) Die Internationale hat kein anderes Mittel als das des Ausschusses und die härteste Waffe will sie gegen uns anwenden! Wir haben aber Gleichberechtigung verlangt. Wenn drei Leute in einem Zimmer wohnen und sich nicht vertragen können, dann richtet man eben Scheidewände ein. (Zuruf: Chombré (japart) Weiterkeit.) Wir stehen im schwersten Kampfe mit den tschechischen Parteien. Wir hatten 62 Stimmzettel zu befehlen. Sämtliche bürgerliche Parteien haben sich gegen uns vereint. Der tschechische Arbeiter wird jetzt sagen: Das ist der Dank der Internationale für unsere Arbeit! Wir wollen durchaus keine Enquete, um die Angelegenheit zu verkomplizieren, aber wir verlangen, daß die Internationale objektiv informiert wird. Monatslang hat man gegen uns gehandelt. Aber der „Vorwärts“, die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ haben unsere Antworten abgedruckt. (Lebhafter Widerspruch.) Wir wollen endlich, daß die Internationale die Wahrheit über die österreichischen Zustände erfährt. Wir wollen die Internationalität in jeder Beziehung hochhalten. Aber die tschechischen Genossen wollen den deutschen gleichwertig gegenüberstehen. Wir stehen auf dem Boden der Stuttgarter Resolution, die die Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft an die Spitze stellt. Auch als wir die Partei föderalistisch organisierten, hat man uns Chauvinismus vorgeworfen. Und doch hätten wir ohne diese Trennung kein 1906, kein allgemeines Wahlrecht erlangt. Getrennt marschieren und vereint schlagen, das hat sich bei uns bewährt. Wir wollen auch die Gewerkschaften nicht bis in die letzte Werkstätte, bis auf den letzten Mann zertrennen, sondern wir wollen geschlossene Sprachgebiete schaffen. Bei einigem guten Willen werden wir eine Form finden, die den Interessen aller angeglichener Nationalitäten entspricht und die Stützpunkt der österreichischen Arbeiterbewegung verfaßt. Wir müssen auch den letzten Arbeiter in die politische und gewerkschaftliche Organisation hineinbringen. Das können wir nur, wenn Sie uns die nötige Freiheit lassen. Wir wissen genau, daß in dem einheitlichen Staate die einheitlichen Volksgelände zusammenarbeiten müssen. Aber die Form des Zusammenarbeitens können wir uns nicht aufzulegen lassen. Wir lassen uns nicht wie Verräter und Verbrecher behandeln. Lassen Sie uns ruhig weiterarbeiten, wir werden schon einen Weg des Zusammenarbeitens finden. — Der Redner legt zum Schluß eine Resolution vor, in der gefordert wird, daß die nationale Einigung der Arbeiter in Partei und Gewerkschaft die Grundlage der einigen Arbeit in Oesterreich sein soll.

**Dr. Viktor Adler-Oesterreich (zur Geschäftsordnung):** Es fällt uns sehr schwer, auf diese Saluhworte nicht zu antworten. Aber wenn Sie die Resolution der Reichskommission ansehen, werden Sie finden, daß darin keine Verurteilung ausgesprochen ist, daß die Tschechen gar nicht erwähnt werden, sondern daß nur der positive Wunsch auf Einigung ausgesprochen wird.

**Karstl, Dr. Friedrich Adler und Troelstra** verwarfen sich dagegen, daß die tschechischen Genossen als Verräter oder Verbrecher bezeichnet werden. Der gute Wille der tschechischen Genossen werde von niemandem bestritten. Der Ausdruck Verrat beziehe sich nicht auf den Willen, sondern nur auf das von den tschechischen Genossen nicht gewollte Resultat ihrer Arbeiten.

Die deutsche Delegation gibt folgende Erklärung zu Protokoll: Gegen die Behauptung des Genossen Remec, daß der „Vorwärts“ es abgelehnt hat, eine kurze objektive Darstellung des tschechischen Standpunktes zu veröffentlichen, kann die deutsche Delegation der Kommission nur erklären, daß keine der in Frage kommenden Instanzen, weder der Parteivorstand, noch die Reichskommission des „Vorwärts“ einen solchen Wunsch der tschechischen Genossen erhalten, noch einen solchen ablehnenden Bescheid gegeben hat. Der Beifall, auf den sich Remec bezieht, soll nach der Erklärung Remec sich bereits vor mehr als drei Jahren abgelehnt haben. Die Unterschriften lauten: Richard Fischer, Regien, Cohen, Stengele.\*\*)

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Der tschechische Vertragsantrag, der die Angelegenheit an das Internationale Bureau zur nochmaligen Erörterung zurückverweisen will, wird mit 186 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen nur die 7 Tschechen und 2 finnische Genossen.

Hierauf kommt die Resolution der österreichischen

\*) Das ist ein Irrtum. Wir können nur konstatieren, daß uns von tschechischen Genossen kein Artikel zugegangen ist; wir hätten uns sonst verpflichtet gefühlt, ihn abzudrucken. Red. d. „Vorwärts“.

\*\*) Wir können nur wiederholen, daß uns von irgend einer Einigung tschechischer Genossen nichts bekannt ist und hinzufügen, daß uns die Behauptung des Genossen Remec vollständig unverständlich ist, da die Streitfrage vor drei Jahren noch gar nicht existierte. Red. d. „Vorwärts“.

### Reichskommission zur Abfassung. Von den Belgischen Genossen ist folgendes Amendement vorgeschlagen:

Das Internationale Sozialistische Bureau und das Internationale Gewerkschaftssekretariat werden aufgefordert, jeder der beteiligten Parteien ihre Dienste anzubieten, um den vorhandenen Konflikt im Geiste der Verständigung und sozialistischer Brüderlichkeit zu schlichten.

Als zweites Amendement wird von Salezzi und Plechanoff vorgeschlagen, zwischen den beiden Sägen der österreichischen Resolution einzufügen:

„In den vielsprachigen Staaten müssen selbstverständlich in der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung den sprachlichen und kulturellen Bedürfnissen aller Mitglieder Rechnung getragen werden.“

Beide Amendements werden von Desterreich in seine Resolution aufgenommen, worauf die Tschechen erklären, daß sie bedauern müßten, dann gegen diese Amendements stimmen zu müssen, obwohl sie im übrigen mit ihnen einverstanden sind. — Von der Mehrheit der französischen Delegierten wird beantragt, nicht die Stuttgarter Resolution, sondern die Beschlüsse der früheren internationalen Sozialistenkongresse zu bekräftigen, weil sonst die von der französischen Mehrheit schon in Stuttgart abgelehnte Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften erneut gefordert werden würde.

Dieses Amendement wird gegen die Stimmen der französischen Mehrheit (Zwanzigsten) und gegen die Stimmen der russischen Sozialrevolutionäre abgelehnt.

Hierauf wird die Resolution der österreichischen Reichskommission mit den beiden Zusätzen gegen die fünf Stimmen der Tschechen angenommen. Die französische Mehrheit und die finnische Minderheit (zwei Stimmen) enthalten sich der Abstimmung. Zum Referenten für das Plenum wird Plechanoff-Nachland, zum Korrespondenten Remec-Böhmen bestimmt.

### Friedens- und Schiedsgerichtskommission.

Kopenhagen, 31. August.

Heute vormittag gelangte die von der Subkommission ausgearbeitete Resolution gedruckt zur Verteilung. Es wird beschlossen, daß Deutschland über die Arbeiten der Subkommission berichten soll.

Lebener: Die Anschauungen in der Subkommission gingen ziemlich weit auseinander. Keine Mehrheit fand sich für den Vorschlag Morgani-Italien, der fordert, daß durch ständig wiederholte Anträge in den Parlamenten eine Einschränkung der Seezwecke um 50 Proz. verlangt wird. Abgelehnt wurde ein Antrag Feir Gardies, der den Generalstreik als Mittel zur Verhütung der Kriege empfiehlt. Für nicht angebracht gehalten wurde es, einer Anregung Wolkowski-Nachland entsprechend in die Resolution die Forderung auf Aufhebung des besonderen Militärrechtes aufzunehmen. Für die vorgeschlagene Resolution sind zwei Drittel der Mitglieder der Subkommission. Die Einleitung stellt prinzipiell fest, daß von Sozialdemokraten die Mittel für Kriegszwecke grundsätzlich zu verweigern sind. Die Schiedsgerichte müssen als obligatorische Institution gefordert werden. Grundförmlich ist auf die allgemeine Abrüstung hinzuwirken. Natürlich ist kein Mittel zurückzuweisen, um diesem Ziel näherzukommen. Deshalb wird ausdrücklich zunächst der Abschluß einer Uebereinkunft gefordert, durch welche die Seezwecke beschränkt und das Seebeuterecht beseitigt werden sollen. Werden doch z. B. in Deutschland die gesteigerten Seezwecke mit dem Hinweis auf den notwendigen Schutz der Handelsflotte begründet. Zwar ist ein solcher Schutz nicht möglich, aber mit der Beseitigung des Seebeuterechts fällt ein Scheingrund für die Rüstungen fort. Der englischen Resolution ist die Forderung nach Abschaffung der geheimen Diplomatie entnommen. Die Forderung betreffend das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und der Protest gegen die gegenwärtige Unterdrückung ging nicht von deutscher Seite aus, findet aber meinen vollen Beifall, weil Deutschland an der Spitze der Länder steht, die die Völkerminderheiten brutal unterdrücken. Von der direkten Aktion handelt der Schluß der Resolution. Positive Erfolge in den Parlamenten sind nur in ganz beschränktem Maße zu erzielen. Zu verwerfen ist der Parlamentarismus trotzdem nicht, er ist ein Mittel zum Eindringen in das Gefühl und zur Eroberung der Gedankenwelt der noch indifferenten proletarischen Massen. Bei der Formulierung der die Aktion behandelnden Sätze mußte Rücksicht genommen werden auf die Rechtszustände in den einzelnen Ländern. Es darf den Regierungen kein Scheingrund gegeben werden zu vernünftigen Schlägen gegen die Organisationen. Die dem Internationalen Bureau zu erteilende Anweisung, bei drohender Kriegsgefahr sofort Schritte einzuleiten zu einem Einvernehmen zwischen den Arbeiterparteien der beteiligten Länder, um ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen, ist notwendig. Dies zeigte sich, als anlässlich der Annexion Bosniens und der Herzegowina ein Krieg zwischen Oesterreich und Serbien ausbrach, so daß die Genossen beider Länder sich nicht verständigen konnten. Feir Gardie will bei Kriegsausbruch zwar nicht den Generalstreik, aber die Arbeiter, die die Kriegsmittel herstellen, sowie die Bergarbeiter und Transportarbeiter sollen die Arbeit niederlegen. Das läßt in der Praxis auf den Generalstreik hinaus. Ein solcher Beschluß hätte gleich die Zerstörung der Organisationen zur Folge. Den Klassenbewußten Arbeitern ihrer Länder muß überlassen bleiben, welche Schritte sie im gegebenen Augenblick zu unternehmen haben, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Wolkowski wollte wenigstens für Nachland den Streik für den Fall eines Krieges vorsehen. Aber es geht nicht an, für ein einzelnes Land Sondervorschriften zu erlassen. Wollen die Russen mit Rücksicht auf ihre Rechtslosigkeit zu etwas tun, so haben sie das für sich allein zu beschließen. Wie unser Kampf selbst in den Formen, die wir uns gewählt haben, wirkt, das zeigt der Ausschrei in der Königsberger Rede, die kürzlich unser bester deutscher Mitarbeiter gehalten hat, den ich um unserer zukünftigen Wahlerfolge willen an seinem Platz nicht missen möchte. Lebener bittet zum Schluß seiner fast einstündigen Darlegungen unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, die bei der Formulierung zu überwinden waren, um unveränderte Annahme der Resolution.

Morgani-Italien vertritt den Antrag der Mehrheit der italienischen Partei, daß die Rüstungen nicht weiter ausgedehnt und daß alle Seereise um 50 Proz. vermindert werden sollen. Prinzipiell hat er gegen die vorgelegte Resolution nichts einzusetzen, aber sie werde keine praktische Bedeutung haben. Die Anträge werden wohl keine Mehrheit haben, werden aber auf dem nächsten Kongress wiederkehren.

Vallant-Frankreich will der Resolution der Mehrheit zustimmen. Mit parlamentarischen Mitteln sei nicht genug zu erreichen. Die Massenagitation müsse vorgehen und es dürfe vor keinem Opfer zurückgeschreckt werden, um den Krieg zu verhindern. Er schlägt vor, der Resolution anzufügen: „Im Krieges vorzubeugen und sie zu verhindern, ist ein Generalstreik der Industrien, die für den Krieg Mittel liefern, anzubahnen.“ Die Verhandlungen werden hierauf auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

### Vierte Kommission

#### (Arbeitslosenversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung).

Kopenhagen, 30. August.

Aus einer später erst überlesenen Rede der Genossin Pids-England vom Montag geben wir wieder, daß man in England die Arbeitslosenversicherung seit 1894 diskutiert. Genossin Pids betont: Nicht die Arbeitslosenversicherung sei das Heilmittel, sondern die Organisierung aller Arbeiter. Diesen Weg zur Lösung des Problems habe man in England bereits beschritten. Wenn man vom Staate die Vereinfachung öffentlicher Arbeiten für die Beschäftigungslosen fordere, dann müsse gleichzeitig eine Entlohnung

berlangt werden, die den Tarifhöhen der Gewerkschaften entspreche. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung müsse erklärt werden, daß streikende und ausgesperrte Arbeiter für arbeitslos im Sinne der Versicherung gelten.

In der heutigen Sitzung berichtet Dr. Braun-Desterreich für die Unterkommission, die folgende Resolution zur Arbeitslosenfrage vorlegt:

Der Kongress stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist, insbesondere von der Entwicklung des Kapitalismus, der Industrialisierung der Frau und des Kindes, sowie von dem Ab- und Zustromen infolge der Wanderung der Arbeiter, und daß sie nur mit dem Kapitalismus verschwinden wird.

Nicht die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, nur ihre Verringerung und die Verringerung ihrer Folgen kann erzielt werden, so lange der private Besitz an den Produktionsmitteln die Grundlage unseres Wirtschaftssystems bleibt.

Es wird als unerschöpfliche Arbeitslosigkeit betrachtet jede von dem Willen der Arbeitslosen unabhängige Ursache der Nichtbeschäftigung mit Ausnahme der Krankheit und des Unfalls.

Wie zur Verwirklichung der von den Arbeiterorganisationen verwalteten allgemeinen öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben, fordert der Internationale Kongress von den öffentlichen Gewalten die finanzielle Förderung jeder gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise mindern.

Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen von den öffentlichen Gewalten fordern:

1. genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit;
2. in ihrem Umfange ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der von den Gewerkschaften anerkannten Löhne (fair wages);
3. außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenklassen während der Krise;
4. Unterstützungen aller Arbeitsnachweisinrichtungen, in denen die Interessen der Arbeiter gewahrt werden;
5. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen.

Zur Begründung führte

Braun aus: Es wird einige Genossen geben, die nicht vollständig mit der Resolution einverstanden sind, aber sie bringt das Beste, was die Kommissionsmitglieder geben konnten. Die Kommission ist der Ueberzeugung, daß die Arbeitslosenversicherung durch Staat und Gesellschaft unumgänglich ist. Es sind wohl jetzt alle Genossen einverstanden mit dem Vorschlag von England von der Notwendigkeit überzuzeugt, einen Teil der Kosten für die Arbeitslosigkeit auf Staat und Bourgeoisie abzuwälzen. Die staatliche Arbeitslosenunterstützung ist, soweit sie nicht die Unabhängigkeit der Gewerkschaften mindert, unbedingt erforderlich. Die Resolution, die die Mittelkriterien der verschiedenen Ansichten der Kommissionsmitglieder darstellt, bitte ich anzunehmen. Jede Diskussion, die die Einschaltung der besonderen Wünsche der einzelnen Länder zum Ziel hat, wird zwecklos sein. Die Resolution ist eine allgemeine Darlegung der Forderungen aller Länder zur Frage der Arbeitslosigkeit.

Genossin Dr. Phillips-England wünscht, daß in die Resolution verschiedene von ihr begründete Ergänzungen aufgenommen werden. Zu Punkt 2 fordert sie die Betonung, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht als Wohltätigkeit gelten soll. In Punkt 5 muß nicht nur die Verkürzung, sondern auch die Reglementierung der Arbeitszeit gefordert werden. Die Unterstützung der unorganisierten Arbeiter müsse man besonders betonen, weil sie am schwächsten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Weiter müsse das Recht auf Leben gefordert und die internationale Organisation der Arbeitsnachweise angestrebt werden.

Simon-Deutschland beantragt, im dritten Absatz die Worte: „Mit Ausnahme der Krankheit und des Unfalls“ zu streichen. Für ihn sei die Resolution nur unter dieser Bedingung annehmbar. Lebener spricht sich scharf gegen den Teil des englischen Amendements aus, der die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung für die Unorganisierten besonders betont. Derselben Arbeitsnachweise sollen nachdrücklich unterstützt werden, die unter Mitwirkung der Arbeiter geleitet werden. Das müsse in Punkt 4 der Resolution mit zum Ausdruck gebracht werden.

Tractel-Velgen macht darauf aufmerksam, daß die englischen Vorkläge zum großen Teil schon durch den Sinn der Resolution erfüllt sind. Er beantwortet aber, bei Punkt 5 hinter dem Wort „Verkürzung“ einzufügen: „und Reglementierung“. Dem Simonischen Vorschlag lehnt er ab, ebenso daß die besondere Unterstützung der von den Arbeitern mitverwalteten Nachweise betont werde. Die Kommissionsfassung sei wesentlich besser. Schließlich beantragt er, bei Punkt 4 der Resolution hinter dem Wort „Interessen“ die Worte einzufügen: „und Freiheit“.

Wolkowski-Deutschland findet auch nicht an der Resolution überall Erfreuliches, er wolle aber nur für Beseitigung einiger empfindlicher Uebelheiten plädieren. Die Worte im ersten Absatz: „sowie von dem Ab- und Zustromen infolge der Wanderung der Arbeiter“ sind am falschen Orte. Die Arbeitslosigkeit wird durch Ab- und Zustromen der Arbeiter weder vermehrt, noch vermindert. Aber das Zustromen von Arbeitern vermehrt die arbeitslosen Arbeiter. Die Worte sind also zu streichen. Ebenso müsse im Absatz 5 die Verschuldungsfrage ausgegrenzt werden. Man ist sich einig, daß die Arbeitslosigkeit nicht ein persönliches Verbrechen ist, sondern daß die kapitalistische Produktionsform die Schuld trägt. Wir bekämpfen mit aller Entschiedenheit die Aufwertung der Verschuldungsfrage in der Arbeiterkategorie, sie darf also hier nicht wieder hereingelassen werden. Der ganze Absatz ist daher zu streichen.

Lebener-Schweden hat auch verschiedene Bedenken gegen die Resolution. Er schlägt vor, im ersten Absatz die für ihn unklaren Worte: „Industrialisierung der Frau und des Kindes“ zu streichen. Er könne nicht verstehen, daß die Industrialisierung der Frauen und Kinder besonders hervorgehoben werde.

Reichensperger-Schweiz vertritt besonders die Streichung des ganzen dritten Absatzes der Resolution. Punkt 4 soll durch die Einschaltung der Forderung „Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise“ ergänzt werden. Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung muß der Unternehmer wie die Ausgaben für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung als Betriebskosten einstellen.

Gessey-England wünscht nicht, daß sich die Arbeitslosenversicherung nur auf die organisierten Arbeiter beziehe. Im übrigen vertritt er die Vorschläge der Genossin Phillips.

Vanek-Böhmen bemängelt, daß die Kosten der Arbeitslosenversicherung nicht schon von vornherein auf den Besitzer der Produktionsmittel abgewälzt werden sollen. Man dürfe nicht warten, bis dieser etwas für die Arbeitslosen getan habe. Die Unternehmer müssen sofort für die Kosten der Arbeitslosenunterstützung herangezogen werden.

Dufj-Holland hofft, daß die Amendements der Engländer in allen Teilen abgelehnt werden. Aus den Vorschlägen spricht nirgends der Sozialismus. Die Forderung Reichenspergers, die Kosten der Arbeitslosenunterstützung vom Unternehmer zu fordern, der sie, wie die Beiträge zur Arbeiterversicherung als Betriebskosten einzufleßen habe, bekämpft er in ihrem letzten Teile. Die Arbeitslosigkeit sei mit den Anforderungen für Arbeiterschutz nicht in Vergleich zu setzen.

Genossin Reinslein-Amerika: Die Arbeitslosigkeit in Amerika werde durch starke Einwanderung fremder Arbeiter besonders verstärkt. Da in Amerika eine starke Strömung gegen die einwandernden fremden Arbeiter besteht, bitte sie, im ersten Absatz die Worte: „Ab- und Zustromen infolge der Wanderung der Arbeiter“ zu beseitigen. Diese Worte würden die konservativen Elemente Amerikas zur Durchsetzung ihrer Forderung auf Ausschließung fremder Arbeiter agitatorisch ausnützen. Der Satz enthalte die Anerkennung, daß das Zustromen der Arbeiter ungünstig auf die Beschäftigung der inländischen Arbeiter einwirke. (Bravo.)

Müller-Dänemark stimmt der Korrednerin zu. Weiter wendet er sich gegen die englische Forderung einer Fixierung der Altersgrenze für erwerbstätige Kinder.

Die Resolution wird sodann an die Unterkommission zur Beratung der Vorschläge zurückverwiesen.

Kopenhagen, 31. August.

In der sozialen Kommission legte heute Adolf Braun-Desterreich als Berichterstatter der Unterkommission eine ausführliche Resolution zur Arbeitslosenfrage vor:

Der Kongress stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um deren Verminderung und um die Verringerung ihrer Folgen handeln. Der Kongress verlangt Ausgestaltung der von den Arbeiterorganisationen verwalteten allgemeinen öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung. Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen fordern: 1. Statistische Mitteilungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit. 2. Zahlung der von den Genossenschaften anerkannten Löhne. 3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosen in Zeiten einer industriellen Krise. 4. Arbeitslosigkeit darf keine Verringerung der politischen Rechte zur Folge haben. 5. Errichtung und Unterstützung aller Arbeitsnachweis-Einrichtungen. 6. Verhütung der Arbeitslosigkeit durch gesetzgeberische Maßnahmen. 7. Obligatorische Arbeitslosenunterstützung.

Braun führte dazu aus, daß die Kommission versucht hat, alle vorgebrachten Wünsche zu berücksichtigen, das habe sich aber als unmöglich herausgestellt.

### Fünfte Kommission (Resolutionen).

Kopenhagen, 30. August.

Die deutschen Mitglieder der Kommission beantragen folgende Resolution zur

#### Todesstrafe:

„Die bürgerliche Auffassung hat an der Schwelle der neuzeitlichen Entwicklung die Todesstrafe als ein barbarisches Erbsück des finsternen Mittelalters verbannt. Der revolutionäre Bourgeoisie waren die Ideale des Fortschritts und der Humanität keine leeren Worte und daher proklamierten ihre besten Vertreter in allen Ländern den Kampf wider die Kulturschmach des in Justizform gekleideten, kaltschnitigen und systematischen Mordes eines Menschen. Seitdem hat sich auch in dieser Beziehung ein gründlicher Wandel vollzogen. Der immer gewaltigere und immer schärfer werdende Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem modernen Proletariat, der immer mehr und mehr zur Krise des öffentlichen Lebens aller Staaten wird, hat bewirkt, daß die heutige verfallende Bourgeoisie mit den sonstigen demokratischen und freiheitlichen Zielen nunmehr auch den Kampf gegen die Todesstrafe preisgegeben hat. In die herrschenden Klassen greifen jetzt selbst immer mehr zu der schmählichen Waffe der Todesstrafe, sowohl um mit den Verfehrungsprodukten der eigenen kapitalistischen Gesellschaft fertig zu werden, wie um das kämpfende Proletariat niederzudrücken. In Deutschland haben sich vor kurzem einige Korpskader der Wissenschaft und Kunst, glänzende Vertreter der bürgerlichen Intelligenz für die Notwendigkeit der Todesstrafe ausgesprochen. In der Republik Frankreich wurde in den letzten Jahren ein Gesetz entworfen im Parlament abgelehnt, der die Abschaffung der Todesstrafe forderte. In den Vereinigten Staaten Nordamerikas wird die Todesstrafe als Waffe gegen das gewerkschaftlich kämpfende Proletariat angewandt. Den unergieblichen Opfern des Chicagoer Justizmordes, die im Kampfe um den Achtstundentag gefallen sind, wären erst längst beinahe einige Vorkämpfer der um ihre Erfolge ringenden organisierten Bergarbeiter gefolgt. In Spanien gebraucht ein reaktionäres Regiment den Justizmord als Kampfwaffe und Machtmittel gegen die freiheitlichen Bestrebungen des Proletariats, in Rußland endlich, einem Lande, wo die Todesstrafe für gemeine Verbrecher längst abgeschafft war, arbeitet der Zensur leit der großen revolutionären Erhebung des arbeitenden Volkes, namentlich nach dem Siege der Konterrevolution, ohne Unterlaß. Tausende und Abertausende werden hier nach einer schändlichen Komödie kriegsgerichtlichen Verfahrens hingerichtet. Ein Blutstrom ergießt sich über das ganze russische Reich. Und das alles geschieht vor den Augen der gesamten zivilisierten Welt, ohne daß die Vertreter der bürgerlichen Intelligenz, der westeuropäischen Kultur irgend einen tatsächlichen Widerstand wagen, ja unter der moralischen und finanziellen Unterstützung durch die Bourgeoisie Europas. Die nämliche bürgerliche Intelligenz, die sich über die Sache des Freiheitskämpfers Ferrer im höchsten Grade aufgeregt hat, sieht ruhig dem Justizmord zu, durch den der korrupte russische Absolutismus die revolutionäre Erhebung des Proletariats zu ersticken sucht.“

Heute ist somit das sozialistische Proletariat der wichtigste und zuverlässigste Träger des Kampfes wider die Barbarei der Todesstrafe. Nur die durch die sozialistischen Parteien verbreitete Aufklärung, nur die kulturelle Hebung der großen arbeitenden Massen durch die politische und gewerkschaftliche Aktion, nur die wachsende Macht des organisierten Proletariats aller Länder vermögen der Kulturschmach der Todesstrafe einen starken Damm entgegenzusetzen. Die Vertreter des politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletariats aller Länder, die in Kopenhagen tagen, stellen die aktiven und passiven Anhänger des blutigen Justizmordes in allen Formen an den Bronger, sie fordern die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse in allen Staaten auf, bei geeigneter Gelegenheit die Abschaffung der Todesstrafe zu fordern. Sowohl ihr Vorgehen in den Parlamenten, wie alle anderen politischen Maßnahmen sollen aus Anlaß einer mächtigsten Agitation in Versammlungen und in der Arbeiterpresse für die Abschaffung der Todesstrafe benutzt werden.“

Ratowski-Rumänien beantragt, die Resolution nebst allen Amendements einer Subkommission zu überweisen.

Eleubogeu-Desterreich hält die Ueberweisung an eine Subkommission für unmöglich, weil es sich noch um widersprechende Ansichten handelt, die nur durch Abstimmungen erledigt werden können.

Die Wahl einer Subkommission wird abgelehnt.

Baradian-Türk-Armenien wendet sich gegen das Streichen des Wortes „demokratisch“ aus der Resolution über die Lage in der Türkei. Die Weiterentwicklung der Demokratie sei von größter Bedeutung für das Aufkommen einer Arbeiterbewegung in der Türkei. Die demokratischen Jungtürken seien zwar faul, aber ihre Bedeutung sei doch unterschätzt worden. Die jungtürkische Bewegung habe den Anstoß zu Lohnkämpfen, sogar der Landarbeiter, gegeben und die Organisation der Arbeiter ermöglicht. Die Organisation in Saloniki sei die beste auf dem Balkan und sie bedürfe der Sympathiebezeugung durch das internationale Proletariat.

Sich-Desterreich glaubt, daß Meinungsverschiedenheiten nicht mehr vorhanden sind und die Resolution daher angenommen werden könne.

Die Engländer bringen ein neues Amendement ein: „nur die volle Demokratie kann die politische Befreiung bringen.“

Noch Zurückziehung aller anderen Amendements wird die Resolution zugunsten einer auf einer Verständigung unter den Balkanstaaten ruhenden Demokratie angenommen mit dem Amendement S e i g, nach dem jede wertvolle kapitalistische und koloniale Politik der europäischen Staaten zunächst nur wirksam zu bekämpfen ist durch eine gründliche demokratische Verfassungsreform in den Balkanländern und durch eine friedliche Verständigung der Völker dieser Staaten, wie sie heute allein die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den Regierungen der Balkanländer und der übrigen Länder betreibt.

Eine Sympathiebezeugung für die japanischen Sozialisten wird einstimmig ohne Diskussion angenommen, nachdem eine Mitteilung des Genossen K a t a y a m a bekanntgegeben war, daß die japanische Regierung ihm die Abreise zum Kongress durch Passverweigerung unmöglich gemacht hat.

Protest gegen die Willkürherrschaft der argentinischen Oligarchie.

Genossin Sorge-Frankreich fordert den Boykott der argentinischen Erzeugnisse.

Dr. Juan de Justo-Argentinien schildert die ungeheuerlichen Zustände in Argentinien, dessen scheinbar demokratische Verfassung von den rückständigen inländischen Arbeitern nicht genützt wird und die deshalb nur auf dem Papier steht. Die Regierung zieht die Anarchisten groß. Die Polizei hat am 1. Mai d. J. in einer Anarchistenversammlung blutig gehandelt. Die sozialistischen Arbeiter beantworteten diese Bluttat mit einem siebenstägigen Streik. Das Bombentatent eines russischen Anarchisten gab Anlaß zur Verhängung eines Belagerungszustandes. Die Regierung hat förmliche Pogroms gegen die Arbeiterbewegung veranlaßt. Wie die Wilden bauten die Schergen in den Lokalen der Arbeiter. (Der Redner zeigt Photographien der Verwüstung vor.) Die Sozialisten werden mit den Anarchisten zusammengeworfen, obwohl sie gar nicht extrem sind und sogar an eine Entwicklung des Privatigentums glauben. Trotz alledem haben die Sozialisten Baherfolge erzielt. Heute herrschen Ausnahmegeetze und das Vereins- und Streikrecht ist erheblich eingeschränkt. Der Redner widerspricht dem Vorschlag, der nur die Einfuhr von Lebensmitteln nach Europa hindern und damit die Lage der Arbeiter nur noch mehr verächteln würde.

Genossin Sorge bedauert leidenschaftlich auf dem Vortritt. Eine Resolution hiesig nur Worte, die nichts nützen.

Die Resolution zugunsten der Arbeiterbewegung wird einstimmig angenommen, die Anregung der Genossin Sorge gegen drei Stimmen abgelehnt.

Kopenhagen, 31. August.

Die russischen und finnischen Genossen reichen eine Resolution ein, die die zarische Reaktion in Finnland brandmarkt.

Rubanowitsch-Rußland beantragte einstimmige Annahme ohne Diskussion.

La Monte-Amerika beantragt als Amendement, daß in allen Ländern in der ersten Oktoberwoche gegen den Zarismus in Finnland demonstriert werden solle. — Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Gegen das Amendement spricht Müller-Rünchen: Die Festlegung auf eine bestimmte Woche ist unmöglich, die Deutschen aber werden natürlich alles tun, um den Protest zum Erfolg zu verhelfen.

Tomasschek-Böhmen wendet sich gleichfalls gegen das Amendement.

Languet-Frankreich: Ein Eindruck kann nur erreicht werden, wenn die Demonstration an einem Tage stattfindet. Man soll sich zwar nicht auf die erste Oktoberwoche festlegen, aber das Internationale Bureau beauftragen, sich über das Datum einer solchen Demonstration mit den Parteien zu verständigen.

Damit ist La Monte einverstanden.

Genossin Rosa Luxemburg wünscht die Formulierung, daß das Internationale Bureau auf eine möglichst einheitliche Demonstration hinarbeiten solle. — Die Anregung wird in dieser Form beschlossen.

Die letzte Resolution behandelte die Todesstrafe. Die polnische Delegation zieht ihre Resolution zugunsten der deutschen zurück, die folgenden Wortlaut hat:

Der Internationale Sozialistische Kongress erhebt feierlichen Protest gegen die kalblütige Ermordung eines Menschen durch einen anderen und gegen die massenhaften Hinrichtungen, die von der russischen Regierung in Livland, Polen, Central-Rußland und anderen Provinzen des Zarenreiches tagtäglich ausgeführt werden.

Der Internationale Sozialistische Kongress protestiert ferner gegen die Racheakte der spanischen Regierung, die sich in fortwährenden Massacres der politischen Gefangenen äußern.

In der Diskussion wird besonders darauf hingewiesen, daß gerade in der modernen Rechtschule Bestrebungen auf Wiedereinführung der Todesstrafe vorhanden sind.

Wendels-Holland weist auf die Verhandlungen des letzten internationalen Kriminalistenkongresses in Brüssel hin, wo man versucht hat, durch Beseitigung des Asylrechts die Todesstrafe auch in den Ländern indirekt wieder einzuführen, wo sie nicht mehr besteht. Redner wünscht folgende, gegen diese Bestrebungen protestierende Ergänzung der Resolution:

Hervorragende Vertreter der modernen Kriminalistik haben erst jüngst eine wesentliche Veränderung des Asylrechts befürwortet, die in vielen Fällen, namentlich wo es sich um Flüchtlinge aus dem Zarenlande handelt, auf eine tatsächliche Wiedereinführung der Todesstrafe auch in solchen Ländern hinauslaufen würde, in denen, wie in Holland, die Todesstrafe seit Jahrzehnten abgeschafft ist.

Rubanowitsch-Rußland: Als in der ersten Duma die Todesstrafe verhandelt wurde und alle Vertreter der Intelligenz für ihre Beseitigung eintraten, berief sich der russische Justizminister auf das Gutachten des angesehenen deutschen Kriminalisten v. Liszt, daß bei den komplizierten Verhältnissen in Rußland die Abschaffung der Todesstrafe wohl nicht möglich sei. Die Duma nahm trotzdem die Abschaffung der Todesstrafe an, wurde dann aber auseinandergejagt.

Die Resolution wird einstimmig mit dem Amendement angenommen.

Schließlich wird noch eine Sympathiebekundung für das spanische Proletariat, seine revolutionäre Erhebung, insbesondere auch ein Protest gegen den Justizmord an Ferrer durch Klammation angenommen. Als Referent für das Plenum wird Ellenbogen-Oesterreich bestimmt.

Die nächste Plenarsitzung findet Donnerstag 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittags statt. Am Mittwochnachmittag fand ein Dampferausflug durch den Sund nach dem Seebad Skodshord statt.

(Siehe auch 2. Beilage.)

## Aus der frauenbewegung.

### Aus der Schwimindustrie.

In Cradley Heath, wo die Frauen für einen Lohn von 4 bis 5 Mark die Woche Ketten schmieden, sind ungefähr 500 Arbeiterinnen ausgesperrt worden, weil sie sich geweigert haben, einen Kontrakt zu unterschreiben, nach dem sie sich verpflichten sollten, auf die Dauer von sechs Monaten auf die vom Lohnamt festgesetzten Löhne zu verzichten und zu den alten elenden Hungerlöhnen weiterzuarbeiten.

Die Ketten schmiederei in Cradley Heath ist häufig als das klassische Beispiel der Schwimindustrie hingestellt worden. Was die Arbeitsverhältnisse in dieser Industrie besonders verwerflich macht, ist der Umstand, daß es Frauen sind, die mit Hammer und Zange am Amboss stehen und ruhig und beschnüht diese schwere, dem weiblichen Körper und Charakter nicht angepaßte Arbeit verrichten. Die öffentliche Meinung begrüßte es mit Freuden, daß diese Industrie als eine der ersten den Bestimmungen des Ge-

setzes über Lohnämter, das zu Anfang des Jahres in Kraft trat, unterworfen werden sollte. Das Lohnamt der Kettenindustrie trat vor drei Monaten zusammen und beschloß, wie zur Zeit berichtet wurde, den Minimallohn auf 20 Pf. die Stunde festzusetzen, was für viele der Arbeiterinnen eine Verdoppelung des Wochenverdienstes oder gar noch mehr bedeutete. Es ist bezeichnend für die Stupidität und Brutalität, mit der diese Schwimindustrie bisher betrieben worden ist, daß keiner der beteiligten Fabrikanten während der Frist von drei Monaten, innerhalb welcher die Einwände gegen den Beschluß des Lohnamts gemacht werden können, gegen die vorgenommene große Erhöhung der Löhne Einspruch erhoben hat, ein Beweis, daß die bis jetzt bezahlten Hungerlöhne durch nichts gerechtfertigt werden. Das versichern übrigens auch die Händler, die den Kettenfabrikanten ihre Waren abkaufen und hauptsächlich in Indien loschlagen; nach den Angaben dieser Kaufleute kommt kein anderes Land als erstklassiger Konkurrent in Betracht und die Ketten können einen beträchtlichen Preiszuschlag vertragen. Ein nettes Beispiel gemeinschaftlicher kapitalistischer Produktionsanarchie!

Der erwähnte, vom Lohnamt festgesetzte Minimallohn sollte in diesen Tagen nach Ablauf des dreimonatlichen Aufschubs in Kraft treten; aber die Sorge des liberalen Gesehgebers um die Interessen der Kapitalisten hat die Öffnung der weiblichen Kettenindustrie verzögert. Das Gesetz erlaubt außer dem Aufschub von drei Monaten noch eine weitere sechsmonatliche Verzögerung des Inkrafttretens der Lohnamtsbeschlüsse, wenn sich die Arbeiter schriftlich verpflichten, während dieser Zeit zu den alten Löhnen weiterzuarbeiten. Zu einer solchen Verpflichtung wollten die Unternehmer die Arbeiterinnen zwingen. Viele von diesen weigerten sich, den Kontrakt zu unterschreiben und wurden etwa 500 an der Zahl ausgesperrt. Unter den Aussperrten befinden sich auch viele Frauen, die noch nicht der mit Hilfe der englischen Gewerkschaften gebildeten Gewerkschaft der Arbeiterinnen angehören und denen es jetzt recht traurig geht. Man sammelt jedoch fleißig für sie; die Gräfin Beauchamp schickte gestern der Genossin Mac Arthur, der Führerin der Frauen in diesem Kampfe, 100 Pfund Sterling für die Aussperrten. Die größte Schwierigkeit scheint die zu sein, daß einige Fabrikanten die dreimonatliche Frist dazu benutzt haben, um große Vorräte zu billigen Arbeitslöhnen aufzuspeichern, so daß andere Fabrikanten sich jetzt benachteiligt fühlen und die zweite Frist von sechs Monaten verlangen. Drängen die Fabrikanten mit ihrer Forderung durch, so könnte das nur zu einer erneuten Heberproduktion und nach sechs Monaten unter der Herrschaft der erhöhten Löhne zu einer empfindlichen Arbeitslosigkeit führen.

Protest gegen die Kaiserrede. Der Preussische Landesverein und die Ortsgruppe Berlin für Frauenstimmrecht veranstalten am Donnerstag, den 1. September, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in den Arminalhallen, Kommandantenstraße 98, eine öffentliche Protestversammlung. Toni Breitkreid und Frau Marie Stritt-Dresden sprechen über das Thema: „Die Kaiserrede und die Frauen“.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise teilweise etwas nachgebend. Butter und Eier: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gebäck: Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft wenig befriedigend, Preise schwankend.

GEGRÜNDET 1867



# Saison-Räumungs-Verkauf

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen

Verkauf nur Jerusalemer Strasse 38-39

nur noch bis Sonnabend, 3. September

Des grossen Andranges wegen empfiehlt es sich, den Einkauf auch vormittags zu besorgen

Rationelle Kinder-Stiefel  
in den bekannten guten Qualitäten  
besonders preiswert

Serie I  
Mädchen-Schnür- u. Knopf-Stiefel  
versch. Oberledersorten, auch braun, besond. dauerhaft

25-27	28-30	31-35	36-39
3.80	4.80	5.80	6.80

Serie II  
Mädchen-Schnür- u. Knopf-Stiefel  
braun Chevreau und Boxcalf

25-27	28-30	31-35	36-39
4.80	5.80	6.80	7.80

Knaben-Schnür-Stiefel  
bestes  
Wichsleder

31-35	36-39
5.80	6.80

Knaben-Schnür-Stiefel  
echt Boxcalf  
sehr dauerhaft

31-35	36-39
7.25	8.50

Grosse Posten  
Herren- und Damen-Stiefel

Chevreau, Boxcalf, braun Chevreau  
in vielen Fassons und Ausführungen

Serie I 9 <sup>75</sup>	Serie II 11 <sup>75</sup>	Serie III 14 <sup>75</sup>
früher 12 <sup>50</sup>	früher 15 <sup>50</sup>	früher 18 <sup>00</sup>

Die früheren Preise sind an jedem Paar Stiefel deutlich erkennbar

Grosse Posten  
Herren- und Damen-Stiefel  
sowie Halbschuhe  
Chevreau u. Boxcalf, schwarz u. farbig

6<sup>80</sup>  
extra billig, durchweg

Grosse Posten  
feinster Damen-Halbschuhe  
in den elegantesten Phantasie-Ausführungen  
schwarz - braun - beige - grau - weiß

9<sup>80</sup>  
besonders preiswert durchweg

Ein grosser Posten  
Damen-Stiefel Boxcalf und Chevreau,  
schwarz, braun, beige, zum Schnüren und Knöpfen . . . . . besonders preiswert 8.75

Grosse Posten  
Damen-Halb-Schuhe  
zum Schnüren und mit Spangen, schwarz und farbig, nur grosse und kleine Nummern  
extra billig, durchweg 4.80

Grosse Posten  
Damen-Leinen-Stiefel  
und Schuhe sowie grosse Posten  
Sport-Schuhe und Sandalen  
für Herren und Damen  
extra billig, durchweg 3.75

Grosse Posten  
Herren- u. Damen-Hausschuhe  
Leder, schwarz, braun, bordeaux  
mit u. ohne Absatz, sehr vorteilhaftes Angebot . . durchweg 3.80 u. 2.80

Ausserdem Restbestände jeder Art weit unter dem Einkaufswert!

Waren aus dem Räumungs-Verkauf sind vom Versand nach auswärts ausgeschlossen

Sitzung der deutschen Delegation.

Kopenhagen, 31. August.

Die deutsche Delegation hielt am Mittwochvormittag ihre dritte Sitzung ab. ...

1. Das Internationale Sozialistische Bureau wird ermächtigt, im Falle eines politischen Streikfalls, eines Streiks, einer Aussperrung oder eines anderen wichtigen Ereignisses, welches ein sofortiges Eingreifen erfordert, von den angeschlossenen Parteien einen außerordentlichen Beitrag in der Höhe eines Zehntels des Jahresbeitrages einzufordern, als eine erste Hilfe; 2. dieser außerordentliche Beitrag kann nur einmal in einem Jahre erhoben werden; 3. die ins Ausland reisenden Genossen sollen eine Erkennungs-karte bei sich führen, welche ihren Herkunftsort und ihr Reiseziel angibt; die diesen Genossen ausbezahlten Unterstützungen sollen von den Parteien zurückerstattet werden, welche diese Erkennungs-karte ausgefüllt haben.

Leipart führt aus: Was die Belgier hier verlangen, geht viel zu weit. Es ist ganz unmöglich, daß das Internationale Bureau 10 Proz. der Jahreseinnahmen der Gewerkschaften erhält. ...

Wir müssen es unbedingt ablehnen, daß der Kongreß die Gewerkschaften festlegt. In Deutschland ist die gegenseitige Hilfe bei großen Kämpfen noch nicht reglementiert. ...

Richard Fischer hält diese Bedenken für unbegründet. Partei und Gewerkschaft sind in dieser Frage ganz einig. In dem Bericht des Parteivorstandes an den Kongreß wird diese Frage auch erörtert: „Die Organisation der internationalen Solidarität betrachten wir als ein utopisches Verlangen. Die Betätigung der internationalen Solidarität hängt ab von dem Solidaritätsgefühl, das innerhalb der nationalen Organisationen vorhanden ist. ...

Legien: Leipart hat die von ihm beanstandete Stelle im Amendement falsch aufgefaßt. Es heißt natürlich nur, daß die dem Internationalen Bureau angeschlossenen Parteien einen außerordentlichen Beitrag in der Höhe eines Zehntels ihres Jahresbeitrages für das Bureau, nicht ihrer eigenen Jahreseinnahme, leisten sollen dann, wenn das Bureau es verlangt.

Kleines Feuilleton.

Aus der Geschichte der Cholera. Die erste Bekanntheit mit der Cholera machte ein Europäer am Morgen des 19. August 1817 in der indischen Stadt Jessora. ...

Rudolf-Frankfurt a. M.: Die englischen Gewerkschaften haben beim schwedischen Generalkongreß vollständig versagt. ...

Stengele-Hamburg: Der Stein des Anstoßes für Leipart ist leicht zu beseitigen. Wir brauchen ja nur die Streichung des Wortes „festlegen“ zu beantragen. ...

Leipart erklärt sich mit Stengeles Vorschlag einverstanden. Legien: Mit den Schweden werden wir uns über ihre Resolution sehr leicht verständigen, so daß wir sie annehmen können. ...

Reumann-Hamburg (Holzarbeiter): Auf dem Kongreß selbst muß eine Resolution eingebracht werden, die die gewerkschaftliche Internationale auffordert zu untersuchen, wie in Zukunft diejenigen Nationalitäten, die bisher ihre internationale Solidarität nur mit Worten beweisen haben, zu Hilfsleistungen herangezogen werden können. ...

Damit schloß die Besprechung. Die gesamte Delegation war sich einig darüber, daß die Resolution der Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs angenommen werden muß. ...

Richard Fischer erwidert, daß man durch den Hinweis auf die sogenannte Neutralität der Gewerkschaften die Fischen in ihren separatistischen Tendenzen nicht bestärken dürfe. ...

Aus der Partei.

Genosse August Bebel hat an den Internationalen Sozialistischen Kongreß zu Kopenhagen folgenden Brief gerichtet:

Jürich, 27. August 1910.

„Parteiengenossen und Parteigenossen! Mein sehnlichster Wunsch, wieder an den Beratungen des Internationalen Sozialistenkongresses teilzunehmen, ...

Beim Internationalen Bureau sind aus Anlaß des Kongresses etwa 1000 Zuschriften und Depeschen eingetroffen.

die Bekämpfung der Seuche auf eine wissenschaftliche Basis gestellt. Am meisten aber hat zu dem erfolgreichen Kriege gegen die Cholera die sechste Pandemie die Waffen in die Hand gegeben, die von 1802 bis 1806 dauerte, hauptsächlich in Rußland und Südfrankreich verbreitet war und in Deutschland nur in Hamburg schwerere Formen annahm. ...

Staatliche Briefmarkenspekulation. Welch ausgezeichnete Geschäfte der Fiskus zuweilen dann macht, wenn er den Liebhabereien und Geschmacksrichtungen des Publikums entgegenkommt und dieses zu freiwilligen Kontributionen zu veranlassen weiß, zeigt das Beispiel der neuen österreichischen Jubiläumsbriefmarken, an denen der Staat bedeutende Summen fast ohne jede Gegenleistung verdient hat. ...

Der Fiskus aber hat mit der Spekulation auf die Briefmarkenmarkt ein glänzendes Geschäft gemacht.

Zur Budgetfrage.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Gießen nahm nach der Berichterstattung von der Hessischen Landeskonferenz und ausgedehnter Debatte folgende Resolution an:

Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Landeskonferenz einverstanden, mit Ausnahme der von Dr. David eingebrachten und angenommenen Resolution in der Frage der Budgetbewilligung. Die Versammlung sieht in der Budgetbewilligung ein Vertrauensvotum für die jeweiligen Regierungen unserer Massenstaaten, die Sozialdemokraten als Bürger zweiter Klasse behandeln. ...

Im sozialdemokratischen Verein Straßburg-Stadt ergab die Urwahl des Delegierten für den Magdeburger Parteitag, wie wir schon kurz meldeten, die Wahl des Genossen Redakteur Max Schneider mit 216 Stimmen und die des Genossen Jacques Peitros, Redakteur, als Ersatzmann mit 213 Stimmen. ...

Braunschweigischer Landesparteitag.

Am Sonntag fand in Langelheim a. S. der braunschweigische Landesparteitag statt. Nach dem Vorstandsbericht ist die Mitgliederzahl im letzten Jahre von 7305 auf 8418 gestiegen. ...

Nach Erledigung der umfangreichen Geschäfte des Landesparteitages wurde eine Resolution gegen die Verkleinerung der Wahlreform durch Regierung und Landtag angenommen, und die energische Fortführung des Wahlrechtskampfes beschlossen.

Als Sitz des Landesvorstandes wurde Braunschweig und als Vorsitzender Genosse Kieze wiedergewählt.

Zum Oltroistreit in Elsaß-Lothringen.

In einer Parteiverammlung der Genossen des Wahlkreises Colmar i. Els., in welcher der Bericht der Delegier-

Notizen.

— Die Wiedereröffnung des Opernhauses soll am 1. Oktober erfolgen.

— Das Programm der „Berliner Volksoper“. In dem Repertoire der am 15. September dieses Jahres beginnenden Opernsaison werden als Neueinstudierungen Rossinis „Wilhelm Tell“ und Mozarts „Don Juan“, Korngolds „Waldschütz“, Boildieus „Die weiße Dame“, Kubers „Stumme von Portici“ und an Novitäten: Mendels „Das Auge Heileisen“ und Schattmanns „Die Freiheit“ erscheinen. ...

— Die neue Freie Volkshalle eröffnete am Dienstag in ihrem neuen Heim, dem früheren „Münster Theater“, das jetzt „Neues Volks-Theater“ heißt, ihre Winterläufigkeit vor geladenen Gästen mit einer Aufführung von Jbsens „Stägen der Gesellschaft“.

— Die nächste vollständige Sonnenfinsternis wird am 28. April 1911 stattfinden, aber wiederum nur in dem für die Beobachtung denkbar ungünstigsten Gebieten der Erde sichtbar sein, nämlich in dem Meeresraum zwischen Australien und Südamerika. ...

— Das Telephon Paris-London. Die Versuche mit dem neuen Telephonlabel zwischen Dover und Kap Grisnez haben nach einer Erklärung des englischen Hauptpostamts so befriedigende Ergebnisse gezeigt, daß von der französischen Regierung in kurzem eine zweite Linie gelegt werden soll. ...

— Rückkehr der Expedition Filchners. Nach einem Programm des Oberleutnants Filchner aus Hammerfest ist die antarctische Vorexpedition dorthin zurückgekehrt, nachdem sie Spitzbergen von West nach Ost, von Tempelbay bis Wälsch durchquert hat. ...

— Der Erreger des Auslages entdeckt. Aus New York kommt die Meldung: Die drei amerikanischen Vektoren, die im Auftrage der amerikanischen Regierung die Lepra im Archipel von Hawaii auf der Insel Molokai studieren, haben in einer Mitteilung an die Regierung diese informiert, daß es ihnen gelungen ist, den Erreger des Auslages schon bis zu drei Generationen zu züchten. ...

ten zur Landeskonferenz vom 17. Juli entgegengenommen wurde, wandten sich mehrere Redner gegen die von dem Berichterstatter Genossen Hindelang vorgelegte Resolution, die das Einverständnis der Versammlung mit der Haltung der Delegierten und mit den Beschlüssen der Landeskonferenz ausdrückt. Genosse Werstler kritisierte die Berichtserstattung als einseitig, da sie den Standpunkt der Otkrojagener nicht zum Ausdruck brachte, und beantragte, über die Resolution zur Tagesordnung überzugehen; in demselben Sinne sprachen die Genossen Weill, Wöhler und Wüttner, die mit Werstler den Standpunkt des Genossen Petrovich und des Straßburger Parteiblattes in der Otkrojage (des Parteiblattes für den Bezirk) schon früher bekämpft hatten. Genosse Hindelang zog darauf seine Resolution zurück. — Diese Haltung der Parteiversammlung bestätigt jedenfalls, daß der auf der Landeskonferenz gefasste Mehrheitsbeschluss den Otkrojagern auch in denjenigen Parteilagen nicht der Lösung näher gebracht hat, deren Delegierte für jenen Mehrheitsbeschluss eintraten.

#### Ein Achtzigjähriger.

Am Montag beging in Rabenstein bei Chemnitz der Genosse August Clauf seinen 80. Geburtstag. Von Begründung der Partei an betätigte er sich eifrig an der Parteiarbeit. Besonders während des Sozialistengesetzes war Vater Clauf äußerst rührig. Wenn es sich nötig machte, war der Alte selbst in der Nacht und bei Sturm und Wetter zur Stelle, um der Sache des Proletariats zu dienen. Möge ihm ein schöner Lebensabend beschieden sein.

## Aus Industrie und Handel.

### Welternte.

Das ungarische Ackerbauministerium veröffentlicht eine Schätzung des Welterntertrages für das laufende Jahr. Danach beträgt das Gesamtergebnis der Welternte an Weizen 991,36 Millionen Hektoliter (gegen 969,07 des tatsächlichen vorjährigen Ertrages), Roggen 467,19 (gegen 478,40), Gerste 355,25 (gegen 371,08), Hafer 628,28 (gegen 667,88), Mais 1070,55 (gegen 971,71). Von den Weizen einführenden Staaten benötigt Großbritannien 57, Frankreich 12, Deutschland 22, Oesterreich 13, Italien 12 und Belgien 13 Millionen Hektoliter Weizen. Der Bedarf an Roggen wird durch das eigene Ertragsrisiko gedeckt. An Mais wird Großbritannien 22,50, Deutschland 9, Frankreich 3 Millionen Hektoliter einführen. Von den ausführenden Staaten verzeichnen an Ueberflüssen Ungarn 20, Rußland 58, Rumänien 19, Ostindien 25, die Vereinigten Staaten 18, Argentinien 16 und Australien 14,50 Millionen Hektoliter Weizen. An Roggen besitzt Rußland einen Ueberfluß von 12,50, Ungarn von etwa 4 Millionen Hektoliter. An Gerste dürfte Rußland einen Ueberfluß für den Export von etwa 37,50 Millionen Hektoliter haben. An Mais besitzen Ueberflüsse Ungarn 11,50, Rußland 7, Rumänien 18,50, Bulgarien 3, die Vereinigten Staaten 45 und Argentinien 24 Millionen Hektoliter. Im Gesamtertragsrisiko ist gegen das Vorjahr in sämtlichen Getreidegattungen ein Mehr von 34 Millionen Hektoliter zu verzeichnen. Die aus dem Vorjahre vorhandenen Vorräte werden beziffert für Weizen auf 22,80, Roggen 14,11, Gerste 6,11, Hafer 13,13 und Mais 12,70 Millionen Hektoliter.

### Großzügige Plünderer.

Der Reingewinn der ehemaligen Teilhaber des Baumwollkönigs Kallen, Krohn, Seales und Gagne, insolge des von ihnen inszenierten Baumwollcorners wird auf 18 bis 20 Millionen Mark geschätzt. Man glaubt, daß die drei Großhändler noch etwa 100 000 Ballen Baumwolle in Reserve halten, wozu noch 200 000 Ballen Neuernte kommen werden.

### Liberaler Wehrhauch.

Als vor einigen Tagen der Geheimrat Ador Loewe, der Leiter und erste Inhaber verschiedener Großbetriebe der Werkzeugmaschinen- und Waffenfabrikation, gestorben war, da wußte die liberale Presse sich keinen Rat, wie groß sie das persönliche Verdienst dieses Mannes schildern sollte. Das „Berliner Tageblatt“ sprach von den durch Ador Loewe geschaffenen hohen Dividenden des Unternehmens, die schon bis zu einem Viertel des Aktienkapitals betragen, und jetzt immer noch 16 Prozent betragen. Da hat man vergessen, daß „seine“ Waffen- und Kriegsausstattungsfabrikation mit einer sehr geringen Konkurrenz zu rechnen hatte und im Deutschen Reich einen sehr hohen Preis zahlte. Er hat auch in den Loeweschen Unternehmungen fabrikierten Sachen brauchte. Das Hauptverdienst- und Gewinngebiet ist für die Loeweschen Unternehmungen immer die Militär- und Marineausrüstung geblieben. Die Kaiserliche Fabrik war in Loeweschen Händen, heute sind die Loeweschen Interessen der Kaiserlichen Fabrik in die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik übergegangen. Die Dürer Metallwerke, die hauptsächlich Patronenmaterial liefern, gehören auch in dieses Interessengebiet. In der Verwaltung der Königl. Rottweiler Pulverfabrik sah Loewe ebenfalls. Ganz abgesehen von den verschiedensten anderen Unternehmungen, zu denen auch die A. E. G. und die Große Berliner Straßenbahn gehören.

Elektroschlüssen. An der Börse wird es nicht still auf dem Markt der Elektrizitätsaktien, Tag für Tag neue Kurssteigerungen. Wie verlautet, soll nun die A. E. G. Felten-Guilleaume-Schmeper-Aktion auskaufen, um den 16 Millionenbesitz der Schmeper-Gesellschaft, der jetzt in ihre Hand gegeben ist, zur Majorität zu ergänzen. Dann soll die Fusion der beiden Fabrikationsgesellschaften erfolgen. Weiter werden die Vergmann-Elektrizitätswerke mit den Erweiterungsplänen der A. E. G. in Verbindung gebracht.

### Die amerikanische Eisenindustrie.

Die amerikanische Eisenindustrie ist bisher keine Ausfuhrindustrie gewesen. Die riesige Produktion an Eisenwaren, besonders die ungeheuren Schienenmengen werden zumeist im eigenen Lande verbraucht. Soweit bis jetzt eine Ausfuhr dieser Produkte erfolgte, ging sie nach asiatischen, afrikanischen und australischen Gebieten. Der nie rastende Kapitalismus hat aber die amerikanische Produktion immer mehr gesteigert; größere Werke sind geschaffen worden, die aus dem Boden gestampfte Stahlstadt Gary ist ein Beweis dafür. Als die letzte Krise vorüber war, hoffte die amerikanische Eisenindustrie, wie ihre Geschwister in Europa, auf ein schnelles und frühes Wiederaufwachen in eine noch größere und noch gewaltigere Hochkonjunktur. 1907, das Jahr der Hochkonjunktur, brachte eine Produktionsziffer an Roheisen, wie sie noch nie dagewesen. Die Vereinigten Staaten produzierten 25 781 000 Tonnen, die ganze Welt 60 180 000 Tonnen. 1908 zeigte einen starken Rückschlag. Die Weltproduktion bezifferte sich nur auf 49 175 000 Tonnen, Amerikas Erzeugung war auf 15 938 000 Tonnen zurückgegangen. Im Jahre 1909 ist die Weltproduktion, obwohl wir uns erst am Anfang einer neuen guten Konjunktur befinden, schon wieder auf 60 328 000 Tonnen, also über die alte Rekordziffer hinaus gestiegen. Amerika brachte es auf eine Leistung von 25 795 000 Tonnen. Und im neuen Jahre ist die Roheisen- und Stahlproduktion weiter gestiegen. Amerika kann sich jetzt nicht anders vor einem neuen Rückschlag wie im Jahre 1908 reiten, als daß es mit dem Ueberfluß seiner Eisen- und Stahlprodukte auf die Märkte geht, die bisher von Großbritannien, Deutschland und zu einem kleinen Teile auch von Belgien versorgt wurden.

Vor einiger Zeit ist für die Türkei mit amerikanischem Kapital die Ottoman-American-Development Co. gegründet worden. Sie hat die Aufgabe, Amerika an der wirtschaftlichen Erschließung Kleinasiens teilnehmen zu lassen. Die Amerikaner haben von der türkischen Regierung die Sicherheit erhalten, am Eisenbahnbau, der jetzt dort recht lebhaft in Fluß kommt, mitbeteiligt zu werden. Die amerikanischen Projekte zielen darauf hin, eine Bahn zu bauen, die das Mittelmeer mit Aleppo und dann die nördlichen und nordöstlichen Gegenden untereinander verbindet. Die ganze Arbeit wird auf einen Wert von 60 Millionen Dollar geschätzt. Die Unternehmer erhalten von der türkischen Regierung das ausschließliche Nutzungsrecht für das ganze 1200 Meilen lange Eisenbahngebiet, und zwar für 20 Kilometer links und rechts von den Gleisen! Es sollen den Amerikanern sogar alle die Bergwerke zur Verfügung gestellt werden, die jetzt schon durch die Regierung in Betrieb gesetzt sind. Die Türkei hat sich dabei nur vorbehalten, daß sie nach 30 Jahren die ganze Bahn ratenweise den Amerikanern abkaufen kann. In der Leitung des amerikanischen Unternehmens sitzen auch Vertreter des Stahltrusts. Auch hier wird die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie in den nächsten Jahren ein neues riesiges Absatzgebiet für ihre Produkte finden. Wenn sich auch heute noch nicht übersehen läßt, wie weit die amerikanischen Projekte gehen, sie zeigen doch, wie das Land, das noch vor ganz kurzer Zeit nicht genug arbeiten konnte, um das eigene Gebiet zu versorgen, jetzt in die Reihe der für den Weltmarkt produzierenden Staaten eintritt.

## Gerichts-Zeitung.

### Einen Kampf gegen Mißstände im Irrenwesen

führt der Rechtsanwalt Dr. Gustav Ehrenfried, dessen unter recht eigentümlichen Umständen erfolgte Internierung in einer Irrenanstalt seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregt hatte. Ein Nachspiel zu dieser Affäre beschäftigte nunmehr gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Ellendt die 2. Ferienkammer des Landgerichts II. Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried trat unter Beistand des Rechtsanwalts Dr. Gräfe gegen den leitenden Arzt der Irrenanstalt „Verolinum“ in Lankwitz, Dr. Otto Juliusburger in Stellung, auf, der vom Justizrat Leonh. Friedmann verteidigt wurde. Die vorliegende Sache hatte schon einmal das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschäftigt. Dr. Juliusburger wurde seinerzeit wegen Verleumdung zu 100 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten beide Parteien Berufung eingelegt, der Beklagte, um seine Freisprechung zu erzielen, der Kläger, um eine Verurteilung des Dr. J. zu einer Gefängnisstrafe zu erwirken. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der Privatkläger Dr. Ehrenfried war auf Veranlassung seiner Verwandten aus Anlaß

### von Erbchafts- und anderen Streitigkeiten

gegen seinen Willen gewaltsam in der geschlossenen Irrenanstalt „Verolinum“ untergebracht worden. Die Internierung erfolgte auf das Gutachten des Dr. J. hin, der den Kläger als „gemeingefährlichen Geisteskranken“ bezeichnete. Dieses Gutachten wurde später durch weitere Gutachten der Medizinalräte Dr. Leppmann, Dr. Störmer und des Nervenarztes Dr. Kränzel unterstützt. Der Kläger behauptet, daß alle diese Gutachten falsch sind, und hat zum Beweise hierfür zahlreiche Gutachten vorgebracht, die den ersten diametral gegenüberstehen.

In diesen Gutachten, die von hervorragenden Autoritäten auf psychiatrischem Gebiete, so u. a. von Prof. Forel, herrühren, wird Dr. E. für völlig geistig gesund und geschäftsfähig erklärt. Nebenbei lauten die Meinungen mehrerer Juristen, die dem Kläger nahestehen und diesen für geistig gesund und völlig geschäftsfähig erklären. Wie Dr. E. behauptet, habe man ihn auf Veranlassung seiner Verwandten in einer Irrenanstalt in der Schweiz verschwinden lassen wollen, wo er wohl nie wieder das Licht der Welt erblickt hätte. Um diesem traurigen Schicksal zu entgehen, unternahm er bei Nacht und Nebel einen Fluchtversuch aus dem Verolinum, der auch glückte. Er verschaffte sich dann mehrere Gutachten von hervorragenden Psychiatern und schickte dann nach Deutschland zurück, um die Aufhebung der Entmündigung zu betreiben. Das Gericht hob auch die Entmündigung auf und bezeichnete Dr. E. als völlig geschäftsfähig. Wie in dem schöffengerichtlichen Urteil erwähnt wird, ist Dr. E. jedoch durch jene Zwangsinternierung und seiner blühenden Rechtsanwaltspraxis beraubt worden und hat außer großen Vermögensverlusten die schweren seelischen Qualen erduldet. Er sah deshalb den Plan, gegen jene Ärzte, die ihn als geisteskrank bezeichnet hatten, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Diese Prozesse schweben augenblicklich noch. Als die Klage dem Dr. J. durch den Gerichtsvollzieher Peters zugestellt wurde, äußerte der Beklagte zu diesem: „Ich verpflichte mich, den Kläger in 14 Tagen wieder dorthin zu bringen, wo er gewesen ist.“ Diese Äußerung wurde dem Dr. E. hinterbracht, der sofort die Verleumdungssklage anstregte. In der gestrigen Verhandlung vor der Berufungskammer hielt Dr. Ehrenfried an der Hand von Beispielen eine wichtige Pöhlispissa gegen die nach seiner Meinung bestehenden schweren Mißstände. Er wies ferner darauf hin, daß nicht umsonst in gewissen Kreisen der Spruch bestehe:

### „O lieber, guter Vater, erhalt' und die Psychiater.“

Mit Rücksicht darauf, daß er durch das nach seiner Meinung zum mindesten sachrätlich abgegebene Gutachten des Dr. J. die aller-schwersten materiellen und moralischen Schädigungen erlitten habe, beantragte Dr. E., den Beklagten zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen. Justizrat Leonh. Friedmann vertrat die Ansicht, daß hier nicht zu prüfen sei, ob jene Gutachten richtig oder nicht seien, sondern daß es lediglich darauf ankomme, nachzuprüfen, ob in jener Äußerung des Dr. J. eine Verleumdung zu erblicken sei. Dies sei schon mit Rücksicht darauf zu verneinen, da Dr. J. noch heute bei seiner in dem Gutachten abgegebenen Meinung über Dr. E. bestehen bleibe. Das Gericht kam zu einer Verwerfung der beiderseitigen Berufungen und der Befestigung des ersten Urteils. Wie der Vorsitzende veränderte, habe das Gericht nicht den geringsten Zweifel an der völligen Geschäftsfähigkeit des Klägers. In jener Äußerung des Beklagten liege eine gewisse Drohung in Verbindung mit einem abfälligen Urteil und einer Mißachtung gegenüber dem Kläger, die als formale Verleumdung anzusehen sei. Das Gericht müsse jedoch bis auf weiteres annehmen, daß der Beklagte jenes Gutachten in gutem Glauben abgegeben habe, durch welches der Kläger allerdings moralisch und materiell auf das schlimmste gefährdet worden sei.

### Ein schwerer Eisenbahnunfall.

bei welchem zwei Menschen zwischen den Buffern germalmt worden waren, beschäftigte gestern die Ferienkammer des Landgerichts III. Wegen fahrlässiger Tötung war der Hilfschirurgen Theodor Biegenhagen angeklagt. — Am 18. April d. J. ereignete sich auf dem Rangierbahnhof Lichtenberg-Friedrichshof ein schwerer Betriebsunfall, durch welchen zwei Familien ihres Ernährers beraubt wurden. Die Kohlenlöcher Sbur und Zoroht waren auf einem Nebengleise mit dem Ausladen von Kohlen beschäftigt. Als sie einen Waggon geleert hatten, schoben sie diesen auf den Schienen weiter. In demselben Augenblick stieß ein auf demselben Gleise in schneller Fahrt heranommender Waggon gegen den ersten. Die Folge war, daß die beiden Unglücklichen von den Buffern erfasst und buchstäblich zerquetscht wurden. Für diesen bedauerlichen Unfall macht die Staatsanwaltschaft den jetzigen Angeklagten verantwortlich. Seine Fahrlässigkeit wird darin erblickt, daß er entgegen den für Rangierarbeiten erlassenen Bestimmungen einen Waggon auf ein Gleise zurückgedrückt hatte, auf welchem gearbeitet wurde. — Vor Gericht tritt der Angeklagte jede Schuld und ließ durch Rechtsanwalt Dr. Fuppe den Nachweis dafür erbringen, daß er die beiden Getöteten vorher gewarnt hatte. Das Gericht hielt eine Fahrlässigkeit des Ange-

klagten nicht für vorliegend und erkannte auf kostenlose Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte 5 Monate Gefängnis beantragt.

### Rezeptfälschungen in 100 Fällen

hatte der Tischler Bogislav Denatski verübt, der sich gestern unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung, des Diebstahls und des Betruges vor der 4. Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. — Der Angeklagte stand als Krankenassistentenmitglied in der Behandlung des praktischen Arztes Dr. Ostschmidt. Anlässlich einer Konsultation erzwangte er ein Patent, welches 200 Rezeptformulare enthielt und ferner einen Stempel. Die gestohlenen Formulare fälschte er mit den Namen mehrerer Kassenärzte, nachdem er sie vorher mit der Anweisung von Wein und insbesondere Cognac versehen hatte. Um zu vermeiden, daß von den Apotheken auch noch der Stempel der einzelnen Krankenkassen verlangt wurde, verbot der Angeklagte die gefälschten Rezepte mit dem Vermerk „cito“, so daß er die angeblich von den Ärzten verschriebenen Spirituosen ausgehändigt erhielt. Auf diese Weise schädigte er in 100 Fällen Apothekenbesitzer, die er außerdem auch noch des Raubs herausgeklagt hatte, um den Anschein zu erwecken, als handele es sich um ein besonders schnell herzustellendes Rezept. Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte die Straftaten lediglich begangen habe, um seiner Trunksucht zu fröhnen, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 1 Jahr Gefängnis.

### Stadttrat und Schnapslieferant.

Schlaminde, 30. August 1910. Die zweite Ferienkammer aus Braunshweig verhandelte hier in einer Angelegenheit, die schon lange alle Kreise der Stadt in Aufregung hält. Auf der Anklagebank sitzen die neuerdings in Konkurs geratene Besitzerin des bekannten Hotels „Zuntraf“, Witwe des Hotelbesizers Louis Wiebel und deren 16jähriger Sohn Hans. Es wird ihnen zur Last gelegt, mittels einer ohne Unterschrift abgeforderten, an die hiesige herzogliche Kreisdirektion gerichteten Eingabe, den Gastwirt König, den Stadttrat Reuter, den hiesigen Magistrat und die hiesige Polizeibehörde beleidigt zu haben. Zur Verhandlung waren gegen 30 Zeugen geladen, darunter der Bürgermeister v. Otto. Die beiden Angeklagten behaupten, daß sie den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen führen können, auch wolle sie ihr Vorgehen aus § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrung berechtigter Interessen) entschuldigen. In der Eingabe, die unterzeichnet ist „Mehrere Steuerzahler“ heißt es u. a.: „Ich möchte die Herzogliche Kreisdirektion auf den Betrieb des Gastwirts König aufmerksam machen. Derselbe wird meist nur von Pauschulern besucht. Die minderjährige Tochter desselben muß zur Unterhaltung und Fesselung Klavier spielen. Die hiesige Polizei scheint von dem Betriebe nichts zu wissen oder drückt ein Auge zu. Wenn die Pauschulern genug geacht haben und die Kasse reicht nicht aus, so werden Ueberzieher und Hüren von dem Wirt abgenommen. Im Grunde genommen ist dies eine Armeiernte, wie die Pauschulern ja selbst sagen. Der Gastwirt Geese wollte bodenständig mit Damenbedienung feiern. Um daselbe gleich loszubekommen, ging derselbe zu Stadttrat Reuter, machte natürlich gleich einen großen Schnapsauftrag. Es ist eine große Schande, daß in Holzminden eine solche Schnapswirtschaft ist und daß der Stadttrat seine Stellung so ausbeutet. Hier muß doch endlich einmal Wandel geschaffen werden, die Wirtschaften, die teils gefälscht werden, haben nichts zu tun.“ — Die Angeklagte Wiebel behauptet, daß sie von niemandem zu ihrem Vorgehen beeinflußt worden sei. Sie habe aber die Wahrnehmung machen müssen, daß sie bezüglich ihres Wirtschaftsbetriebes ganz anders kontrolliert wurde wie andere Wirte. In dieser Beziehung sei ihr auch viel von anderer Seite zugezogen worden. Ein früherer Wirt Geese habe ihr erzählt, im „Wilhelmsgarten“ sei die Polizeistube früher auch so stark überwacht worden und der Wirt habe mehrfach hohe Geldstrafen bezahlen müssen. Durch einen Gerichtsschreiber sei er darauf gebracht worden, Schnaps bei Stadttrat Reuter zu bestellen, und von da ab habe die strenge polizeiliche Kontrolle aufgehört. Wenn sie, die Angeklagte, um 12 Uhr Feierabend vor, hätten ihr die Gäste den guten Rat gegeben: Sie müssen Schnaps beim Stadttrat bestellen. Die Angeklagte behauptet ferner, daß den polizeilicherseits im Asyl untergebrachten Schnaps geliefert worden sei, der vom Stadttrat Reuter herkam. Der als Zeuge vernommene Bürgermeister v. Otto bekundet, daß keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Zeuge Stadttrat Reuter bestreitet entschieden, irgendwie seine Amtsbezüge verletzt zu haben. Er habe als ältester Stadttrat den Bürgermeister in Behinderungsfällen zu vertreten gehabt. Jedoch habe er nur das Recht gehabt, Erlaubnisscheine für Verlängerung der Polizeistunde auszusprechen, nicht aber Polizeistrafen zu verhängen. Im Falle Geese sei die Erlaubnis zurückgegeben worden, als sich herausstellte, daß in dem Lokal Damenbedienung war. Der Zeuge gibt zu, an einen Gastwirt Eilenberg Schnaps geliefert zu haben, den keine Anwesenheit hatte. Er zeuge, habe von dieser Tatsache aber keine Kenntnis gehabt. Bei der weiteren Vernehmung muß der Zeuge zugestehen, daß er Eilenberg geratene habe, ein Konzessions-gesuch einzureichen, damit er Schnaps ausshänken könne. Durch weitere Zeugenvernehmungen wird festgestellt, daß verschiedentlich die Ansicht herrscht, wenn man von Reuter Schnaps bestelle, werde man nicht so streng kontrolliert. Andere Zeugen wollen sich auf die den Zeugen Reuter kompromittierenden Behauptungen zu dritten Personen gegenüber nicht mehr erinnern. Der Staatsanwalt beantragte nach zweitägiger Verhandlung gegen Frau Wiebel 100 Mark, gegen ihren Sohn, der den anonymen Brief nur abgeschrieben hatte, 10 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof sah aber den Wahrheitsbeweis als erbracht an und sprach beide Angeklagte frei.

In der Privatklage des Baron v. d. Ropp, Riga, gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Hans Zieher, Berlin, wegen Verleumdung, kam folgender Vergleich zustande. Der Angeklagte erklärte: Die Gerichtsverhandlung hat auf Grund der in Rußland stattgehabten Zeugenvernehmung erwiesen, daß weder der Privatkläger noch ein anderer lurländischer Edelmann an der Tötung des Polau teilgenommen hat. Ich kann daher die Behauptungen, die der „Vorwärts“ in den von mir verantwortlich gezeichneten Artikeln vom 8. September und 1. Oktober 1907 aufgestellt hat, als irrtümlich nicht aufrecht erhalten und bedauere, die Verleumdungen im Vertrauen auf die Richtigkeit eines von mir für zuverlässig gehaltenen Berichtes veröffentlicht zu haben.

## Aus aller Welt.

### Millionärinnen als Zollschmuggler.

Die Sucht vieler reicher Amerikanerinnen, ihre in Europa eingekauften Schmuckstücke und Wertgegenstände bei der Ankunft in den heimatischen Häfen unverzollt einzuschmuggeln, ist wieder einmal der Gattin eines reichen amerikanischen Millionärs, des Maschinenfabrikanten Adriance, zum Verhängnis geworden. Frau Adriance und ihre erwachsene Tochter kamen am Montag aus Europa an Bord des Dampfers „Baltic“ in New York an. Beim Passieren des Zollamtes wurden sie gefragt, ob sie in ihrem Gepäck zollpflichtige Sachen hätten. Die vornehmen Damen verneinten das unter Zeichen lebhafter Entrüstung. Die Untersuchung des Gepäcks der beiden Damen förderte nichts Verzagbares zu Tage und schon wollte man die beiden Reisenden unbedrängt passieren lassen, als Frau Adriance ein kleines Stück Papier zerriss, auf dem sich die Firma eines bekannten Juweliers in Paris aufgeschrieben befand. Die Zollbedienen schöpften Verdacht und ließen schließlich durch Zollbeamteten die beiden Damen einer gründlichen Selbstrevision unterziehen. Dabei wurden unter dem Rockfett der Tochter ein Perlenkollier im Werte von 80 000 Fr., unter dem Rockfett der gnädigen Frau Diamantringe und Edelsteine

im Werte von 80000 Fr., in den Strümpfen, unter dem Hemd dem Haar und den Schuhen der beiden vornehmen Damen Edelsteine, Perlen und andere Schmuckstücke im Werte von über 250000 Fr. gefunden. Den smarten Amerikanerinnen wird durch die unangenehme Entdeckung ihr Schmutz recht teuer zu stehen kommen.

**Geldenhafte Ordnungsfreier.**

Aus Rom wird uns gemeldet: Der Justizminister hat dem Appellationsgerichtsrat de Rossi, sowie den Richtern Macchia und Labiani im Disziplinärwege ihr Gehalt entzogen, weil sie ihren Dienstort Trani ungerechtfertigterweise verlassen haben. Die drei Herren waren heldenmütig vor der Cholera ausgerückt. Da der Richter Macchia, obwohl selbst krank, nach Trani zurückgekehrt ist, wird eventuell die Maßregel für ihn widerrufen. Auch der Bürgermeister von Trani ist nach Neapel ausgewandert. Zahlreiche Wähler haben ihn aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Die Straßenlehrer von Neapel, die seit langem eine Lohnbewegung planten, haben beschlossen, mit Rücksicht auf die Cholera-Gefahr, die ihre Arbeit unabweislich macht, vorläufig vom Streik abzusehen. Dieses Verhalten demonstriert recht gegen das Verhalten der Kaufleute im Seuchengebiet, die sofort den Preis für alle Desinfektionsmittel verdreifacht haben. Die verstehen ihren Vorteil!

**Guten Appetit.**

In der „Vossischen Zeitung“ Nr. 407, 8. Beilage, ist unter den Eintragungen ins Handelsregister zu lesen: Nr. 8193. Harry Rothholz Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Ein-

kauf von Abfällen der Bäckerei und von gebrauchten Säcken sowie die Verarbeitung solcher Abfälle und die Verwertung derselben sowie der gebrauchten Säcke. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Herstellung von Schiffsbrot usw.

**Ein schwimmfähiger Aeroplan.**

Wie uns ein Telegramm aus London meldet, erklärte der Ingenieur Steffen Marples von der englischen Luftschiffliga in einem Interview, es bestehe ein Flugapparat, über dessen Bau noch größtes Geheimnis beobachtet werde. Der Apparat soll imstande sein, auf die Meeresoberfläche niederzusteigen und schwimmfähig sein und sich auch von der Meeresoberfläche wieder erheben können.

Siehe! Sie besitzt der Aeroplan die Gestalt einer Ente!

**Billige Schleisefahrten.**

Die Münchener Pariseval-Luftschiffahrtgesellschaft, die mit ihrem „P. VI“ täglich Passagierfahrten über München und dessen Umgebung unternimmt, ist auf einen neuen Trick verfallen, um ihre Einnahmen zu erhöhen. Sie läßt sich nämlich die Fahrten nicht nur von den mitgenommenen Passagieren recht gut bezahlen — pro Mann und Stunde 200 M. —, sondern veranlaßt auch die Gemeinden Oberbayerns, welche Sehnsucht nach dem Anblick des Luftungstums empfinden, dafür einen entsprechenden Obolus in den Säcken der Luftschiffaktionäre abzuführen. Wenigstens versucht sie es, die Gemeinden hierzu zu bewegen, scheint aber nicht viel Glück damit zu haben. So hatte sie der Gemeinde Tegernsee mitgeteilt, der „P. VI“ werde bei einer Fahrt dorthin über dem See zwei Schleisen fahren, wenn man dafür den Betrag von 400 Mark einsetze. Die Gemeinde Tegernsee hatte aber für den in Aussicht gestellten Genuss

so wenig Verständnis, daß sie das Angebot gar nicht beantwortete was der „Pariseval“ damit strafe, daß er nur bis St. Quirin fuhr, dann unvorbereitet und der hartlebigen Gemeinde Tegernsee verachtungsvoll seine Rückenansicht zulehrte. — 200 M. für eine Schleise ist ja ein sehr schöner Preis, aber vielleicht kommt doch noch eine Zeit, wo die Parisevalgesellschaft es auch billiger macht.

**Kleine Notizen.**

Durch ein Feuer wurden gestern drei neuverbaute Magazine für die Kugelfestigung der Festung Mainz vollständig zerstört. Sechs in der Nähe befindliche Magazine konnten gerettet werden.

Die Cholera. Wie ein Telegramm aus Petersburg meldet, sind in den letzten 24 Stunden in der Stadt Petersburg 59 Personen an Cholera erkrankt und 19 gestorben. Die Zahl der Erkrankten beträgt zurzeit 651.

Vom Zuge erfaßt und getötet wurden drei Streckenarbeiter, die in der Nähe der französischen Stadt Margut ihrer Beschäftigung nachgingen.

Den Tod auf den Eisenbahnschienen suchte in Genf der deutsche Major a. D. Gustav Fritsch. Bei der Ankunft des Pariser Express zugewarfen er sich einige hundert Meter vor dem Bahnhof auf die Weise und wurde als schrecklich verstümmelte Leiche aufgefunden.

In große Gefahr geriet auf der Fahrt von Buenos Aires der französische Postdampfer „Magellan“. In der Nähe der Insel Palma brach die Schraubenwelle, das Wasser drang in den Kabinenraum ein. Durch herbeigeleitete Dampfer wurde das Schiff in den Hafen von Santos geschleppt. Passagiere und Besatzung sind wohlbehalten.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**2. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
(Bezirk 149.)  
Am Dienstag, den 30. August, verschied unser Mitglied, der Gastwirt  
**Eugen Lenk.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Nichthofes, Rigoldstr., Hermannstraße, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
21/20 **Der Vorstand.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Am 30. August verstarb nach langer schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied  
**Eugen Lenk.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. September, nachmittags 3 Uhr von der Halle des alten Thomas-Nichthofes aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
24/14 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 30. August, verstarb unser langjähriges Mitglied  
**August König**  
Kastanienallee 12.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Getreidemarschhofs in Nieder-Schönhausen, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
29/10 **Der Vorstand.**

**Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.**  
Filiale Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Montag, den 29. d. M., verstarb unser Mitglied, der Kollege  
**Klermann Keichel**  
(Bezirk Gesundbrunnen)  
im Alter von 58 Jahren an der Lungenschwindsucht.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. September 1910, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Nichthofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Zentralverband d. Stukkateure Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Am Montag, den 29. August, verstarb unser Mitglied  
**Richard Heine**  
im Alter von vierzig Jahren.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. September, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof in Weihenfeld, Köllnische Allee 48-51, statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner  
**Paul Anders**  
am 25. August durch Absterben im Alter von 37 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Johann Herrmann**  
am 29. August an Lungenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs Südwest in Standsdorf bei Wannsee aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
19/19 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 29. August, unser Mitglied, der Kollege  
**Emil Böhme**  
(Rev.-Zusp.)  
gestorben ist. 289/19  
Die Beerdigung findet morgen, Freitag, den 2. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reiner-Razareth-Nichthofes in Reinickendorf-West, Berliner Straße, Eingang Kögelstraße, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser theuergeliebter Vater, Bruder, Schwiegervater, Onkel und Großvater, der Kupfer  
**Heinrich Köpernick**  
nach langer Krankheit im Alter von 76 Jahren verstorben ist.  
Dies zeigt tiefbetrübt mit der Bitte um stille Teilnahme an im Namen der Hinterbliebenen  
**Albert Köpernick.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. September, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Auguste Prüfer**  
geb. Zeltner  
am Montag, den 29. August, plötzlich verstorben ist.  
Tiefbetrübt zeigt dies an  
Baumhülshenweg  
**Bruno Prüfer.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Trepptor Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Allee aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner unermöglichten Frau  
**Hedwig Dürre**  
sage allen Verwandten, Freunden, Genossinnen und Genossen, insbesondere meinem Cousin, dem Genossen Wilhelm Dürre, für seine warm empfundenen Worte, sowie dem Wahlverein und dem Arbeitergesangsverein W.-Blumenfeld, der Verwaltung der Konsumgenossenschaft Albershof und Arbeitergesangsverein Albershof, meinen innigsten Dank.  
**Wilhelm Dürre.**

**Achtung! Rohtabak!**  
Ab 1. September ist unsere Filiale  
**Brunnenstraße 25.**  
Durch die stetige Zunahme unserer geehrten Kundschaft haben wir uns veranlaßt, ein bedeutend größeres Geschäftslotal einzurichten.  
Gleichzeitig empfehlen wir familiäre  
**Tabake zur Zigarettenfabrikation.**  
Gottlieb, daß auch im neuen Geschäftslotal die geehrten Interessenten und mit ihren Einkäufen berücksichtigen, wird es nach wie vor unser Bestreben sein, durch Lieferung konstanter Qualitätiger Ware unsere geehrte Kundschaft zufrieden zu stellen.  
**Hamburger Rohtabak-Haus**  
Filiale: Berlin N, Brunnenstr. 25.  
**Hengsloß & Maak, Altona-Ottensen.**  
Hauptgeschäft: Ottensen, Bismarckstr. 28.  
Bankkonto: Reichsbank-Altona. Fernsprecher: Altona, Nr. 1, Nr. 3987.  
Eigene vollfreie Säger: Bismarckstraße 32 u. Kronprinzenplatz 14.  
Filialen: Hamburg-St. Georg, Georgeallee 6, Hamburg-Eilbeck, Sandbühner Chaussee 257, Hamburg-Eimsbüttel, Barckstraße 109 und Altona, Reichenstraße 18. 296/13\*

**Wegen Neubau meines Geschäftshauses**  
**Ausverkauf!**  
Da die bedeutenden Vorräte bis zum Oktober geräumt werden sollen, findet der Verkauf zu jedem annehmbaren Preise statt.

**Teppich-Thomas**  
Aeltestes und vertrauenswürdigstes  
**SPEZIALHAUS**  
für  
Teppiche, Gardinen, Portieren, Möbel- und Dekorationsstoffe, Läufer, Tisch-, Divan-, Stepp-, Reise- und Schlafdecken.  
**Berlin SW. 68, Oranienstr. 126.**  
Zweiggeschäft: Oranienstr. 160.

**Wir fahren alle nach der Reform Zahnpraxis**  
**Zähne 180 M**  
**Schmerzlose Behandlung**  
Da erhalten Sie unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit nur echte Zähne. Keine hohlen Zähne oder mit eisernen Stiften versehenen Zahnersatz. Ueberzeugung macht wahr!  
**Reform Zahn-Praxis**  
Carl Rudolph.  
1. Praxis: Friedrichstr. 35. 6. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.  
2. Praxis: Elsassstr. 14. 7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.  
3. Praxis: Oranienstr. 61. 8. Praxis: Spandau, Neuen-dorfer Straße 106.  
4. Praxis: Pallasenstr. 109  
5. Praxis: Moabit, Hantel-straße 65.

**Arbeiter-Wanderbund**  
„Die Naturfreunde“.  
**Wanderfahrten**  
am Sonntag, den 4. September:  
1. Ralshof (Rommensleib). Abfahrt: Steintiner Fernbahnhof 6 Uhr vorm.  
2. Gadowa-Seegegend. Abfahrt: Schleißer Bahnhof 7 Uhr vorm.  
3. Hahnen-Grünwald. Treffpunkt: Bahnhof Hahensee 2 Uhr nachm.  
Gäste willkommen. 2/11  
Ausführliche Programme bei Heise, Bogenstr. 19, zu haben.  
Morgen Freitag: Abteilungsfeier.  
Eßig stets frisch und rein bereitet man sich aus  
**Reichels Essig-Essenz**  
Dieselbe gibt feinsten und milden Eßig von unerreichtem Wohlgeschmack. Originalfl. M. 1.10, 1/2, 1/4, 60 Pf. Für leere Flaschen 10 oder 5 Pf. zurück. Erhältlich in den Drogerien, wo nicht durch  
**Otto Reichel,**  
Berlin 50., Eisenbahnstraße 4.  
Man verlange und nehme nur Reichels Essig-Essenz und achte genau auf unsern  
Verkaufsmarkte **Lichterz.**

**Es ist jetzt Zeit**  
Wenn Sie noch von meinen Verjellen in Röntgenal kaufen wollen, verkaufe noch Karte von 8 Mark an, im nächsten Jahre das Doppelte und Dreifache. 20 Pfennig vom Geländebrennen, 7 Minuten vom Bahnhof. Geringe An- und Abg.  
**Graff, Alt-Heubt 83b.**  
Sonntags Röntgenal, Bahnhofrestaurant Bahner.

**Gartenstadt Hohen-Neuendorf**  
Wald (Nordbahn), Wasser, billigstes, schönstes Gelände rund um Berlin. — Arzt, Gas, Wasserleitung, Gemeindegarten u. hoh. Schulen Am Schützenhaus u. herri. Hochwald-Landestellen.  
Qu.-R. 12 M. an! 10%, Anzahl. Tilgung des Restes in 10 jähr. Rat. Baugeld u. Hypotheken.  
Sommer- u. Ferienhäuser 300 Mark an.  
Illustr. Broschüre gratis!  
**Wollenberg,** Berlin, Neue Königstr. 71.  
Fernspr. VII, 3088

**Ausverkauf**  
wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume Köhlstraße 2.  
Anzug-Stoffe  
Paletot-Stoffe  
Damentuche  
Um vollständig zu räumen für jeden annehmbaren Preis!  
— Nur noch kurze Zeit! —  
**Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.**  
Köhlstraße 2. 6343\*

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen **SINGER** Nähmaschinen verkauft werden.  
**Hygienische**  
Reinlichste, Neueste Katalog  
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. b.  
H. Engel, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichsruess 91/9  
**Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.**  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
**BERLIN, Leipziger Straße 92.**  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
**Wunderbare Neuheiten,**  
Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbedecken etc. in allen Stilarten. **Fracht-Katalog** ca. 650 Illustrationen gratis und franko. **Reste von 2 bis 6 Fenster spottbillig.**  
Mein **Gardinen-Apparat** patent. Ermöglicht in 5 Minuten Berücksichtigung von ca. 300 Originalmustern. 653L\*

**Einsegnungsanzüge**  
Sehr große Auswahl fertig g., — an, nach Maß außerordentlich billig. Herren-Anzüge 8,25 an. Herren-Rohanzüge 32-35 M. Stoffe, engl. Tuche, Knäuelreste billig. Wenn Sie sich mit unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung **Tuchgesellschaft** Kottbuserdamm 16-17 (Hochb.) Besorger d. Interests erhält 5%, Rabatt.

**Wer-Stoff-hat!**  
Fertige Herrenanzüge oder Paletot von 20 M. an, feinste Zutaten, auf Reihbar, zwei Anproben, für guten Sitz beim gold. Medaille. Bitte zum Reihnehmen um Ihren Besuch, da keine Vertretung. Ein Versuch führt zu dauerndem Kundenschaft.  
**Ludwig Engel, Preisläufer**  
Str. 23, II, Alexanderplatz. Geogr. 1892.  
Siehe auch Adressbuch I. Teil, 1910, Seite 652, unter E. 98/17  
**Tuchreste zu Anzügen, Paletots und Rosen** (spottbillig!) Reuefte Muster!

**Heute Eröffnung**  
des  
**Fleisch- und Wurst-Konsum**  
Berlin-Rixdorf,  
**Kottbuser Damm,**  
Ecke der Sanderstraße,  
am 1. September.

# Geschäfts-Übernahme

der Firma

## H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18



Veteranenstr. 1-2

### Großer Extra-Verkauf zu herabgesetzten Preisen

**Heute, am 1. September,** geht das altrenommierte Geschäftshaus der Firma H. Greifenhagen Nachf. in meinen Besitz über. Ich gebe heute schon mein Versprechen dahin ab, dass ich das Geschäft mit so reicher Auswahl versehen, für zukünftige kulantere Bedienung und so grosse Preiswürdigkeit sorgen werde, dass Niemand der verehrten Kundschaft grössere Vorteile bieten kann. Zu diesem Zwecke habe ich alle übernommenen Waren im Preise herabgesetzt und zum Teil bis zur Hälfte des Wertes zum Extra-Verkauf gestellt. — Inbegriffen sind alle Neuheiten für den Herbst.

**Das Lebensmittellager** stelle ich gleichzeitig zum Ausverkauf, da mir durch die Auflösung dieser Abteilung die Möglichkeit gegeben wird, alle anderen Artikel **billiger** zu verkaufen, denn bekanntlich wird an Lebensmitteln beträchtlich viel zugelegt. — Zum Zwecke der Herabsetzung der Preise war mein Geschäft zwei Tage geschlossen. Die herabgesetzten Preise sind neben den früheren deutlich mit Blaustift vermerkt.

**Der Verkauf beginnt heute  
Donnerstag, nachmittag 3 Uhr**

## H. Greifenhagen Nachf.

Inhaber: Julius Fraenkel

Auf alle Waren werden trotz der billigen Preise Rabattmarken verabfolgt.

Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Dienstag, den 6. September, 8 1/2 Uhr abends, findet im Restaurant „Liedemit“ (an der Kirche) eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Das Instrument des Himmels.“ Referent: Genosse Max Grünwald. Hierzu findet am Sonntag, den 4. September, von früh 8 Uhr an eine Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen statt. Die Bezirksleitung.

Bernau. Heute, Donnerstag, den 1. September, findet abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Bellevue „Salzmann“ eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Fleischnot, Lebensmittelverknappung und wie ist Abhilfe zu schaffen?“ Referent: Genosse Schütte. Genossen, sorgt für Massenbesuch.

Potsdam. Heute (Donnerstag) abends 8 1/2 Uhr große Protestversammlung im Viktoriagarten, Alte Luisenstraße. Tagesordnung: 1. „Die Fleischverknappung, deren Abhilfe und die Königsberger Rede.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Eichhorn. 2. Diskussion.

Berliner Nachrichten.

Keine Cholera in Berlin.

Wenn auch die bakteriologischen Untersuchungen der als Choleraverdächtig eingelieferten Personen in Berlin bis jetzt noch nicht endgültig abgeschlossen ist, so läßt sich jedoch bereits fast mit Sicherheit sagen, daß es sich bei keinem der Erkrankten um echte Cholera handelt. Fast alle der in den Krankenhäusern untergebrachten Personen sind an dem gewöhnlichen ungefährlichen Brechdurchfall erkrankt und ihre Ueberführung in die Hospitäler geschieht nur als Sicherheitsmaßregel. So scheint es sich auch in dem Falle des Arbeiters Paul Friedrich, Korförder Straße 20 wohnhaft, der am Dienstag nachmittag als Choleraverdächtig in das Rudolf-Birchow-Krankenhaus eingeliefert wurde, nur um einen Brechdurchfall zu handeln. Als ansiedlungsverdächtig wurde seine Familie, bestehend aus der Frau Marie Friedrich, vier Kindern im Alter von 1 bis 7 Jahren sowie die Schwägerin Friedrichs, Frau Auguste Unger-mann, Korförder Straße 21 wohnhaft, und die 62-jährige Mutter des Arbeiters, Christiane Friedrich, Korförder Straße 21, in einen Isolierpavillon des Rudolf-Birchow-Krankenhauses eingeliefert. Die bakteriologische Untersuchung fand gestern im Laboratorium des bakteriologischen Institutes statt. Nach den bisherigen Ermittlungen dürfte es sich um eine schwere Magen- und Darmkrankung handeln.

Das Befinden der im Spandauer Krankenhause befindlichen Patienten Sarnow und Neumann ist zufriedenstellend. Die unter Quarantäne stehenden Familien Strund und Rude sollten im Laufe des gestrigen Tages noch einmal untersucht und dann entlassen werden. Geringe bleiben die Familienmitglieder Neumanns auch fernerhin isoliert. Fräulein Elise Szewka, die am Dienstag vormittag in das Westender Krankenhaus eingeliefert wurde, befindet sich ebenso wie ihre fünf unter Beobachtung stehenden Arbeitskolleginnen verhältnismäßig wohl.

In die Isolierbaracken des städtischen Spandauer Krankenhauses wurden gestern zwei neue unter Choleraverdacht erkrankte Personen eingeliefert, der Arbeiter Karl Feig aus Neu-Staaken bei Spandau und der Kupferschmied Gruhl aus Neuenhagen bei Spandau. Die Tochter und Schwester des Hilfsreferenten Sarnow wurden gleichfalls in das Krankenhaus gebracht, aber nur als ansteckungsverdächtig.

Das Volkliche Bureau meldet: Wie wir von zuständiger amtlicher Stelle erfahren, hat sich bei sämtlichen Krankheitsfällen im Landespolizeibezirk Berlin der Choleraverdacht nicht bestätigt, auch bei dem Charlottenburger Fall scheint — wie mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden kann — keine Choleraerkrankung vorzuliegen. Im übrigen wird jeder Meldung von einer choleraähnlichen Erkrankung sofort und auf das peinlichste nachgegangen, so daß zu einer Demunition nicht der geringste Anlaß vorliegt.

Die Angelegenheit Vod wurde von neuem in der gestrigen Sitzung der Schuldeputation mit Rücksicht auf die jüngsten Angriffe einzelner Berliner Zeitungen besprochen. Es wurde festgestellt, daß von keiner Seite dem Stadtschulrat Dr. Fischer oder sonst einem Mitgliede der Schuldeputation oder dem zuständigen Schulpflichtigen Geding irgendwelche Mitteilungen über die Verfehlungen des Direktors Vod gegen Schulkinder gemacht sind und betont, daß es gerade der Initiative des Schulpflichtigen Geding zu verdanken ist, daß die Staatsanwaltschaft die Prüfung des gegen Direktor Vod entstandenen Verdachtes aufgenommen hat.

Die Schuldeputation nahm ferner Kenntnis von der ministeriellen Verfügung betreffend Einführung der dritten Turnstunde in den Gemeindeschulen. Es wurde beschlossen, beim Provinzialschulkollegium vorstellig zu werden, an Stelle der dritten Turnstunde nicht eine deutsche, sondern auf der Oberstufe der Knabenschulen eine Geometrieunde, auf der Oberstufe der Mädchenschulen eine Handarbeitsunde und in der Mittelstufe eine Religionsunde in Fortfall kommen zu lassen.

Ferner beschloß die Deputation, von dem zum 1. Oktober d. J. zur Einführung kommenden neuen Verzeichnisse das von Fischer im Südbezirk, das von Berthold u. Heinide (bearbeitet von Zahnke) im Nordbezirk und das von Gieseler im Nordwestbezirk vorbehaltlich der Genehmigung des Provinzialschulkollegiums einzuführen.

Eine große öffentliche Protestversammlung gegen die Luftverkehrssteuervorlage des Magistrats der Stadt Berlin und gegen die Konzeptionsentwurf des Polizeipräsidenten von Jagow findet statt am Donnerstag, den 8. September, 8 1/2 Uhr, im großen Konzertsaal von Keller (Neue Philharmonie), Köpenicker Straße 96, zu deren Besuch die Mitglieder besonders aufgefordert werden. Das einleitende Referat hat Genosse Eduard Bernstein übernommen. (Näheres Inserate im „Vorwärts“.)

Groß-Berliner Straßenbahn-Verkehr. Die landespolizeiliche Abnahme der neuen Strecke der Westlichen Berliner Vorortbahn von der Schloßstraße in Steglitz durch die Chausseestraße sowie der neuen Endhaltestelle am Händelplatz in Groß-Lichterfelde hat nunmehr stattgefunden. Diese Endhaltestelle, die größte im Berliner Vorort-Straßenbahn-Verkehr, wird heute, am 1. September, dem Betriebe übergeben. Es werden die vier jetzt am Schloßpark in Steglitz haltenden Linien D, F, H und V bis dorthin durchgeführt. Gleichzeitig wird eine neue Verbindung unter dem Buchstaben „W“, die vom Händelplatz über Schloßstraße, Köpenicker, Hildegardestraße und weiter im Zuge der bisherigen Linie „V“ über Wilmersdorf, Charlottenburg, Moabit, Invalidenstraße bis zum Ringbahnhof Schönhauser Allee führt, eingerichtet. Eine besondere Nachtverbindung bietet die Linie E, indem die letzten drei Wagen dieser Linie 2.10, 2.30 und 3.0 von der Linkstraße bis auf weiteres außerplanmäßig bis zum Händelplatz durchgeführt werden. Der Vorort-Groß-Lichterfelde, der bisher nur mit der zu Beginn dieses Jahres eingeführten Linie 99 von Lichterfelde-Ost (Arnoldplatz) nach Berlin in direkter Straßenbahnverbindung stand, erhält nunmehr auch vom Westen aus weitverzweigte durchgehende Verbindungen mit Friedenau, Schöneberg, Berlin, Wilmersdorf, Char-

lottenburg, Nizdorf, zugleich auch direkte Verbindungen mit den Hauptbahnhöfen: Anhalter Bahnhof, Alexanderplatz, Charlottenburg, Zoologischer Garten, Lehrter und Stettiner Bahnhof.

Welch leichtsinniges Spiel oft mit Menschenleben getrieben wird, zeigt so recht ein Bauunfall, der sich vorige Woche am Donnerstag auf dem Bau Siegfried-Wagnerstraße in Lichtenberg ereignete. Am anderen Tage berichteten Blätter, daß auf diesem Bau der Klempner B. Anders durch eigene Schuld abgestürzt und getötet worden sei. Hierzu wird uns geschrieben: A. war bei dem Klempnermeister Laabs, Boghagener Chaussee 11, auf dem betreffenden Bau damit beschäftigt, die Mansardendachfenster von außen mit Zink zu beschlagen. Da A. den Sicherheitsgurt bei der gefährlichen Arbeit nicht benutzte, außerdem auch keine Schutzvorrichtung am Bau vorhanden war, stürzte er plötzlich aus der vierten Etage ab und war sofort tot. A. ist nichts anderes als das Opfer eines schädlichen Systems geworden. Will der Arbeiter bei einer solchen Arbeit den Sicherheitsgurt benutzen, dann dauert die Arbeit naturgemäß länger, ein zweiter Mann muß den Gurt halten, was zur Folge hat, daß die Arbeit dem Unternehmer zu teuer wird. Will nun der Arbeiter nicht ständig der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sein, so macht er bei der Ausführung einer solchen Arbeit schon gar nicht den Anspruch auf die nötigen Schutzmaßnahmen. Dem Fehlen der Schutzvorrichtung an dem Bau ist es zu verdanken, daß auf demselben Bau bereits ein Maurer abgestürzt ist und dabei sein Leben eingebüßt hat. Als der Poller nach dem tödlichen Unfall des Klempners auf das Fehlen der Schutzvorrichtung aufmerksam gemacht wurde, antwortete er, daß der Bau fertig sei und wenn die Klempner eine solche brauchten, müßte der Klempnermeister für eine Schutzvorrichtung sorgen. Sonderbarerweise wurde sofort nach dem Unfall zu jedem Fenster eine Kälte gebaut.

Ob die Staatsanwaltschaft in diesem Falle den Schuldigen finden wird, erscheint noch fraglich.

Die Bauklempner waren bisher noch immer geduldet und in puncto Schutzvorschriften sehr anspruchlos. Dieser Vorfall beweist aufs neue, daß das eine Verfündigung an Leben und Gesundheit ihrer Berufsgenossen ist. Zwingt die Behörde nicht die Bauherren zur Durchführung genügender Schutzmaßnahmen gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter, so müssen letztere selbst dafür sorgen, daß sie vor Unfällen der hier geschilderten Art beschützt werden.

In der Schießaffäre in der Jungfernhöhe, bei der der Arbeiter Schmiedede so schwer verletzt wurde, daß er bald darauf starb, verbreiten einige Blätter eine angeblich von militärischer Seite stammende Meldung, worin behauptet wird, daß sich Sch. innerhalb des Drahtzaunes in geduckter Stellung auf den wachhabenden Unteroffizier v. Wiebahn zugehend befunden habe. Da Sch. nicht geantwortet und sich in der Richtung auf den Wachhabenden weiterbewegt habe, hätte v. Wiebahn einen Ueberfall befürchten müssen.

Wir möchten hierzu nochmals bemerken, daß uns von Personen, die sich zu der fraglichen Zeit in unmittelbarer Nähe des Ortes, an dem sich dieser traurige Vorgang abspielte, befanden, auf das Bestimmteste versichert wird, daß sich Sch. außerhalb des Schießstandgeländes auf dem Drahtzaun sitzend befunden habe.

Dem Räuber vom Bahnhof Großgörschenstraße sollte nach Mitteilungen einiger Blätter die Kriminalpolizei auf die Spur gekommen sein. Der Zigarrenhändler Hennig vom Markgrafendamm 12 fand in seiner Ladenkasse mehrere versiegelte Geldrollen und glaubte, daß diese aus dem Raube stammen. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei rührten die Rollen von einem Spielwaggon-Kellner Sydow her, der im D-Zug Berlin-Köln fährt. Sydow ist jedoch ein durchaus einwandfreier Mann, und es ist auch bereits nachgewiesen, daß die Geldrollen, die er unterwegs von einem Reisenden bekommen hat, mit dem Raube nichts zu tun haben. Nach mehreren anderen Richtungen schweben noch Ermittlungen, in denen läßt sich noch keineswegs sagen, ob die Nachforschungen hier zu einem Ergebnis führen werden.

Durch Plagen einer Karbolsäure zog sich gestern der Arbeiter Konrad in der chemischen Fabrik von Schering erhebliche Verletzungen zu, so daß er nach dem Krankenhaus Westend geschafft werden mußte. Dem Kernsten ist der ganze Unterleib verbrannt, auch wurden ihm die Hände durch die Glassplitter zertrümmert. Der Unfall dürfte im wesentlichen auf die mangelhaften Einrichtungen und die Gleichgültigkeit der Arbeiter selbst zurückzuführen sein, da die meisten Arbeiter des Betriebes nicht organisiert sind.

Durch einen abstrahenden Drachen verwundet. Der 50 Jahre alte Lagerist Adolf Sonnenthal, Bornholmer Straße 18, ging mit seinem Sohn nach dem Feld an der Grünthaler Straße, um dort einen Drachen steigen zu lassen. Als der Drachen nun in bedeutender Höhe war, geriet das Seil mit einem anderen Drachen in Verührung und es wurde durchgerissen. Im nächsten Augenblick sauste der feillose Drachen schräg in die Tiefe. S., der sich etwas abseits niedergelassen hatte, wurde am Kopf getroffen und brach besinnungslos zusammen. Er hatte eine stark blutende Kopfverletzung erlitten und mußte nach der Unfallstation gebracht werden.

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern mittag in der Buch- und Kunstdruckerei der Firma J. Garwitz Nachf. in den Räumen der Handelsstätte Velle-Alliance. Dort geriet der Maschinenlehrling W. mit der rechten Hand zwischen Zylinder und Walzen einer kleinen Notationsmaschine, wobei die Hand bis zum Gelenk zerquetscht wurde. Der Bedauernswerte mußte unter furchtbaren Schmerzen längere Zeit in dieser schrecklichen Lage zubringen, bis ihn das Personal des Maschinenfabrikanten A. Scholz aus demselben Hause aus der Maschine befreite. Der Verunglückte wurde dann nach der Unfallstation am Kempelhofener Ufer übergeführt, wo ihm die erste Hilfe zu teil wurde.

Im Tiergarten vom Tode überrascht wurde vorgestern abend der 57 Jahre alte Kammerdiener Robert Gniewitz aus der Lehrter Straße 48c. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Die Freie Volkshöhle eröffnet ihre neue Spielform am kommenden Sonntag nachmittags 3 Uhr mit einer Novität von John Galsworthy: „Kampt“, in deutscher Uebersetzung von Washburn-Freund im Halia-Theater. Gleichzeitig gelangt im Lessing-Theater zur Aufführung Hermann Wehrs Lustspiel: „Das Konzert.“ Im Neuen Schauspielhause geht am gleichen Nachmittage in sorgfältiger Neuenstudierung für die erste Abtheilung Björnsons „Ueber unsere Kraft“, I. Teil, in Szene. Im Residenz-Theater ist eine Aufführung des Schwanks von Savault und Charbey „Die dreihundert Tage“ angesetzt.

Neue Mitglieder zu den Nachmittagsabteilungen können sich noch in allen Bahnhallen anmelden. Ein großer Brand kam in der gestrigen Nacht in einem Schuppen der Jura-Handlung von Gustav Suchland am Rütterm Platz 8 zum Ausbruch. Als der 7. Zug um 3 Uhr an der Brandstelle ankam, stand der Schuppen mit seinem Inhalt an Stroh, Heu, Häcksel usw. schon in großer Ausdehnung in Flammen, so daß eine Brandstiftung angenommen wird. Die Feuerwehr griff gleich mit mehreren Schlauchleitungen wirksam ein, wodurch es schließlich gelang, den gefährlichen Brand auf den Schuppen zu beschränken. Kurz vorher hatte Suchland erst große Vorräte von Häcksel eingefahren. Gleichzeitig mußte ein Kellerbrand in der

Königsgräber Straße 29/30 gelöscht werden, wo Pechhohlen u. a. brannten. Ein zweiter Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Inselstraße 4. Ferner hatte die Feuerwehr in der Alvenslebenstraße 17, Winterfeldstr. 82, Greifswalder Straße 17/18 und an anderen Stellen zu tun. Dort brannten Schornsteine, Fleisch, Schiefer usw.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der letzten Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission erstattete Genosse Wilian den Bericht der Gewerbegerichtsbeiräte. Er hob eingangs seiner Ausführungen hervor, daß die Klagen über die starke Belastung der einzelnen Spruchsitzen, die im vorjährigen Bericht zum Ausdruck gebracht wurden, zu einer Besserung der Verhältnisse geführt haben. Vom Magistrat wurde einer der stellvertretenden Vorsitzenden damit beauftragt, allwöchentlich eine Vergleichssitzung mit 10 Sachen abzuhalten.

Leider sei diese Besserung nicht von Dauer. Durch Vermehrung der anhängig gemachten Klagen und der damit verbundenen größeren Arbeit sei es jetzt schon wieder so weit, daß bis 15 Sachen in einer Spruchsitze verhandelt werden. Durch Vermehrung der Sitzungstage ließe sich hierin leicht Abhilfe schaffen.

In dem Geschäftsbericht des Gewerbegerichts wurde darauf hingewiesen, daß eine erhebliche Anzahl Klagen sich vermeiden lassen würden, wenn die Arbeitgeber gedruckte Arbeitsverträge mit klaren, dem Gesetz entsprechenden Bestimmungen über Kündigungs- und Arbeitsbedingungen bei Abschluß der Verträge mit ihren Angestellten verwendeten. Auch Streitigkeiten wegen Zurückbehaltung der Arbeitspapiere müßten vermieden werden können.

Eine ganze Anzahl Arbeiter wisse leider immer noch nicht, wie sie sich bei Verweigerung der Papiere zu verhalten haben.

Allerdings hat der Arbeitgeber die Pflicht, die Invalidentarte herauszugeben. Jedoch entscheiden die Gewerbegerichte meist so, daß der Arbeiter nur für die Zeit eine Entschädigung erhalte, für die er den Nachweis erbringen kann, daß er ohne Invalidentarte keine Arbeit erhalten habe. Ferner soll eine Entschädigung nur für soviel Tage gewährt werden, als notwendig sind, um eine Ersatzkarte von der Polizei zu beschaffen. Es sei deshalb jedem Arbeiter zu empfehlen, bei Verweigerung der Herausgabe der Invalidentarte zunächst die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, sollte das ohne Erfolg sein, einen Antrag auf Ausstellung einer Ersatzkarte zu stellen. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Zahl der anhängig gemachten Klagen 1704 betrug, gegen das Vorjahr ein Mehr von 165. Am stärksten ist an den Klagen das Baugewerbe beteiligt. Hier zeigt es sich, welche Schwierigkeiten auf den Bauten vorkommen und in welcher Art und Weise fleißige Arbeiter um ihren sauer verdienten Lohn gebracht werden. Auch haben die Vergleiche gegen das Vorjahr zugenommen. Wohl seien die Herren Vorsitzenden ja durch das Gesetz gezwungen, Vergleiche anzubahnen, es wäre aber zu wünschen, daß die Arbeiter an Stelle ihres Rechts nicht so leicht einen mageren Vergleich schließen. — An die Ausführungen des Genossen Wilian knüpfte sich eine längere Diskussion, in der vor allem darauf hingewiesen wurde, daß es äußerst notwendig sei, die Arbeiterchaft über diese wichtige Institution aufzuklären.

Dann beschäftigte sich die Gewerkschaftskommission mit der „Volkshausfrage“. Die bei diesem Punkt der Tagesordnung einsehende äußerst lebhafteste Diskussion konnte nicht zu Ende geführt werden. Zur Frage der Volkshausbeiträge wurde von sämtlichen Rednern erklärt, daß sie mit allem Nachdruck in ihren Gewerkschaften dahin wirken wollen, daß pro Mitglied und Monat 10 Pf. an das Volkshaus gezahlt werden. Folgende Resolution, die SonntagstraÙe im Handelsgewerbe betreffend, fand nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme: „Seit Jahren kämpfen die Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe um Einführung der vollständigen SonntagstraÙe. Die Geschäftsinhaber sträuben sich dagegen und fast ausnahmslos mit der Begründung, daß im Interesse des laufenden Publikums, insbesondere der Arbeiterchaft, die Geschäfte an den Sonntagen aufgehalten werden müssen. Die Delegierten der Charlottenburger Gewerkschaftskommission erachten die Einführung der vollständigen SonntagstraÙe im Handelsgewerbe als dringend notwendig und weisen die Rücksichtnahme auf die Arbeiterchaft als Konsumenten ganz entschieden zurück. Die Delegierten fordern die Arbeiterchaft auf, keine Einläufe an den Sonntagen zu machen, sie selbst verpflichten sich, in ihren Gewerkschaften darauf hinzuwirken, daß die Mitglieder und deren Familienangehörige ihre Einläufe nur an den Wochentagen besorgen.“

Der neue Spielplatz an der Spandauer Chaussee wurde am letzten Sonntag der Öffentlichkeit übergeben. Zu gleicher Zeit wurde aber, wie in jedem Jahre, vom Zentralausßuß zur Förderung der Volks- und Jugendspiele das neunte Charlottenburger Spielfest auf dem Spielplatz veranstaltet. Jeder Besucher nun, welcher an diesem Tage den Spielplatz betreten wollte, mußte an der Kasse erst ein Eintrittsgeld entrichten, er erhielt dafür ein Festprogramm. Zu diesen Festspielen wird die Freie Turnerchaft Charlottenburgs natürlich nicht eingeladen. Wir meinen, daß, da der Spielplatz aus Allgemeinmitteln errichtet worden ist und die Arbeiterchaft ohne weiteres auch mit zu den Zahlenden gehört, bei Veranstaltungen wie am Sonntag das Betreten des Platzes vollständig unentgeltlich zu geschehen hat. Sollte es Gefügigkeit werden, daß Korporationen den Platz für sich allein beanspruchen können und beim Betreten des Platzes Eintrittsgeld erheben können, dann verliert der Platz ohne weiteres seinen Charakter; das war allerdings nicht die Absicht der Stadtverordneten. Hoffentlich wird in Zukunft der Magistrat derartigen Eintrittszwang inhibieren.

Nizdorf. Nicht gerade auf Ordnung bei der hiesigen Steuerbehörde läßt ein Vorfall schließen, von dem uns Mitteilung gemacht wurde. Am 13. August, also drei Tage vor dem letzten Termin, an dem die Steuern bezahlt sein müssen, begab sich ein hiesiger Einwohner W. auf das Bureau der Veranlagungskommission in der Neuterstraße, um dort eine Stundung seiner Steuern nachzusuchen. Diese wurde ihm auch gewährt. W. war jedoch nicht wenig erstaunt, als er am 23. August einen Mahngettel erhielt, worin er aufgefordert wird, die Steuern binnen drei Tagen nach der Kasse zu bringen. Da W. von dem Beamten der Steuerveranlagungskommission nur eine mündliche Zusicherung der Stundung erhalten hatte, ging er nochmals nach dem betreffenden Bureau und ließ sich auf der Rückseite des erhaltenen Mahngettels die gewährte Stundung bescheinigen. Diese Bescheinigung legte W. auch dem Steuerbeamten vor. Doch am 31. August fand W. abermals einen Zettel im Briefkasten vor, worauf er aufgefordert wird, sofort zu bezahlen, widrigenfalls zur Pfändung geschritten wird. W. kann nun nichts mehr tun, als dem Beamten, der die Pfändung vorzunehmen hat, die Verstärkung der Steuerveranlagungskommission, daß ihm die Steuern gesundet worden sind, vorzeigen. Wir sind gespannt, ob man bei W., der alles getan hat, um den Dummel, der von irgend einem Steuerbeamten gemacht worden ist, einzutreten, auch wirklich noch pfänden wird.

In der Protestversammlung am 30. August bei Hoppe wurde außer den beiden schon gestern bekanntgegebenen noch folgende Resolution unter stürmischem Beifall angenommen:

Die organisierte Arbeiterschaft Nordbergs erhebt energischen Protest gegen den Aufenthalt des russischen Jaren in Deutschland.

Sie betrachtet diesen Aufenthalt für eine ungeheure Schmach, die geeignet ist, das deutsche Volk in der Achtung aller freibürgerlich gesinnten Menschen herabzusetzen.

Sie ist empört, daß die deutsche Regierung dem Jaren ein Gastrecht gewährt, welches sie den übrigen Staatsbürgern aus- lands so oft verweigert.

Indem die organisierte Arbeiterschaft Nordbergs es aufs schärfste verurteilt, daß der Unterdrücker Finnlands in Deutsch- lands Gauen Gastrecht genießt, entbietet sie dem russischen und finnischen Proletariat ihre Brudergrüße mit dem Wunsche, in dem Kampfe gegen das Unterdrückertum nicht zu ermüden, sondern weiter zu kämpfen bis zum Sieg.

Im Nordbergser Trübel-Institut, Bezirk 48, finden vom 1. Oktober an wieder junge Mädchen, welche sich zu Kinder- gärtnerinnen 1. und 2. Klasse ausbilden wollen, Aufnahme. Dauer des Kurses 1/2 resp. 1 Jahr. Schulgeld, 10 M. monatlich, wird besonders Befähigten auf Wunsch ermäßigt und auch Stellung be- sorgt. Bei der Anmeldung sind Schulzeugnisse vorzulegen. Auf- nahme täglich von 9-1 Uhr.

**Schöneberg.**

Eine heftige Gasexplosion spielte sich vorgestern in dem Hause Hauptstr. 84 ab. In dem Laden des Schlächtermeisters Eisen werden gegenwärtig umfangreiche Reparaturen vorgenommen, bei denen auch die Beleuchtungsanlage demontiert werden mußte. Beim Entfernen einer an der Decke befindlichen Gaslampe war die Rohrleitung beschädigt worden, so daß sich der zwischen der Ladenbede und dem Fußboden der darüber liegenden Wohnung befindliche Raum mit Gas gefüllt hatte. Als ein Monteur den Schaden beseitigen sollte, leuchtete er die betreffende Stelle mit einem brennenden Streichholz ab. In demselben Augenblick erfolgte eine furchtbare Explosion, durch die die Decke und die Ein- richtung des Ladens erheblich beschädigt wurde. Wunderbarer- weise kamen die in dem Räume anwesenden Personen, der Monteur, der Schlächtermeister E. und eine Verkäuferin, mit leichten Ver- letzungen davon, die sie durch umherfliegende Mauerstücke er- litten hatten.

Desselbige Fernsprechkabel sollen demnächst in den Stationen der neuen Schöneberger Untergrundbahn eingerichtet werden. Die Zellen werden vor den Sperren errichtet, um jede Be- hinderung des Verkehrs zu vermeiden. Weiter plant der Magistrat die Aufstellung von Telefonsäulen in den Straßen, die auch nachts dem Publikum zur Verfügung stehen sollen.

**Zehlendorf.**

Ein beehrter Posten. Für die Stelle eines besoldeten Schöffen für Zehlendorf hatten sich 128 Bewerber gemeldet. Aus der Wahl ging in der Gemeindevertretersitzung der Magistratsassessor Rohde- Schöneberg mit 12 Stimmen als gewählt hervor. 11 Stimmen erhielt der Bürgermeister Janke aus Treptow an der Rega. Die Wahl wird aber wahrscheinlich noch einmal vorgenommen werden müssen. Der Gemeindevertreter Köppen hat Einspruch erhoben, weil der Bürgermeister am Schluß der Vorbesprechung und noch nach Beginn der Wahl persönlich für den Magistratsassessor Rohde eingetreten ist. Herr Köppen fürchtet, und nach unserer Meinung nicht mit Unrecht, daß durch diese starke Parteinahme des Bürger- meisters verschiedene Vertreter beeinflusst sein könnten.

**Tempelhof.**

Dem Herzschlag betroffen wurde vorgestern nachmittags 2 Uhr der 74jährige pensionierte Bahnbeamte Schmidt, als er die Treppe des Hauses Friedrich Wilhelmstr. 81 betreten wollte. Ein vom nahen Jagarett herbeigerufener Arzt stellte die Todesursache fest. Der berühmte offene Breiterwagen brauchte nicht erst in Funktion zu treten, da zwei Gemeindeglieder den Verstorbenen auf einer Wägerei nach seiner nahe gelegenen Wohnung, Moltkestraße 17 trugen.

**Weißensee.**

Eine von allen Fraktionen eingebrachte Petition an die Regie- rung, unbergänglich Schritte zu unternehmen, um die Fleischsteuerung zu beseitigen, wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung einstimmig angenommen, nachdem dieselbe von unseren Genossen ge- gründet worden war.

**Reinickendorf.**

Ueber den deutschen Panzerkrieg referierte in der am 30. August stattgefundenen Mitgliederversammlung des Bezirks- wahlvereins Genosse B. L. O. Hedner zeichnete in einem etwa zweistündigen Referat ein treffendes Bild von den Zuständen, unter denen die Bauern und Lohnarbeiter zur Zeit der Re- formation litten. Eingehend behandelte er die Erhebung der süd- deutschen Bauern und das tragische Ende der „Bauernrevolte“. Reicher Beifall lohnte den Redner. Der Bericht von der Genera- lversammlung der Wahlvereine Groß-Berlins wurde von der Tages- ordnung abgelehnt. Zum Gemeindevertreter-Kandidaten für das im 8. Bezirk durch den Tod des Genossen Gründer erledigte Mandat wurde der Genosse Adolf Domini proklamiert. Mit

Entzückung nahm die Versammlung die Mitteilung des Ver- sammlungsleiters entgegen, daß die Wahl noch nicht ausgefallen sei. Sie forderte energisch die baldige Bekanntmachung des Wahl- termins und protestierte dagegen, daß das elende Dreiklassenwahl- recht zur Gemeindevertretung noch dadurch verschlechtert wird, daß die Wahltermine ungewöhnlich lange verzögert werden. Da der Genosse Gründer bereits vor 9 Wochen verstorben ist, hätte der Gemeindevorstand die Wahl längst ausgeschrieben können. Die Versammelten gelobten, dafür mit um so größerer Energie in den Wahlkampf zu treten, damit der Genosse Domini mit imponanter Stimmenzahl gewählt werde. Zum Schluß forderte der Vor- sitzende die Anwesenden auf, zu der am Dienstag, den 6. September, abends 8 Uhr, im „Schützenhause“, Residenzstr. 1/2, stattfindenden Volksversammlung eine rege Propaganda zu entfalten. In dieser Versammlung findet am Sonntag, den 4. September, früh, eine Flugblattverteilung statt.

**Vorsigwalde-Wittenau.**

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde Herr Gehride als Schöffe eingeführt. Bei Verpachtung des Rathskellers erteilte die Vertretung dem Reistbietenden, einem Herrn Brandenburger aus Berlin, der für die drei Jahre, so lange der Nachbiertrag lautet, 17000 M. geboten hat, den Zuschlag. Ein hiesiger Ein- wohner hatte nur 850 M. weniger geboten, und es ist eigentlich zu verwundern, daß die bürgerlichen Vertreter, die ja bekanntlich immer die Ansicht vertreten, daß zunächst hiesige Steuerzahler berücksichtigt werden müßten, in diesem Fall einem Auswärtigen den Rathskeller verpachten wollen. Hierauf teilte der Baumeister Klingner mit, daß das Gutachten des Prüfungsamtes über den Rezent des eingefallenen Abflusssanals noch nicht eingelaufen sei. Die Tischlerarbeiten für den Rathausneubau wurden an folgende Firmen vergeben: Fensterarbeiten zum Preise von 8857 M. der Firma Kiefer-Spremberg, Türarbeiten der Firma Perzin für 10728 M. und die Innenschloßarbeiten der Firma Südtke für 26297 M.

**Nowatze.**

Am heutigen Tage beginnt im Lokal des Herrn Singer, Pfister- straße 31, der zweite wissenschaftliche Vortragskursus mit Licht- bildern. Thema: „Vom Urtier zum Menschen“. Vortragender Ge- nosse Engelbert Graf-Berlin. Die weiteren Vorträge finden am 8., 15., 20., 27. September und am 4. Oktober statt. Abonnements- karten zum Preise von 75 Pf. sind an den bekannten Verkauf- stellen zu haben. Der Bildungsausschuß.

**Spandau.**

Die Entstehung der hiesigen Cholerafälle geben den Spandauer Tageblättern Veranlassung, auf den Auswanderer-Bahnhof bei Ruhleben hinzuweisen und dessen Verlegung zu fordern. Kein Mensch aber denkt daran, die Schuld auch dem Staat, der Rom- mane und den Privatkapitalisten zugeschrieben, die ja mit Vorliebe polnische und ruthenische Arbeiter nach hierher ziehen, um diese, weil sie ein billiges, ausbeutungsfähiges Arbeitermaterial bilden, bei den Bahn-, Hafen- und anderen Erdarbeiten zu verwenden. In enge Pöcher werden diese armen Menschen dann eingepfercht und leben unter den elendesten Verhältnissen. Hinterher wundert man sich dann, wenn solche Seuchen entstehen. Auch die Zu- schüttung der Festungswälle kann hierbei in Betracht gezogen werden, namentlich wenn man berücksichtigt, daß man nicht etwa von einer Seite die Zuschüttung begann und das Wasser nach der Gabel abdrängte, sondern dieselbe von beiden Seiten in Angriff nahm, das Wasser vom Flußlauf absperrte und versickern ließ. Das Wasser hat monatelang in einzelnen Tümpeln gestanden und stank schon förmlich, ehe man die Tümpel zuschüttete. Heute noch ist die Erde an verschiedenen Stellen feucht und sumpfig. Hierauf sollte die Unterjüngungsbehörde auch ihr Augenmerk richten.

**Potsdam.**

Schwere Sorgen macht den hiesigen „Patrioten“ schon jetzt der bevorstehende Sedanrummel. Sie haben sich dazu 8500 M. aus den Steuergroschen des Stadtfiskus bewilligen lassen, davon sind 3000 M. für eine besondere „Veranstaltung“ im Lustgarten mit anschließendem Fodelzug und 500 M. sind zur Verteilung an die Veteranen bestimmt. Da nun hieron jeder 10 Mark erhält, so hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Stadt. Beccu beantragt, diese Summe zu erhöhen. Da bereits der Regierungs- präsident in letzter Zeit zweimal Dringlichkeitsanträge nachträglich beantragt hat, ließ man den Antrag fallen. Stadt. Beccu ist Vorstandsmitglied des größten patriotischen Ver- eins am Ort. In diesem scheint er nicht so rührig für die Veteranen zu wirken; es müßte ihm doch ein leichtes sein, seine Freunde von solchen Bestrebungen zu überzeugen. Oder hört bei diesen der Patriotismus auf, wenn sie selbst zahlen sollen? Auf Kosten der Steuerzahler, die doch zum großen Teil nicht für den ganzen Rummel zu haben sind, sich patriotisch gebärden, ist wieder mal ein konservativer Akt. Die neuen Steuern sind dabei noch nicht einmal alle bezahlt. Was schadet es, wenn's nicht reicht, werden wieder neue bewilligt.

Die neue Linie der Potsdamer elektrischen Straßenbahn, die eine Fortsetzung der A-Linie über Charlottenhof hinaus dar- stellt und durch die Kastanienallee und Viktoria- und Auguste-

Viktoria-Straße hindurchgeht, wurde gestern nachmittags dem Ver- trieb übergeben. Die Eröffnung der neuen verlängerten A-Linie erfolgte beinahe um drei Jahre später als die Einführung der elektrischen Straßenbahn in Potsdam. Die neue Strecke ist eigentlich nur ein Notbehelf, der zur Bebauung der Ländereien an der schon gepflanzten Kastanienallee beitragen soll und die Unternehmungslust der Bauherren anspornt. Die Linie fährt nämlich in der Kastanienallee an unbedeutendem Terrain vorbei und berührt erst wieder in der Viktoriastraße besiedelte Gebiete. Allerdings nimmt sie dann gleich den ziemlich regen Verkehr aus den Beamtenkolonien auf. Die Linie stellt den Ersatz für die projektierte und beschlossene Straßenbahnverbindung Potsdam- Charlottenhof-Wildpark dar, die infolge des beharrlichen Wider- standes des Oberhofmarschallamtes ein vorzeitiges attemmäßiges Ende gefunden hatte, da in der Nähe der Wildparkstation die Welt mit büreaukratischen Brettern vernagelt war.

**Jugendveranstaltungen.**

**Am die Arbeiter-Jugend!**

Sonntag, den 4. September veranstaltet der Jugendauschuß für Groß-Berlin Ausflüge für die einzelnen Gruppen. Wir bitten die Teil- nehmer, sich morgens 7 Uhr an nachfolgenden Treffpunkten einzufinden: Gruppe Norden: Reiterplatz (an der Grottostraße), Schöneberg- straße, Ecke Grenzstraße, Schöndorfer Allee (Sahnhof), Jugenheim, Baum- straße 115. — Gruppe Nordost-Ost: Landsberger Tor (Krieglerdenkmal), Ballenplatz (Normaluhr), Schleißer Bahnhof (Koppenstraße). — Gruppe Südost: Schleißer Tor (Normaluhr), Kottbuser Tor (Normaluhr), Köppler Bahnhof (Unfallstation). — Gruppe Südwest: Kotten- hausenplatz, Woytzigplatz, Wäckerplatz. — Gruppe West: Treppenturmstraße, Ecke Stromstraße.

Die Touren für die einzelnen Ausflüge werden am Sonnabend noch näher bekannt gemacht. Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu diesen Ausflügen freundlich eingeladen. Der Jugendauschuß für Groß-Berlin.

Schöneberg, Freitag, den 2. September, abends 8 Uhr, bei Vork- mann, Vorbergstr. 2, Versammlung. Vortrag des Genossen Kurt Heimig: „Der Staat als wirtschaftliche Macht.“ Die Jugendlichen sowie deren Angehörige werden um rege Anteil- nahme ersucht.

Freie Jugendorganisation Weiskensee. Unsere Mitglieder- versammlung findet heute Donnerstag, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Palastes“, Ledeburstr. 122 statt. Kollege Lahnitz wird über: „Freie Jugendorganisation oder christliche Junglingsvereine“ berichten. Erhebt in Massen. Auch das Erscheinen der erwachsenen Mitglieder wird erwartet.

Zentralverband der freien Händler, Handwerker und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands. Sieg. Essen, Ruhr, Verwaltungsstelle Berlin, Westl. VI. Noabitz. Heute abend 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Schröder, Stromstr. 36. Gäste willkommen. Freie und Volkstheater „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Donner- stag, abends 9 Uhr: Sitzung bei Karl Eichhorn, Danziger Str. 20, Vorkort. Gäste willkommen.

**Wetterprognose vom 31. August 1910, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere- höhe mm	Wind- richtung	Wolken- deckung	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometere- höhe mm	Wind- richtung	Wolken- deckung	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stommes	764 B	1 Dunst	15	Dapcarda	770 ED	2 Heiter	11				
Damburg	765 SSB	2 wolkenl	14	Petersburg	770 DRD	1 Regen	12				
Berlin	765 SB	1 bedeckt	15	Stettin	771 SSB	4 bedeckt	14				
Kronsch. a. M.	766 SB	3 Nebel	15	Berdeen	761 B	2 halb bb.	13				
Ränches	768 B	4 Regen	12	Wars	770 SB	1 bedeckt	13				
Wien	768 SSB	3 Regen	15								

Wetterprognose für Donnerstag, den 1. September 1910. Zeitwelle anklarnd, am Tage ziemlich mild, aber veränderlich mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 30. 8. um 09. 1)	am 29. 8. um 09. 1)	Wasserstand	am 30. 8. um 09. 1)	am 29. 8. um 09. 1)
Remel, Mühl	254	-8	Saale, Großh.	84	-12
Bregel, Jüterburg	38	-15	Saale, Sandau 2)	74	-2
Beißel, Horn	116	-8	Saale, Rathenow 2)	80	+3
Ober, Ratibor	124	-6	Spre, Spremberg 2)	116	-10
„Kroffen	133	+13	„Bieslau	175	+1
„Frankfurt	128	+3	„Beyer, Randa	57	-7
„Gartze, Schrumm	-4	+4	„Huden	12	-3
„Landsberg	-27	-2	„Klein, Ragunickbau	490	-10
„Kordamm	-6	+2	„Raud	294	-1
„Eide, Lettmitz	-44	-8	„Rölln	301	-1
„Tresden	-155	-6	„Redar, Heilbronn	97	-13
„Barth	88	-2	„Rain, Berlin	150	+3
„Magdeburg	60	-4	„Rösel, Lier	82	+5

1) + bedeutet Hoch, - Fall. 2) Unterbegei.

**Bequeme Hauskur ohne Diät**

**Apotheker Kumbier's**

# „Berliner Stahlbrunnen“

seit 25 Jahren von bewährter Heilkraft bei Blutarmut, Bleichsucht, Nervenleiden, Magen-, Darm-, Leber-, Gallenstein-, Nieren- u. Blasenleiden, Rheuma- tismus, Gicht, Schiast, Lungenkatarrh, Atembeschwerden, Herzleiden, Leiden der Wechseljahre, Epilepsie, Schlagader-Verfälsung, Zuckerkrankheit.

Analyse: Natriumchlorid 1.202, Natriumsulfat 2.920, Kaliumsulfat 0.172, Magnesiumsulfat 1.190, Mangansulfat 0.14, Eisenkarbonat 2.197 in 10.000 Teilen.

Preise für Berlin: 30 Fl. M. 10.00, 60 Fl. M. 17.00, 120 Fl. M. 30.00. Fortsetzung: 30 Fl. M. 8.00, 60 Fl. M. 15.00. Lieferung der Flaschen für das Stadtlager einzeln, für das Stadtlager und die nächsten Vororte 30 Fl. zusammen (einschl. Post). — Nach außerhalb: 30 Fl. incl. Post 15.00, 60 Fl. 27.00. Fortsetzung: 1 Fl. 13.00, für frankiert zurücksenden 10 Fl. 120.00.

**„Berliner Stahlbrunnen“ (Apotheker Kumbier's Erben) G. m. b. H., Berlin NW, Marienstrasse 30.**

Fabrik gegründet 1885. Fernsprech-Anschlüsse: Amt III, Nr. 5631 und Nr. 4532.

## Neueste Erfolge.

**Ihr Stahlbrunnen hat sich bei meinem nervösen Magenleiden und hartnäckiger Stuhlverstopfung ausserordentlich bewährt. Meine Schwindelanfälle sind gänzlich vorüber und fühle ich mich wieder gesund, habe bereits auch 120 Flaschen getrunken. Herzlichen Dank.**  
Zepel, 10. August 1910. Frau Markbert.

**... Wiederholt teile ich Ihnen mit, bei auch dieses Mal Ihr „Berliner Stahlbrunnen“ mich vollständig wiederhergestellt hat. Ich litt an Lachin und war die Krankheits dieses Mal sehr hartnäckig, acht Wochen lang war ich gezwungen, an Stühlen zu leiden.**  
Charlottenburg, 27. Juli 1910. Frau Maria Loetsch.

**... Ihr Brunnen hat mir bei starker Blieschnecht und Nerven- schwäche, woran ich seit 15 Jahren ununterbrochen lide, gute Dienste getan. Nach 30 Flaschen löst sich vollständig mein Zustand auf, ich fühle mich bedeutend wohler, und nach Verbrauch der weiteren 30 Flaschen kann ich Ihnen jetzt nicht genug danken, da ich mich wohlauf und munter fühle wie nie.**  
Friedrichsde, 28. Juli 1910. Frau Elise Schwarzkopf.

**Ich habe von Ihrem Berliner Stahlbrunnen seit 12 Jahren anlässlich 60 Flaschen getrunken und bin jetzt 64 Jahre alt. Ich litt früher an Stuhlverstopfung, Magenleiden u. Hämorrhoidalbeschwerden, was sich in dieser Zeit durch Ihren Brunnen alles gebessert hat, in Erinnerung habe ich in dieser Zeit 30 Pfund zugenommen. Auch in den Wechseljahren hat der Brunnen mir grosse Dienste geleistet.**  
Berlin S., 27. Juli 1910. Frau Weinberg.

**Da meine Frau nach dem Gebrauche Ihres „Berliner Stahlbrunnen“ sich von ihrem so schmerzhaften Leiden (Kopfschmerzen, Nerven- und Magenschmerzen) jetzt wieder vollständig erholte und wohl fühlt, so kann ich es nicht unterlassen, Ihnen aufrichtig zu danken und dies beifällige Urteil auch anderen leidenden Menschen bestens zu empfehlen.**  
Berlin S., 26. Juli 1910. H. Kämpel.

**... Ich litt vor etwa 10 Jahren an heftigem Rheuma- tismus, Herzleiden und Blutarmut, hatte öfter heftige Schmerzen in der Brust und Sichte in der linken Seite. Ausserdem litt ich jahrelang an heftigen Kopfschmerzen. Nach Gebrauch von 60 Flaschen von Ihrem Stahlbrunnen bin ich nun gänzlich von meinem Schmerz befreit.**  
Berlin O. 17. 6. Mai 1910. Otto Berger.

**Ich habe Ihren „Berliner Stahlbrunnen“ mit sehr gutem Erfolge gegen Blutarmut, chronischen Rückenkatarrh und Katarrh der Luftröhre getrunken, so dass ich im ähnlich Leidenden mit gutem Bewusstsein anzuempfehlen kann, was ich bereits auch bei meinen Bekannten schon öfter getan habe.**  
Berlin S., 8. Mai 1910. Gustav Tasche, Reimann.

**Ich litt an nervösen Magenbeschwerden mit starker Stuhl- verstopfung, Darmkolik, Husten und Halsbeschwerden, konnte kaum noch so leichte Speise mehr vertragen, hatte jedochmal furchtbare Schmerzen im Lufte und Magen. Ich habe Ihren Stahl- brunnen 4 Monate getrunken; jetzt kann ich wieder alles essen und trinken ohne Beschwerden.**  
Berlin, 6. Mai 1910. Frau Emma Voigt.

**... Ihr Stahlbrunnen hat mir sehr gute Dienste getan. Der Katarrh und die Atembeschwerden sind fort, auch fühle ich mich sehr kräftig, während ich vor 4 Wochen noch so schwach war.**  
Berlin N. O., 6. Mai 1910. Frau W. Müller.

**Da Ihr Stahlbrunnen meiner Frau gegen Hämorrhoidaliden und nervöse Schwäche gute Dienste geleistet, kann ich nicht umhin, Ihnen hierfür meinen besten Dank auszusprechen, und werde nicht verfehlen, Sie bei meinen Bekannten und Bekannten warmherzig zu empfehlen.**  
Weiskensee, 18. April 1910. G. Tieding.

**Gesetzlich geschützt** **Garantiert unschädlich**



